

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 31. August 1908

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Jettin (Zunehm), Wilhelmshöhe, Postweg 12 bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwachs-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Um Prinzip und Disziplin. — Die politische Organisation der Frauen unter dem Reichsvereinsgesetz. Von Luise Zieg. — Gargilider. II. Von W. D. — Die belgische Junge Garde. Von H. d. M. — Fortschreitende Industrialisierung und Proletarisierung in Württemberg. Von K. D. — Die Kinderschulungskommission der Dresdener Genossinnen. Von Anna Nerger. — Etwas von der türkischen Frau. Von Anna Bloß. — Weibliche Jugendorganisationen? Von Ernst Koch.  
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Berlin. — Von der proletarischen Frauenbewegung in Essen. — Bericht der bayerischen Landesvertrauensperson. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Neunter Verbandstag der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands. — Arbeitslosenunterstützung der Textilarbeiter. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl.  
Notizenteil: Dienstreisefrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Frauenstimmrecht. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Wohnungsfrage. — Frauenbewegung. — Adressen der Stellenvermittlung und der Vorsitzenden der Dienstreiseorganisationen.  
Festreue: Morgenwanderung. Von Casar Fleischler.

## Um Prinzip und Disziplin.

Nicht überraschend für den, welcher das Auftreten und die Entwicklung von Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie verfolgt, die Kraft der inneren Logik der Dinge abseits vom starken Strome des proletarischen Klassenkampfes treiben müssen, ist die Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Baden und Bayern zum Budget gekommen. Sie hat ihre Vorläuferin im vorigen Jahre in dem Verhalten der Parlamentarier im württembergischen Landtag gehabt, die nicht minder unberechtigt wie ihre Kollegen der beiden genannten Nachbarstaaten gegen die prinzipiell festgelegte Haltung der Sozialdemokratie verstoßen haben. Die drei Fälle stehen zweifellos untereinander in einem bestimmten sachlichen Zusammenhang. Er wird scharf dadurch beleuchtet, daß die Bewilligung des Etats seitens der Sozialdemokratie in Baden und Bayern nach einer Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Süddeutschlands stattgefunden hat, die sich unter anderem mit der Budgetfrage befaßte. Gewiß: es ist darüber zu keinem formellen Beschluß gekommen. Dennoch aber läßt sich mit Händen greifen, daß die „Ausprache“ vorwärtstreibenden Einfluß auf die Haltung unserer baden- und bayerischen Parlamentarier ausgeübt hat, wie der betreffende „Meinungsaustausch“ seinerseits wieder durch die vorausgegangene Budgetzustimmung der württembergischen Landtagsfraktion revisionistisch befruchtet worden ist. So künden die Vorgänge in den drei süddeutschen Landtagen ein zielbewusstes und offenbar auch einmütiges Bestreben der sozialdemokratischen Abgeordneten — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen —, als eine lästige Fessel die Beschlüsse der Parteitage abzutun, nach denen die sozialdemokratischen Fraktionen in den Parlamenten unter normalen Verhältnissen grundsätzlich das Budget verwerfen müssen.

Das Bestreben soll angeblich durch spezifisch süddeutsche Verhältnisse gerechtfertigt werden, deren Eigenart und Tragweite ewig unergründliches Geheimnis für die Genossen jenseits der Mainlinie bleibt. Aber in diese Behauptung werden durch mehr als eine Tatsache Löcher geschlagen. Sehen wir von vereinzelten Fällen der Budgetbewilligung durch süddeutsche Landtagsfraktionen ab, so haben diese früher den Etat der Regierung verworfen, ohne daß eine der schlimmen Folgen für die Entwicklung der Partei eingetreten wäre, die jetzt als unausbleibliche Wirkung eines ablehnenden Votums mit düster umwölkter Staatsmannstirn prophezeit werden. Umgekehrt: die Sozialdemokratie hat auch in den süddeutschen Staaten pralle Muskeln und rote Wangen bekommen, sie hat das Vertrauen der proletarischen Massen in steigendem Maße gewonnen, ohne daß sie in Eskarpins unter Preisgabe des grundsätzlichen Standpunktes den Reigen mitgetanzt hätte, der zur schiefen Ebene führt, auf welchem die

bürgerliche Demokratie dahinstolzt. Des weiteren fehlt es auch in Süddeutschland keineswegs an Genossen, welche entschiedene Gegner der Budgetbewilligung in den drei vorliegenden Fällen sind. Und zwar rekrutieren sich diese Verkenner süddeutscher Verhältnisse nicht nur aus Alteingeweihten, sondern auch aus Eingewanderten, die bekanntlich — es gibt Exempel von Beispielen — mit dem bloßen Luftwechsel auch schon das spezifisch süddeutsche Organ zur allein richtigen Wertung süddeutscher Dinge in höchster Vollkommenheit erwerben. Schließlich aber sei daran erinnert, daß die Reigung in den Kreisen sozialdemokratischer Parlamentarier, mit der „Kinderei“ der alten überlebten Tradition der Budgetverweigerung endlich zu brechen, sich nicht auf die Parlamente beschränkt, in denen die Regierung gelegentlich einmal die eiserne Faust des kapitalistenstaatlichen Geschäftsausschusses, der sie ist, im Samthandschuh, statt nackt der Sozialdemokratie entgegenstreckt. Genosse Bebel hob in Dresden hervor, daß bereits in jenen Kreisen Stimmen laut geworden seien, welche erklärten, die Sozialdemokratie dürfe auf die Dauer auch im Reichstag das Budget nicht verwerfen.

Tatsächlich liegt denn auch nicht die zwingende Berücksichtigung der Situation in den süddeutschen Einzelstaaten der Annahme des Budgets durch unsere Genossen zugrunde. Ihre letzte Wurzel ist vielmehr eine durch den Parlamentarismus getriebene und schwankend gewordene grundsätzliche Wertschätzung des Parlamentarismus selbst, die zu einer „revidierten“ Stellung gegenüber dem Klassenstaat auf der einen Seite und — unvermeidlich damit — auf der anderen Seite gegen die Partei führt, als der politischen Vertretung des revolutionären Proletariats. Die Tugend der eifrigen, pflichttreuen positiven Arbeit im Parlament entwickelt nur zu leicht unter bestimmten Umständen dialektisch den Keim zu ihrer Schwäche. Sie läßt im feinen Nebel der Hoffnungen, die aus Wünschen und Taten aufsteigen, die scharfe Grenzlinie etwas verschwinden, welche die Bedeutung scheidet, die dem Parlamentarismus seinem Wesen nach für das Proletariat und die bestehenden Klassen innewohnt. Es verläßt das Bewußtsein dafür, daß der Parlamentarismus wohl das Herrschaftsinstrument der bestehenden Klassen ist, daß er aber darum nie zum Mittel der Herrschaft, das heißt der Befreiung der ausgebeuteten Massen werden kann, so wertvoll auch ist, was er in verschiedener Hinsicht für den proletarischen Emanzipationskampf leistet. Als Klasse der Habenichtse, die nicht auf dem Boden des Privateigentums steht, sondern ihn zertrümmern muß, kann das Proletariat die politische Macht nicht Stückweis im Parlament erwerben, sondern muß sie als Ganzes außerhalb seiner erobern. Das wird verlangt, und unversehens vollzieht sich ein Wandel der Auffassung. Die parlamentarische Betätigung wird nicht mehr als Mittel gewertet, die ausgebeuteten Massen zu sammeln, zu schulen und zu heben, sie erhebt sich zur Macht, die den Klassenstaat sozialistisch parfümieren und frisieren, ihn allmählich „aushöhlen“ und überwinden kann. Der Klassenstaat verliert damit seinen scharf unrischen geschichtlichen Sinn. Als häßliche Raupe, als politische Machtorganisation der bestehenden Klassen verpuppt er sich, als schillernder Schmetterling des „Gemeinwesens“ schwingt er sich aus seiner Hülle empor. Jede halbwegs nennenswerte Reform, zu deren Zustandekommen die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen beitragen, erscheint der gemauerten Auffassung als eine Abschwächung des kapitalistenstaatlichen Charakters. Die Regierung, das Vollzugsorgan des Klassenstaats wird aus einem unverföhnlichen Feind der Sozialdemokratie, der rücksichtslos belächelt werden muß, zu ihrem gelehrigen und gemütvollen Schüler, der durch die moralische Einwirkung guter Zensuren seitens der sozialdemokratischen Fraktion — wie in Bayern — auf dem Tugendpfad einer wohlwollenden Bestimmung und Praxis dem Proletariat gegenüber vorwärts gelockt werden kann. Innerlich „ausgehöhlt“, als gegenstandslos, bricht die Auffassung zusammen, daß die sozialdemokratischen Parlamentarier der Regierung des Klassenstaats grundsätzlich die Mittel zur Fortführung von dessen Geschäften ver-

weigern müssen. Zwar wird die Bewilligung dieser Mittel durch die Zustimmung zum Budget mit der Versicherung verknüpft, daß sich die grundsätzliche Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zum Klassenstaat nicht geändert habe. Aber was bedeutet solche Versicherung in Wirklichkeit? Nicht das Festhalten des alten prinzipiellen Standpunktes, vielmehr lediglich ein höfliches Kompliment bei seiner Verabschiedung.

Zu Unrecht berufen sich die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, welche das Budget bewilligt haben, auf die Lübecker Resolution. Sie haben sie nicht beachtet, sondern künstlich gedeutet. Nur in zwei ganz bestimmten Ausnahmefällen läßt die Lübecker Resolution die Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen zum Etat zu, und keiner von beiden hat in Württemberg, Baden und Bayern vorgelegen. Nicht zu vergessen, daß seither die Resolution des Dresdener Parteitage zur Tat die grundsätzliche Verpflichtung zur Ablehnung des Budgets verschärft ausgesprochen hat. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich mit den bürgerlichen Parlamentariern in einem Votum von prinzipieller Bedeutung für die Stellung zum Klassenstaat zusammensuchen, geraten naturgemäß in einen Gegensatz zur eigenen Partei und deren Gesetzen. Denn die Sozialdemokratie kann ihre Haltung dem Klassenstaat gegenüber nicht „revidieren“, solange sie bleibt, was sie ist: die politische Interessenvertretung des Proletariats, das dem Klassenstaat nur naht, um ihm das Knie auf die Brust, den Daumen aufs Auge zu setzen, das ihn überwältigen und vernichten muß, um sich durch die Aufhebung des Privateigentums befreien zu können. Die Preisgabe des Prinzips führt zum Bruch der Disziplin. Auch in ihm verrät sich eine verbürgerlichte Auffassung des Parlamentarismus. Dieser wird als die Weltgeschichte regelndes Geschäft nur für Eingeweihte betrachtet, in das die Profanen als urteilslos nicht hineinzureden haben. Der vom Hauch dieser Auffassung berührte Abgeordnete verwandelt sich dank der himmlischen Gnade seines Amtes aus einem Beauftragten der Massen, der mitten in diesen steht, in einen selbstherrlichen Parlamentarier, der sich über sie erhaben dünkt. Ad usum delphini darf er die Disziplin brechen, der die Massen Gehorsam schulden.

Nicht ein nebensächlicher, ein innerlich bedingter Vorgang war es daher, daß der Beschluß der badischen Landtagsfraktion, die Parteitagebeschlüsse zur Budgetfrage zu zerreißen, in Begleitung einer Aufkündigung der Disziplin auftrat, die alle Glieder der Partei, welches Amtes und Landes sie auch seien, dem Parteivorstand, als dem Vertreter der Gesamtpartei, halten müssen. Die scharfe, festgefügte grundsätzliche Auffassung ist der Grund- und Eckstein, auf welchem der stolze Bau der sozialdemokratischen Partei ruht. Es kann nicht an den Prinzipien der Sozialdemokratie gerüttelt werden, ohne daß auch ihre Disziplin, ihre Organisation ins Wanken gerät.

Der Parteitag zu Nürnberg wird zweifellos die sozialdemokratischen Parlamentarier daran erinnern, daß ihre politische Bedeutung im letzten Grunde nicht auf ihrem persönlichen Werte beruht — wie groß dieser sein möge —, sondern auf den proletarischen Massen, die hinter ihnen stehen. Er wird sie unter voller Anerkennung ihrer Leistungen zur Ordnung vor Prinzip und Disziplin rufen. Möchte er darüber nicht vergessen, mit aller Deutlichkeit auch anzusprechen, daß sozialdemokratische Abgeordnete gelegentlich nur prinzipien- und disziplinwidrig tanzen können, wenn die Massen nicht entschieden sozialdemokratisch genug aufspielen.

Parteitagebeschlüsse sind gut. Besser aber noch sind proletarische Massen, in denen die Überzeugung lebt, daß ihre Politik, ihre Geschichte nicht im Parlament von Vertretern gemacht werden kann, daß sie vor ihnen selbst außerhalb des Parlaments gemacht werden muß. Eine theoretische Schulung der Massen, die auch die letzten Reste bürgerlicher Auffassung aus dem Gehirn fegt, die auch die letzte Spur jenes Sklavengesinnung tilgt, welche im Proletariat leider noch vielfach herrscht und jede bürgerliche Formel als ewig gültige Norm des geschichtlichen Lebens bestaunt: darauf kommt es vor allem an. Ein

geklärtes und vertieftes proletarisches Klassenbewußtsein, ein auf geschichtlicher Einsicht gegründeter proletarischer Klassenstolz der Massen sind die besten Hüter des sozialdemokratischen Prinzips, der sozialdemokratischen Disziplin.

### Die politische Organisation der Frauen unter dem Reichsvereinsgesetz.

Neben einem ganzen Saal voll reaktionärer Bestimmungen (Jugendlichen- und Sprachenparagraph usw.) brachte uns das Reichsvereinsgesetz bekanntlich auch, soweit die politische Organisation der Frauen in Frage kommt, ein Quantchen Reform. Hätten wir über das Schicksal des Vereinsgesetzes mitzuentcheiden gehabt, so würden wir, genau wie unsere politische Vertretung, dem Tausche nicht zugestimmt haben. Der Sozialdemokratie war leider nicht möglich, bei der Vereinheitlichung des Vereinsrechts reaktionäre Bestimmungen zu verhindern. Dafür gilt es jetzt Vorkehrungen zu treffen, welche den Schlag parieren, der der Arbeiterbewegung durch die Verbesserungen des Gesetzes verfehrt werden soll. Außerdem heißt es, das bisherige Reform für unsere Bewegung nach Kräften nutzen.

Zu dem letzteren Zwecke waren schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes Genossinnen, aus den verschiedenen Mittelpunkt der proletarischen Frauenbewegung von Genossin Baader zusammenberufen, gemeinsam mit Vertretern des Parteivorstandes und der Organisation von Groß-Berlin daran gegangen, einen Organisationsplan\* auszuarbeiten, der den veränderten Rechtsverhältnissen Rechnung trägt. Allseitig wurde es als selbstverständlich erklärt, daß jetzt, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist, die Genossinnen Mitglied der sozialdemokratischen Vereine werden.

Die proletarischen Frauen fühlen sich als Mitglied ihrer Klasse und wissen, daß sie nur durch den Klassenkampf zum Sozialismus und damit zur Befreiung aus dem Doppelschloß der Lohn- und Geschlechtsflaverei gelangen können. Da somit die proletarische Frauenbewegung nur ein Teil der allgemeinen, großen sozialdemokratischen Bewegung ist, muß der Befreiungskampf der proletarischen Frauen auch in Reich und Glied der Sozialdemokratie mitgekämpft werden. Der vereinsgesetzlichen Not gehorchend, nicht dem eigenen separatistischen Triebe, hatten die proletarischen Frauen sich bisher besondere Organisationen geschaffen. Je nach den vorliegenden Verhältnissen gehörten sie Bildungsvereinen an, oder scharten sie sich in loser Organisation um ihre Vertrauensperson. In den Bundesstaaten jedoch, wo die Landesgesetzgebung es auch bisher nicht hinderte, daß Frauen Mitglieder politischer Vereine waren, wie in Hamburg, Bremen, Lübeck, Oldenburg, Sachsen (im Königreich, sowie in den thüringischen Kleinstaaten), Baden, Württemberg und Hessen, da wurde seither schon stets der Anschluß der Genossinnen an die sozialdemokratischen Vereine empfohlen und vollzogen.

Jetzt, wo das Reichsvereinsgesetz ein einheitliches Recht geschaffen hat, werden sich auch die Frauen einheitlich, und zwar gemeinsam mit den Männern, organisieren. Der oben erwähnte Entwurf spricht denn auch in seinem § 1 für alle Genossinnen die Pflicht aus, Mitglied der sozialdemokratischen Vereine zu werden. Den einzelnen Vereinen wird empfohlen, den Beitrag für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen als für die Männer. Diesem Vorschlag liegt die Erwägung zugrunde, daß es in viel tausenden Fällen eine zu hohe Doppelbesteuerung der Familie bedeuten würde, sollten Mann und Frau gleiche Beiträge zahlen, und diese hohe Doppelbesteuerung müßte allein aus dem Verdienst des Mannes gedeckt werden, sofern er der alleinige Erwerbstätige wäre. Zudem kann es bei der Organisation der Frauen der Partei viel weniger auf den finanziellen Effekt ankommen, als vielmehr darauf, möglichst die Massen des weiblichen Proletariats organisatorisch und damit auch geistig zu erfassen.

Gegen diese beiden Vorschläge des Entwurfes ist, soweit ich die Parteipresse verfolgen konnte, nirgends ein Einwand erhoben worden. Der einheitliche Rahmen für die gemeinsame Organisation der Geschlechter wäre somit gegeben. Nun aber gilt es, die Frauen in möglichst großer Zahl diesem organisatorischen Rahmen einzufügen.

Agitation unter dem weiblichen Proletariat muß also mehr noch als bisher unsere Parole sein. Diese Agitation darf natürlich nicht schablonenmäßig erfolgen, sondern sie muß in geschickter Weise einmal die günstigste Situation ausnützen, dann aber auch Rücksicht nehmen auf die Eigenart des weiblichen Charakters, die eine Folge der Veranlagung, der Erziehung und der Tradition ist; Rücksicht nehmen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, die doppelte Arbeitslast der Erwerbs- und Hausarbeit, sowie auf die Mutterpflichten der Frau. Das System der weiblichen Vertrauenspersonen, denen bisher die Agitation unter dem weiblichen Proletariat unter Berücksichtigung all dieser Umstände oblag, hat sich gut bewährt. Erklärlich genug. Wird doch eine Frau, die unter derselben Misere leidet, wie ihre Arbeitschwestern, die wie sie empfindet, die dieselben Gedanken gedacht hat, die durch deren Hirn gehen, all das Elend ihrer Geschlechts- und Klassengenossinnen weit besser begreifen, weit besser den Ton finden, der diese packt als der Mann. Sie wird ja neben dem Appell an den Verstand nie den Appell an Herz und Gemüt unterlassen und deshalb besonders wir-

kungsvoll agitieren können. Die weiblichen Vertrauenspersonen mußten jedoch bisher außerhalb der politischen Organisation stehen. In den neuen Rahmen passen sie nicht hinein. Der Entwurf schlägt daher vor: Das Vertrauenspersonensystem aufzuheben und statt dessen überall eine Frau mit in den Vorstand zu wählen, der die Agitation unter dem weiblichen Proletariat obliegt. Das weibliche Vorstandsmitglied soll also Anregung geben, wann und wie der vorhandene Agitationsstoff zur Aufrüttelung der indifferenten Frauen und Mädchen genutzt werden kann. Dabei kann die Frau bald in ihrer Eigenschaft als Arbeiterin, bald als Hausfrau, als Gattin, als Mutter oder als Staatsbürgerin gepackt und interessiert werden. Hat der Gesamtvorstand, der Anregung entsprechend beschlossen, eine Agitation speziell unter den Frauen und Mädchen zu entfalten, so soll das weibliche Vorstandsmitglied unter tätiger Mithilfe der bereits gewonnenen Genossinnen — und selbstverständlich der Genossen — die nötige Arbeit in die Hand nehmen.

Es ist das gewiß kein Ausnahmerecht, welches mit der betreffenden Bestimmung den Frauen eingeräumt wird, selbst dann nicht, wenn die Zahl der weiblichen Mitglieder in den einzelnen Kreisen noch eine sehr kleine ist. Die Bestimmung dient vielmehr lediglich Zweckmäßigkeitsrücksichten. Sie will etwas historisch Gewordenes und Bewährtes wie das System der Vertrauenspersonen, in sinngemäßer Weise der neuen Organisationsform nutzbar machen und damit die fernere Agitations- und Organisationsarbeit unter dem weiblichen Proletariat erfolgreich gestalten. Das ist der Hauptzweck. Es hieße das Gleichheitsprinzip gar zu mechanisch und schablonenhaft auffassen, es hieße es geradezu an der Stelle messen, wenn man dagegen einwendet, — wie dies an einigen Orten geschieht — Mann und Frau seien in der Partei gleichberechtigt, werde eine Frau in den Vorstand vorgeschlagen und mit Majorität gewählt, sei es gut, wenn nicht sei es auch gleich. Gerade wir als Sozialdemokraten betonen bürgerlichen Philistern gegenüber stets, daß die Leistungen der Geschlechter auf den verschiedensten Gebieten zwar nicht gleichartig, aber doch gleichwertig sind. Wir heben hervor, daß die Frauen auf Grund ihrer Tätigkeit im Produktionsprozeß wie ihrer Mutterpflichten den Anspruch auf gleiche Staatsbürgerrechte wie die Männer besitzen. Nun wohl! Auf unseren Fall angewendet bedeutet das folgendes: Man darf die vielleicht verhältnismäßig kleine Zahl politischer Kämpferinnen, die in den ersten Reihen stehen, nicht dafür strafen, daß sehr viele Tausende proletarierinnen dank der gewissenhaften Erfüllung ihrer Mutter- und Hausfrauenpflichten sich nicht hervorragend politisch betätigen können, dank aber ihrer treuen Pflichterfüllung ihrem Manne eine solche Betätigung erleichtern, vielleicht erst ermöglichen.

Zudem sehen wir in der Mitgliedschaft im Vorstand nicht allein und nicht in erster Linie ein Ehrenamt, als vielmehr die ernste Verpflichtung zur intensiven Arbeit im Interesse der Partei. Und wahrlich: intensivste Arbeit, vor allem Agitationsarbeit, ist doppelt vonnöten angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse, der politischen Konstellation und des heißen Bemühens der bürgerlichen Parteien, die proletarischen Massen für sich zu gewinnen.

Es kann uns jedoch nicht genügen, die Frauen lediglich als Mitglieder und Beitragszahlerinnen der politischen Organisation zuzuführen. Weit wichtiger noch ist es, sie zu zielklaren Klassenkämpferinnen zu erziehen. Deshalb sieht der Entwurf auch vor, daß neben den regelmäßigen Parteizusammenkünften Les- und Diskutierabende für die Frauen von diesen selbst eingerichtet werden. Diese Abende sollen der theoretischen und praktischen Schulung der weiblichen Mitglieder dienen.

Unter Sozialdemokraten wird man diese Bestimmung nicht erst zu begründen und zu verteidigen brauchen. Dieselben Gründe, die für eine besondere Agitation unter den Frauen sprechen, um sie als Mitglieder der Partei einzureihen, machen es auch notwendig, daß sie besonders geschult werden. Die politische Rückständigkeit der Frau ist eine Folge der Erziehung, der Überlieferung, ihrer politischen Rechtlosigkeit, der geringeren Bildungsmöglichkeit — sie muß überwunden werden, um die Proletarierin zur gleichwertigen Klassenkämpferin zu erheben. In welchem Maße durch Les- und Diskutierabende Kräfte geweckt und entwickelt werden, die mit bestem Erfolg für die Parteibewegung tätig sind, das hat an vielen Orten die Erfahrung gelehrt.

Diese hat gleichfalls bewiesen, wie ungemein die Agitation belebt und gefördert wird durch die Frauenkonferenzen. Seitdem auf unseren Tagungen die Agitation unter dem weiblichen Proletariat einheitlicher und gleichmäßiger gestaltet wird, seitdem aus dem Programm unserer Partei bestimmte Forderungen, die besonders das Interesse der Frauen fesseln, herausgehoben und in den Mittelpunkt des Interesses und der Aufklärungsarbeit gestellt wurden, seitdem auf diesen Zusammenkünften die Genossinnen sich untereinander kennen und das Band der Solidarität enger knüpfen lernten: ist es mit der proletarischen Frauenbewegung rapide vorwärts gegangen, trotz aller behördlichen Verfolgung und Schikaniierung. Die gegenwärtige Auflage der „Gleichheit“ ist ein guter Gradmesser für diese Tatsache. Die Konferenzen bedeuten kein „außer der Reihe tanzen“ seitens der Genossinnen, sondern sie führen lediglich zu einer vorteilhaften Arbeitsteilung, welche die besten Früchte für die Agitation zeitigt. Könnten doch die Fragen, welche besonders die Frauen interessieren, und die unsere Konferenzen behandeln, wie zum Beispiel Frauenstimmrecht, Kindererziehung, Wöchnerinnenschutz und andere mehr auf den Parteitag gar nicht mit der Gründlichkeit

erörtert werden, wie dies auf den Tagungen der Genossinnen geschieht. Vor allem aber könnten auf den allgemeinen Parteitag die Genossinnen nicht ausgiebig zum Worte kommen, die nicht redegewandt sind, deren schlichte, ergreifende Darlegungen aber just als Notföhre der Geknechteten erklingen. Dabei gibt es doch sicherlich Meinungsdivergenzen unter uns, daß bei der Propagierung und bei der Durchsetzung einer Forderung es vor allem darauf ankommt, daß die am meisten Interessierten als Fördernde auftreten, daß sie die Träger der Bewegung sind. Die Frauenkonferenzen werden wir daher beibehalten müssen.

Der Entwurf spricht davon, daß unter bestimmten Voraussetzungen, daß dort, wo sie wirklich ihrem Namen Ehre machen, die Bildungsvereine der Genossinnen bestehen bleiben können. Die Entscheidung darüber soll den Genossinnen und Genossen der einzelnen Orte zustehen. Die Mitgliedschaft im Bildungsverein enthebt jedoch keine Genossin der Pflicht, Mitglied des sozialdemokratischen Vereins zu werden. Mit anderen Worten: Der Bildungsverein gilt nicht mehr als Ersatz für die politische Organisation.

Die Bestimmungen über die Wahl weiblicher Delegierter zum Parteitag hat der Entwurf in der alten Fassung des Organisationsstatuts gelassen. Sie sollen jedoch nur als Provisorium gelten, bis ganz allgemein die Delegation zum Parteitag im Parteistatut nach demokratischen Grundsätzen geregelt wird. Es ist eine logische Konsequenz des Geistes, der den Entwurf diktiert hat, daß die Vertrauensperson der Genossinnen ganz Deutschlands in Zukunft diesen Titel nicht mehr tragen wird, sondern als weibliches Mitglied in den Gesamtvorstand der Partei eintritt. Demgemäß hört auch ihre gesonderte Rassenführung auf, dafür wird von ihr auf Kosten der Gesamtpartei die Agitation unter dem weiblichen Proletariat Deutschlands weiter betrieben. Die Genossinnen und Genossen, die den Entwurf ausgearbeitet, glauben im Interesse der Gewinnung und Schulung des weiblichen Proletariats beschlossen zu haben. Sie hoffen, daß der Parteitag ihre Vorschläge akzeptieren wird, und daß sie sich überall rasch zum Nutzen der Gesamtbewegung in die Praxis umsetzen.

Luise Zieg.

### Sarzbilder.

#### II.

Einer der schönsten Wege führt vom Bahnhof in Quedlinburg zur Stadt. Nach Durchschreitung einer kleinen Anlage, die links und rechts durch alte Baumbestände abgeschlossen ist, steht man in einer prächtigen, alten Allee von Silberpappeln, die an dem einen Ende von der Bode begrenzt wird. Hat man die Brücke passiert, so laden zu beiden Seiten gut gepflegte Anlagen zur Rast ein. Leider hat man es für nötig gehalten, den freien Platz vor einem Denkmal durch das Aufstellen einer Kanone zu verunzieren. Ringsum bis an die Bode wird die Anlage bekrönt von schönen Willen mit sauber gehaltenen, blühenden Ziergärten. Quedlinburg ist eine Blumenstadt! Hier ist das Reich der Samenzüchter Netze und Dippe. Der letztere ist der mächtigere im Reich; er beschäftigt zurzeit zirka 3000 Personen, während die Zahl der Nettischen Lohnfronden sich auf vielleicht 600 bis 700 beläuft. Und die Tausende Ausgebeuteter bilden den dunklen Hintergrund dieses Blumenreichs. In grellem Kontrast zu den Blumenbeeten und Baumgruppen, inmitten derer herrliche Willen gelegen sind, stehen die engen, von kleinen, schiefen Häuschen eingefassten Gassen, in denen die Arbeiter wohnen. Hier gibt es nicht gepflegte Gärten, losender Blumenduft fehlt. Die in den offenen Straßennischen stehenden Abwässer riechen recht unangenehm, und den Wohnungen merkt man schon von außen an: hier wohnt die Armut! Viele Häuschen waren wie ausgestorben. Hier und dort sah man Kinder in den Gassen spielen. Die Blumengärten waren nicht ihr Reich. Die Mütter arbeiteten draußen im Felde in den Samenzüchtereien.

Wir erlebten einen Auflauf! Ein Polizist hatte ein paar zerlumpt aussehende Knaben beim Kragen. Die Abeltäter sollten Lauben gefohlen haben und wurden nun abgeführt. Der eine der Knirpse, anscheinend sieben Jahre alt, weinte heftig, der andere ging trohig nebenher. In der Lücke eines Geschäftshauses stand ein dicker Spießer und räsonierte über die verderbte Jugend und die lickerlichen Eltern, die ihre Kinder nicht besser erziehen. Die satte Moral predigte! — Tausende Kinder in Quedlinburg haben nie etwas von Häuslichkeit kennen gelernt, weil beide Eltern von früh bis spät im Dienste des Kapitals fronden müssen. Die Gasse ist eine gute Gelegenheitsmacherin für lose und schlechte Streiche, und Gelegenheit macht Diebe.

Wir wanderten weiter hinaus und kamen hinein in das wogende Meer der Blumen. Rings um Quedlinburg, bis nach Halberstadt und Aschersleben hinaus, schweift das Auge über Blumen- und Rübenfelder. Hier ist die Großindustrie der Samenzüchtereien. Ein großer Teil der „freien“ Bauern, die hier noch hausen und vorwiegend Zuckerrübenfamen ernten, sind tatsächlich nur noch Akkordarbeiter für den allgewaltigen Dippe. Sie haben ihre Felder kaum bestellt, so wird die Ernte schon an Dippe verkauft. Da gibt es kein Sträuben! Ist Dippe nicht selbst Hypothekengläubiger, drängen andere Verpflichtungen. Aber auch derjenige, der noch finanziell unabhängig ist, muß an Dippe verkaufen. Dieser hat nämlich den Samenhandel so gut wie monopolisiert. Wer nicht an ihn verkauft, kann sich die Ernte ans Bein binden; er findet keinen Abnehmer. Und Dippe weiß seine Macht auszunutzen! Er sammelt Millionen, während immer mehr Bauern verarmen und

\* Siehe Nr. 10 der „Gleichheit“.

eine Bestimmung nach der anderen von Dippe übernommen wird.

In den Blumenfeldern sieht man Männer, Frauen und Kinder unter den Augen der Aufseher ihr mühseliges Tageswerk verrichten. Hier beobachtet man, wie die Arbeiterinnen in langen, doppelten und dreifachen Reihen den reifen Samen einsammeln, dort sind in derselben Ordnung Kinder mit Hacken beschäftigt. Der einzelne kann da nicht ausspannen, nicht zurückbleiben; die gesamte Gruppe bildet gleichsam eine Kette, in der das einzelne Glied der Gesamtbewegung folgen muß. Und während der Ferien müssen die Kinder, wie die Erwachsenen von morgens früh bis abends 6 Uhr auf dem Felde schaffen. So werden diese Proletariatskinder um die goldene, unwiderbringliche Jugendzeit betrogen. Betrogen zur höheren Ehre des gewinnlüsternen Kapitals! Wie überall, wo Frauen- und Kinderarbeit vorherrscht, zeigen sich die Schäden für die Arbeiterschaft auch hier recht sinnesfällig. Die Löhne sind auf ein unglaublich tiefes Niveau hinabgedrückt worden. Männer verdienen täglich 2,20 bis 2,50 Mark, Frauen 1 bis 1,20 M. und Kinder 50 bis 60 Pf. Wenn Vater, Mutter und Sohn arbeiten, stellt sich ihr Gesamterdienst im Durchschnitt etwas über 4 M. Dafür müssen drei Personen Mehrwert schaffen, auf Häuslichkeit und Jugendglück verzichten! Das nennt die bürgerliche Gesellschaft göttliche Weltordnung und entrüstet sich, wenn aus dem Boden dieser Weltordnung entartete Pflanzen emporsprießen.

Es ist Feierabend! Glenden Laufs stürzt alles zu den Gräben, in denen Kleider, Riepen und Arbeitsgeräte lagern. Schnell sind die Feld„stiefelchen“ abgezogen, ein Rock wird übergeworfen, die Frauen nehmen die Riepen auf, die Hacken hinein und dann geht es hastenden Schrittes dem oft noch eine Stunde weit entfernten Heim zu. Die Frauen haben ja erst halb Feierabend. — Für sie heißt es nun die Hauswirtschaft besorgen, das Essen bereiten, und nachher erfordert das Reinigen und Ausbessern der Kleider auch noch ein Stündchen und länger Arbeit. Die Hausproletariatsfrauen sind um ihr Daseinslos nicht zu beneiden. Diese Armen sehen die gepuderten Sommerfremden vorbeispazieren, in Wagen und Automobil vorbeifahren, sie können die kostbaren, luxuriösen Toiletten der Damen bewundern, sie hören auch wohl die schmeichelnde Musik aus den Parks und Konzertsälen herüberklingen, erblicken vielleicht an den Fenstern der hell erleuchteten Säle die Pärchen im heiteren Lächeln vorbeihuschen, aber ihnen selbst sind alle Genüsse des Lebens verschlossen. Für sie gibt es nur Arbeit, Arbeit und Entbehrung! Die Sorge um die Beschaffung des zum Leben Allernotwendigsten füllt ihr ganzes Denken und Streben aus. Arme Frauen! Des Lebens Mai blüht ihnen nicht. Das Kapital raubt ihnen den, wie es ihren Kindern den Lebensfrühling nimmt.

Da säumen diese von dem Felde, die Harke, ihr Arbeits-, ihr Martergerät auf den schmalen Schultern tragend. Unentwickelte Bäckchen von 7 bis 8 Jahren sind darunter, Antzips, denen es beinahe noch schwer werden muß, ihren Schulranzen zu schleppen. Sie müssen hinein in den Dienst des Kapitals. Täglich 8 bis 10 Stunden auf dem Blumenacker liegen und als Zugabe ein paar Stunden Marsch, das ist ihre Ferienerholung! Und dazu Schmalhans als Küchenmeister! Einzelne der Knaben lösten sich von den Trupps ab und suchten im Chauveeegraben nach abgefallenen, unreifen Birnen. Das war ihr Ledermahl nach des Tages Last und Mühe! Wenn die kapitalistische Gesellschaft diese armen Kinder später mit Filetbraten und Austern traktieren wollte, die geraubte Jugend kann sie ihnen nicht wiedergeben. Aber es gibt für die Armen auch später nichts anderes, als was die Jugend bot. Als erwachsene Männer können sie allein keine Familie ernähren, Frau und Kinder müssen mitarbeiten. So sieht das Paradies für die Arbeiter aus. — — —

Mit einem jovial ausschauenden Herrn, der sich später als reichgewordener Bäckermeister entpuppte, knüpfte ich ein Gespräch an: „Die Kinder sind doch zu bedauern, daß sie schon so jung für ein Stückchen Brot arbeiten müssen!“ bemerkte ich. „Ach was,“ warf der dicke Herr ein, „die Jungen freuen sich darauf, und sie sind da gut verwahrt; sie machen da wenigstens keine dummen Streiche!“ „Ist Ihr Junge auch dabei?“ fragte ich maliziös. „Entrüstet schaute mich der „Pädagog“ an und würdigte mich keiner Antwort. — — — Im Graben sah ein kleiner Junge und zog sich die groben Schuhe aus; seine Füße waren wund geworden bei der Arbeit. Ob der arme Schelm wohl Vergnügen empfand bei solcher Art Spiel? — — —

## Die belgische Junge Garde.

Belgien ist das klassische Land der sozialistischen Jugendorganisation. Die belgische Junge Garde ist das älteste Glied der internationalen Jugendbewegung, die in den letzten Jahren in allen Ländern mit einer modernen Arbeiterbewegung festen Fuß gefaßt hat, sie ist es vor allem, die auf die Organisationen des Auslandes anregend gewirkt hat und von ihnen zum Vorbild genommen worden ist.

Gerade in diesem Augenblick, wo die Diskussion über die Jugendorganisationsfrage in Deutschland die Form einer Auseinandersetzung über die Zweckmäßigkeit der selbständigen Jugendorganisation überhaupt angenommen hat, dürfte es daher für unsere deutschen Genossinnen interessant sein, den Charakter und die Leistungen der ältesten dieser Organisationen näher kennen zu lernen, sowie die Erfahrungen, die man mit ihr gemacht hat, und die um so mehr Beachtung verdienen, als sie sich auf einen größeren Zeitraum erstrecken, als die entsprechenden Beobachtungen in Deutschland oder den anderen Ländern.

In der internationalen Jugendbewegung vertritt die belgische Junge Garde am reinsten den Typus der allgemeinen antimilitaristischen Jugendorganisation, im Gegensatz zu dem der wirtschaftlichen Lehrlingsorganisation, wie ihn uns Österreich bietet. Dazwischen liegen, ihrem Charakter nach in Abstufungen und Verbindungen mannigfacher Art, die Jugendorganisationen der übrigen Länder.

Daß gerade die belgische Junge Garde am ausgeprägtesten den Charakter einer allgemeinen, Lehrlinge wie jugendliche Arbeiter umfassenden Organisation angenommen hat, die ausgesprochen antimilitaristisch ist, beruht nicht etwa auf einer Verschiedenheit der Auffassung vom Zwecke und von den Aufgaben der Jugendorganisation. Diese Auffassung ist vielmehr in allen Ländern die gleiche: die Jugendorganisation soll die Arbeiterjugend zum Klassenbewußtsein erwecken, soll sie durch die eigentümliche Bildungsarbeit und durch die Aktion auf dem Gebiet der besonderen Interessen der Jugendlichen zu Klassenkämpfen erziehen. Wenn aber zum Beispiel in Österreich die Jugendorganisation ihre Haupttätigkeit auf dem Gebiet des Lehrlingskampfes entfaltet, so geschieht das deswegen, weil es in dem wirtschaftlich rückständigen Österreich ein spezifisches Lehrlingselend gibt, das eine Folge des verzweifelten Konkurrenzkampfes ist, den das untergehende Handwerk dort gegen den fortschreitenden Großbetrieb ausübt. In Belgien ist dieser Kampf so weit ausgefochten, daß es hier kein besonderes Lehrlingselend mehr gibt; die Lage der Lehrlinge ist hier — auch rechtlich — dieselbe wie die der jugendlichen Arbeiterschaft überhaupt. Ein besonderer Kampf für die Lehrlingsforderungen ist hier also nicht am Platze, daher auch keine besondere Lehrlingsorganisation. In der besonderen Art des belgischen Militarismus liegt der Grund für die eigentümliche antimilitaristische Agitation, welche die Junge Garde führt, deren Mitglieder übrigens im Durchschnitt ein paar Jahre älter sind, als die der österreichischen oder norddeutschen Lehrlingsorganisationen, und also kurz vor dem Eintritt in die Kaserne stehen.

Belgien ist als Militärmacht in Europa völlig bedeutungslos, vermöge seiner fortgeschrittenen industriellen Entwicklung aber seit Jahrzehnten der Schauplatz gewaltiger Klassenkämpfe. Der Regierung des kleinen Landes gilt demnach die Armee vielmehr als eine Waffe gegen den inneren Feind, der Bourgeoisie, das Klassenbewußte Proletariat, als gegen ihren äußeren Feind. Durch die Anpassung an diesen besonderen Zweck hat sich mit der Zeit folgende eigentümliche militärische Organisation herausgebildet: die Armee gliedert sich tatsächlich in zwei Teile, in das eigentliche stehende Heer, das ausschließlich aus Proletariern gebildet ist, und in die Bürgergarde, eine Art kommunale Miliz der Bourgeoisie, die im Kriegsfall nur als Ergänzung des stehenden Heeres in Betracht kommt, bei lokalen Aufständen aber in erster Linie gegen die Arbeiterschaft geschickt wird. Eine Auslösung, also der Zufall entscheidet alljährlich darüber, welche zwanzigjährigen jungen Leute dem Militarismus zum Opfer fallen sollen. Für ungefähr 1800 M. aber kann jeder Stellungspflichtige vom Dienste befreit werden — für diese Summe kauft dann die Regierung irgend einen Lumpenproletarier als Stellvertreter, der anstatt des Bourgeoisöhnchens auf zwei oder drei Jahre in die Kaserne geht. Die ausgelosten oder freigekauften jungen Leute, die sich selbst eine Uniform kaufen können — die also zur Bourgeoisie oder zum Kleinbürgertum gehören — treten in die Bürgergarde ein. In keinem Lande tritt in der Organisation des Heeres dessen Charakter als Machtmittel der Herrschenden im Klassenkampf so deutlich zutage, wie in Belgien. Die hervorgehobenen Eigentümlichkeiten, vor allem aber die „Stellvertretung“, sind in den weitesten Kreisen der Bevölkerung unpopulär, bei der Arbeiterschaft natürlich durch und durch verhaßt. Ein weiterer Umstand, der die antimilitaristische Agitation erleichtert, ist der, daß das stehende Heer nur aus Proletariern zusammengesetzt ist. Den Hauptanstoß zu der antimilitaristischen Agitation der Jungen Garde gab aber die wiederholte Verwendung des Heeres gegen streikende Arbeiter.

Die erste Junge Garde entstand in der flämischen Industriestadt Gent im Jahre 1886, wenige Wochen nach dem Ende des großen wallonischen Arbeiteraufstandes, der unter der militärischen Diktatur des Generals Baron Vandermassen im Blute erstickt worden war. Schon damals waren von der Partei, namentlich in Antwerpen und Gent, Versuche gemacht worden, auf die Soldaten einzuwirken, damit sie sich nicht mehr zum Morde ihrer Arbeitsbrüder kommandieren ließen. Man erkannte aber sogleich, daß dieses Ziel nicht durch eine bloß momentane Agitation erreicht werden könne, sondern nur durch eine systematische, fortgesetzte Aufklärungsarbeit. Mit Hilfe älterer Genossen gründeten in der Folge einige junge Leute, die im nächsten Jahre an der Auslösung teilnehmen sollten, einen Verein, der ursprünglich Rekrutenbund genannt wurde und als Hauptzweck verfolgte, unter den Rekruten antimilitaristische Agitation zu treiben. Bei der Auslösung im Januar 1887 gaben die jungen Genossen die erste Nummer der Gelegenheitszeitung „Der Rekrut“ heraus, die merkwürdig gut einschlug und bald sehr populär wurde. Im September desselben Jahres wurde für die in die Kaserne einziehenden Rekruten ein ähnliches Blatt veröffentlicht: „Die Kaserne“. Beide Agitationschriften erschienen jetzt noch alljährlich in derselben Form, ebenso ihre Ausgaben in französischer Sprache, die von 1888 beziehungsweise 1893 ab von der Brüsseler Jungen Garde, seit 1907 von dem Nationalverband der Jungen Garde in die Hand genommen wurden. In mehreren Orten kam es bald zur Nachahmung des Genter Beispiels, so daß 1889 der Nationalverband der sozialistischen Junaen Gardes Belgiens gegründet werden konnte. Der

Kongress der Arbeiterpartei von 1890 erkannte den Nationalverband an, forderte die Genossen zu seiner Unterstützung auf und beschloß, daß er ebenso wie die großen Gewerkschafts- und Bezirksverbände im Generalrat der Partei (der Parteileitung) vertreten sein sollte. Von da an debütierte sich die Bewegung kräftig weiter aus. Die fortgesetzten Verfolgungen durch die Klassenjustiz, die häufig damit endeten, daß Mitglieder der Jungen Garde zu monatelangen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, konnten ihre Fortschritte nicht hindern. Im Gegenteil: die regelmäßig wiederkehrenden Prozesse gegen die Redakteure des „Rekruten“ und der „Kaserne“ konnten mit Recht als ein wichtiger Teil der allgemeinen antimilitaristischen Agitation gelten. In der Zeit der schlimmsten Verfolgungen ließ übrigens der Generalrat der Partei diese Blätter von älteren Parteigenossen herausgeben, um den Jugendlichen die schweren Strafen zu ersparen. Die Massenstreiks, die das belgische Proletariat 1893 und 1902 für die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts führte, waren für die Junge Garde Zeiten erhöhter Tätigkeit. Diese hatte den Erfolg, daß im Jahre 1902 die Regierung es nicht mehr wagte, die Armee gegen die streikenden Arbeiter zu schicken. Auch in den Wahlkämpfen leisteten die organisierten Jugendlichen der Partei vorzügliche Dienste.

Die Hauptaufgabe, der sie sich widmeten, blieb jedoch immer die antimilitaristische Agitation, die zweimal im Jahre mit besonderer Intensität betrieben wird: im Januar oder Februar bei der Auslösung, gegen den 1. Oktober beim Einziehen der Rekruten in die Kaserne. Dann werden die Zeitungen: „Die Kaserne“ oder „Der Rekrut“ allen Rekruten ins Haus geschickt und auch öffentlich verkauft. Die Junge Garde läßt des Weiteren überall Plakate ankleben, die häufig illustriert sind und meist einen Trauerband haben. Flugblätter, antimilitaristische Bilder oder Ansichtskarten kommen zur Verbreitung, ebenso besondere Broschüren, von denen bis jetzt zwölf herausgegeben wurden, darunter die bekannten, in Massenaufgaben erschienenen „Katechismus des Rekruten“ und „Katechismus des Soldaten“. Die Volkshäuser, alle Partei- und Genossenschaftslokale hissen zum Zeichen der Trauer die rote Fahne auf Halbmaß. Einige Tage vor der Auslösung werden Protestversammlungen gegen die Wutsteuer veranstaltet, am Vorabend vor der Aushebung findet gewöhnlich eine Straßendemonstration mit anschließender Volksversammlung statt. Im September werden dann die Rekrutenabschiedsfeste veranstaltet, bei denen meist Schauspiele mit antimilitaristischer Tendenz zur Aufführung gelangen. Die Mitglieder der Jungen Garde sind verpflichtet, sich zu weigern, an der Auslösung teilzunehmen, die dann an ihrer Stelle der Bürgermeister vornehmen muß. Die Weigerung wird gewöhnlich mit lauter Stimme kurz begründet. Eine Anzahl Demonstrationen ähnlicher Art, die oft in der Form in jedem Ort verschieden sind, finden noch an diesen Tagen statt und haben fast überall ihr Gepräge völlig verändert. Früher boten die Tage der Auslösung und Einrückung in die Kaserne nur Gelegenheit zu bestialischen Sausereien und Orgien, jetzt stehen sie ganz im Zeichen der ernstwürdigsten Demonstrationen der Arbeiterjugend gegen den Militarismus.

Auf die kurz charakterisierte Agitation beschränkt sich gewöhnlich die antimilitaristische Tätigkeit der Jungen Garde. Im Ausland herrscht vielfach die Meinung, als ob sie auch in der Kaserne Agitation treibe. Wer daran glaubt, lenkt gewiß die Verhältnisse im belgischen Heere nicht. Die Strafen, die jede Äußerung des sozialistischen Gedankens in der Kaserne verhindern sollen, sind hier ebenso schwer wie in Deutschland. An eine Agitation in der Kaserne ist in Belgien nicht zu denken, außer vielleicht in den Zeiten großer revolutionärer Erregung, wie 1893 und 1902. Höchstens kann der einzelne Sozialist in der Kaserne im persönlichen Verkehr auf seine Kameraden einwirken, aber auch das muß mit der äußersten Vorsicht geschehen. Sehr selten wird ein Genosse wagen dürfen, sich auch nur vor einem von ihnen offen als Sozialist zu betennen. Als solcher wird er meist nur seinen Vorgesetzten bekannt sein, die ein besonders nachsames Auge auf ihn halten. Alles, was die Junge Garde in dieser Beziehung tun kann, beschränkt sich darauf, daß sie sich angelegen sein läßt, mit ihren Mitgliedern in der Kaserne in ständiger Fühlung zu bleiben. Zu diesem Zwecke erhalten diese meist eine monatliche Unterstützung von 1 oder 2 Franken, der sie jedoch nur so lange teilhaftig werden, als sie regelmäßig Berichte über die Vorgänge in der Kaserne schicken. Derartige Berichte werden sehr häufig in der Parteipresse unter einer besonderen Rubrik veröffentlicht, um Mißhandlungen und Mißbräuche aller Art öffentlich zu brandmarken.

Auch über den allgemeinen Charakter der antimilitaristischen Agitation der Jungen Garde trifft man im Ausland vielfach verkehrte Ansichten an. Diese Agitation besteht im Grunde darin, daß die jungen Leute, bevor sie in die Kaserne gehen, über das Wesen des Militarismus aufgeklärt werden. Dabei wird natürlich besonders gegen die eigenartige belgische Heeresorganisation — Auslösung, Stellvertretung — agitiert, und zwar vor allem, weil sie den Klassencharakter des Militarismus hell beleuchtet. Daß bei dieser Agitation sich „eine gewisse Romantik“ oder „anarchistische Tendenzen“ breit machen, oder daß zu Verstößen gegen die Disziplin aufgefordert wird, davon hat man in Belgien noch nichts gespürt. Der Nationalkongress der Jungen Garde nahm 1907 eine Resolution an, die die Erweckung der Rekruten zum Klassenbewußtsein als das Ziel der Agitation bezeichnet, und alle anderen Kampfesmethoden, wie die individuelle Dienstverweigerung, die Desertion, den passiven Widerstand usw. verwirft. Es wird im Gegenteil den Soldaten empfohlen, „so gut wie möglich ihren Dienst zu tun, natürlich nur soweit, als das tägliche

Leben der Kaserne in Betracht kommt und als die Befehle der Vorgesetzten nicht direkt im Widerspruch stehen mit den höheren Geboten des menschlichen und des Klassenbewußtseins. Auf diesem Standpunkt hat die Junge Garde immer gestanden. Die Offiziere müssen denn auch anerkennen, daß ihre besten Mannschaften unter den Mitgliedern der Jungen Garde zu finden sind. Darüber aber, was der Soldat zu tun hat, wenn er streikenden Arbeitern gegenübersteht, belehrt ihn der Katechismus des Soldaten folgendermaßen:

Frage: Und wenn das Heer bei einem Streik oder einem Aufstand gegen die Arbeiter vorgehen soll?

Antwort: Dann ist es seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß es seinen Kameraden gibt, der nicht weiß, was man von ihm verlangt und welche seine Pflicht gegen seine Arbeitsbrüder ist.

Frage: Wenn aber die Streikenden oder Aufständischen die Soldaten bedrohen, und wenn befohlen wird, Feuer zu geben?

Antwort: Wenn der Hunger oder der berechnete Hohn das Volk zur Drohung oder zum Angriff treibt, so bedenk' er, daß die Ruhe der Soldaten das allerbeste Mittel ist, um ein Blutbad zu vermeiden. Wenn aber Feuer befohlen werden sollte, so richte er sich nach den Umständen, um über seine Handlungen zu entscheiden, aber immer in dem Bewußtsein: Sie sind meine Brüder!

Und der Erfolg der zwanzigjährigen Agitation? Die Militärbehörden haben seit etwa sechs Jahren zu der Mehrheit ihrer Mannschaften nicht mehr das Vertrauen, daß sie sich gegen streikende Arbeiter verwenden lassen; sie sind überzeugt, daß sie der Parole der Jungen Garde gehorchen werden mehr als dem Befehl ihrer Vorgesetzten. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß von 1902 an die Regierung es nicht mehr gewagt hat, Soldaten gegen die Arbeiter zu schicken.

Die Bedeutung dieser Erfolge darf uns jedoch nicht vergessen lassen, daß die belgische Junge Garde auch ihre Mängel hat. Wir denken dabei namentlich an die Vernachlässigung der eigentlichen Bildungsarbeit und die Schwäche der Organisation. Beide Mängel sind aber nicht der Jungen Garde allein, sondern der ganzen belgischen Arbeiterbewegung eigentümlich. Die Junge Garde ist auf der nämlichen föderalistischen Grundlage organisiert wie die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften. Die Verbindung innerhalb des Nationalverbandes ist äußerst locker, so daß nicht einmal eine genaue Schätzung seiner Mitgliederzahl (zwischen 7000 und 13000!) möglich ist. Der letzte Kongress, der zu Pfingsten d. J. in Brüssel tagte, hat jedoch gezeigt, daß die zentralistischen Bestrebungen die Oberhand gewonnen haben. Er bahnte gründlichen Wandel an, indem er eine Reihe von Maßregeln beschloß, die den föderativen Verband in eine feste Zentralisation umschaffen sollen.

Ähnlich verhält es sich mit der Vernachlässigung der eigentlichen sozialistischen Bildungsarbeit, die sich die Junge Garde bis vor einigen Jahren hat zuschulden kommen lassen. Sie erklärt sich durch die bedauernde Gleichgültigkeit gegen alle theoretische Schulung und die marxistischen Lehren, welche unter den belgischen Genossen überhaupt herrscht. Was die erwachsenen Genossen aber zum größten Teil leider noch nicht tun, haben die Jugendlichen bereits aus eigener Initiative begonnen. Seit 1902 sind sie an die Gründung von Bildungssektionen und ähnlichen Einrichtungen gegangen. Sie wollen das Verfallene nachholen. Die Junge Garde ist auf diese Weise zur eigentlichen Trägerin der Arbeiterbewegung geworden, die innerhalb der belgischen Arbeiterpartei im Wachstum begriffen ist. Die Tatsache ist charakteristisch genug, daß die beiden Jugendorgane (vlämische „Jonge Socialist“ und die französische „La Jeunesse“) zurzeit die einzigen belgischen Zeitschriften sind, die sich bemühen, die Proletarier sozialistisch durchzubilden. Die Partei selbst hat keine derartige Zeitschrift. Abzuziehen sind beide im Sinne der marxistischen Theorie redigiert, was von den früheren Parteizeitschriften nicht gesagt werden konnte.

So scheint die Junge Garde dazu berufen, auf dem Gebiet der sozialdemokratischen Schulung der belgischen Arbeiterbewegung ebenso wertvolle, wenn nicht noch wertvollere Dienste zu leisten, als im Kampfe gegen den Militarismus. Ja, sie hat dies bereits in erheblichem Maße getan: Seit fünf oder sechs Jahren sind fast alle Funktionäre, Agitatoren, Redakteure, die jetzt in der Partei und in den Gewerkschaften tätig sind, durch die Schule der Jungen Garde gegangen. In ihr haben sie nicht allein sozialistische Kenntnisse gesammelt, sondern auch die praktischen Erfahrungen, die nur durch selbständige organisatorische Betätigung erworben werden können. Weber Partei noch Gewerkschaften möchten ihrer vorzüglichen Rekrutenschule, ihrer Jungen Garde entzogen; beide sind stolz auf sie und auf ihre Erfolge und denken nicht daran, ihr das Recht der Selbstbestimmung zu nehmen, die diese Erfolge ermöglicht hat.

H. d. M.

### Fortschreitende Industrialisierung und Proletarisierung in Württemberg.

Auch vor den schwarz-roten Grenzpfählen, die von der frommen württembergischen Bourgeoisie so gern als festestes Bollwerk gegen alles Neue auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Geisteslebens ausgegeben werden, macht die moderne wirtschaftliche Entwicklung nicht Halt. Das beweisen die Mitteilungen des königlichen statistischen Landesamtes vom 28. Mai 1908, in denen einige vorläufige Ergebnisse der

Berufszählung vom 12. Juni 1907 veröffentlicht worden sind.

Das Königreich Württemberg gilt als ein wesentlich agrarischer Teil Deutschlands. Stand doch bei der Berufszählung vom 14. Juni 1895 der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Württembergs mit 45,1 Prozent weit über dem Reichsdurchschnitt von 35,7 Prozent.

Die Zählung von 1907 offenbart nun, daß die „Industrialisierung“ Württembergs große Fortschritte gemacht hat. Das zeigt sich zunächst in der Zunahme der städtischen Bevölkerung, deren wirtschaftliches Schwergewicht ja in Gewerbe und Handel zu suchen ist. Betrachtet man die Bevölkerung der Orte mit mehr als 5000 Einwohnern als Städte — die Reichsstatistik scheidet Stadt und Land übrigens schon bei 2000 Einwohnern —, so vermehrten sich diese von 1895 bis 1907 um 237 500 Personen, das heißt um 44,2 Prozent, die „Nichtstädter“ dagegen nur um 28 500, das heißt um 1,9 Prozent, gegenüber einer Zunahme der württembergischen Gesamtbevölkerung um 12,9 Prozent.

Noch deutlicher zeigt sich die Industrialisierung in der Abnahme der zur Landwirtschaft (mit Einschluß der Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei) gehörigen Gesamtbevölkerung. In den Jahren von 1882 bis 1895 war dieser Volksteil schon um zirka 9000 Personen zurückgegangen, von 1895 bis 1907 aber um fast 34 000 Personen oder in Prozent der Volkszahl von 45,1 auf 38,5.

Andererseits ist von 1895 bis 1907 der nicht landwirtschaftliche Teil der Bevölkerung um zirka 300 000 Personen gewachsen, also stärker als die Volkszahl Württembergs überhaupt, die sich nur um 266 000 Menschen vermehrt hat. Und während von 1892 bis 1895 der weibliche Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung sich der Zahl nach behauptete — der männliche Teil sank schon damals um 9000 Personen —, so verringerte sich von 1895 bis 1907 auch der weibliche Anteil beträchtlich, nämlich um 16 000 Personen (der männliche um 17 000 Personen). Nicht nur die Männer sind in stärkerem Maße in die lohnender erscheinende Industriearbeit abgewandert, sondern auch die Frauen beginnen diesem Zuge zu folgen.

Während die Statistik Württembergs aber einerseits die absolute und relative Abnahme der landwirtschaftlichen Gesamtbevölkerung dartut (das sind die Erwerbstätigen mit Einschluß der im Haushalt lebenden, nicht miterwerbenden Personen), so zeigt sie andererseits das überraschende Bild, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen um 63 000 Personen gewachsen ist. Und zwar ist dieses Wachstum allein auf die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft zurückzuführen, die von 154 000 auf 236 000 Personen anwachsen, während der männliche Anteil an der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit von 283 000 auf 264 000 Personen sank. Die Mitteilungen des königlichen statistischen Landesamtes geben für diese eigentümliche Erscheinung folgende Erklärung:

„Der scheinbare Widerspruch zwischen der feststehenden Tatsache der Vandrucht, namentlich des männlichen Geschlechts einerseits, der Tatsache des stark gewachsenen Marktes für Landwirtschaftserzeugnisse fast aller Art in den angeschwollenen städtischen Mittelpunkten andererseits findet also eine vorläufige Erklärung lediglich durch die härtere und allseitigere Anspannung und Heranziehung aller irgendwie verfügbaren auf dem Lande zurückgebliebenen Arbeitskräfte unserer in der Hauptsache klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaftsfamilien; auch die Ehefrauen und Dienstmädchen für häusliche Dienste scheinen in den Haushaltsgeschäften meist nur noch nebenher tätig zu sein und „hauptberuflich“ nicht nur zu Feldgeschäften und ausnahmsweise, sondern auch im Stall usw. regelmäßig herangezogen zu werden.“

Mit der zunehmenden Industrialisierung Württembergs geht also auch eine stetig wachsende Proletarisierung seiner Bewohner Hand in Hand. Sie zeigt sich deutlich durch die Abnahme der nur hauswirtschaftlich tätigen Angehörigen und Dienenden gegenüber der Zunahme der Erwerbstätigen. Im vorliegenden Falle vollzieht sich der Prozeß meist nach folgendem Schema: Das Einkommen, das die Bauernfamilie aus ihrer kleinen Feld-, Weinberg- und Viehwirtschaft bezieht, reicht bei den immer wachsenden Steuern und Lebensmittelpreisen nicht mehr für den Unterhalt der Familie aus. Der Vater, die heranwachsenden Söhne und bald auch die Töchter suchen in benachbarten Industriewerken einen Erwerb — aus selbständigen Bauern werden abhängige Industriearbeiter —, und die bis dahin in der Hauptsache nur hauswirtschaftlich tätige Ehefrau tritt nun als Leiterin des landwirtschaftlichen Betriebs auf.

Angesichts dieser Entwicklung in Württemberg dürfen wir wohl mit Recht auf die Resultate der Berufszählung von 1907 für das ganze Reich gespannt sein. Sie werden jedenfalls nur von neuem bestätigen, was wir schon längst als die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise erkannt haben: Abnahme der selbständigen Erwerbstätigen gegenüber großem Wachstum der unselbständigen (Angestellten und Arbeitern). Rückgang der erwerbslosen Angehörigen gegenüber einem raschen Fortschritt der Frauenerwerbstätigkeit. Mit anderen Worten: Konzentration der Betriebe und Proletarisierung der Massen. K. D.

### Die Kinderschutzkommission der Dresdener Genossinnen.

Der von Genossin Lewinsohn in einer öffentlichen Versammlung erstattete Bericht der Kinderschutzkommission, welche die Dresdener Genossinnen gegründet haben, ist eine Anklage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und ihre Verteidiger. Die einzelnen Fälle, mit denen die Kommission sich beschäftigt hat, sind typisch für die Verhältnisse, unter denen größtenteils die Kinder des Proletariats aufwachsen.

Zunächst stellte die Kommission zahlreiche Verstöße gegen die ohnehin ganz unzulänglichen gesetzlichen Bestimmungen über das Ausstragen von Milch, Frühstück und Zeitungen durch Kinder fest.

Große Mißstände deckte sie in den Holzspaltereien auf, die als sogenannte „Wohlfahrts-Einrichtungen“ dem Kinderschutzgesetz leider nicht unterstehen. Diese Anstalten sind teils vom Verein für innere Mission, teils von anderen Vereinen ins Leben gerufen, werden von den Behörden unterstützt und erfreuen sich allerhöchster Protektion. Sie verfolgen den Zweck, „die Kinder der arbeitenden Bevölkerung in ihrer schulfreien Zeit den sittlichen Gefahren der Straße zu entziehen“. Die Kinder werden in der Hauptsache mit der Herstellung von Brennholz beschäftigt, nebenher aber auch mit Tauzupfen (!), Finsenflehen, Tütenlehen, Tabakentrippen (!) und dergleichen mehr. Jedes Kind erhält ein Arbeitsbuch, in das der monatliche Verdienst eingetragen wird. Dieser Verdienst schwankt zwischen 1 und 2 Pf. pro Stunde. Nach einem vorliegenden Buch hat zum Beispiel ein Junge im Monat 117 Stunden gearbeitet und 117 Pf. verdient. Ältere Knaben, die im Alford Holz hacken, können sogar die hohe Summe von 3 bis 4 Pf. pro Stunde erreichen. Die verdiente Summe wird nicht immer ganz ausgezahlt. Jedes Kind hat ein Sparbüchlein für den zurückbehaltenen Teil des Lohnes. Wenn die Kinder 6 bis 7 Jahre in den Anstalten gearbeitet haben und aus der Schule kommen, dann prahlt die Anstalt mit dem Geld, das sie ausgezahlt erhalten. Ferner werden alljährlich für die regelmäßigen Besucher der Anstalten Weihnachtsgeschenke abgehalten, die die Öffentlichkeit und die Eltern über die erbärmliche Bezahlung hinwegtäuschen sollen. Wie die Weihnachtsgeschenke zuweilen aussehen, dafür nur ein Beispiel: ein achtjähriger Junge erhielt ein Paar kurze Männersocken und ein Hemd für ein fünfjähriges Kind.

Nach den Feststellungen der Kommission gehen die Kinder um 1 Uhr mittags in die Anstalt und verlassen sie erst abends um 7 Uhr wieder. Nach den Mitgliedsbüchern arbeiten die Jungen allerdings nur bis 6 Uhr, aber danach müssen sie noch das gespaltene Holz schichten und verpacken. Auch vor dem Vormittagsunterricht werden die Kinder bereits beschäftigt. Es ist beobachtet worden, daß mehrere Knaben im Winter bei großer Kälte schon 1/2 Uhr vor dem Tor standen. Was diese Kinderbeschäftigungsanstalten ihren Jünglingen an Arbeit zumuten, geht weit über das hinaus, was das Kinderschutzgesetz zuläßt. Erstens nehmen sie schon achtjährige Knaben auf, während das Gesetz die Kindererwerbsarbeit erst vom 12. Jahre ab erlaubt. Ferner kommen Arbeitszeiten von 4 bis 5 Stunden während der Schulzeit, von 8 bis 10 Stunden während der Ferien vor. Das Kinderschutzgesetz gestattet aber nur eine 3- beziehungsweise 4-stündige Arbeitszeit. Es verbietet auch die Arbeit vor 8 Uhr morgens und vor dem Vormittagsunterricht. Schließlich wird auch die gesetzliche zweistündige Mittagspause in den Beschäftigungsanstalten nicht eingehalten. Die Arbeiten, die in diesen Anstalten geleistet werden, sind zudem meist gesundheitsschädlich und gefährlich. Beim Holzspalten kommen häufig Unfälle vor, beim Tauzupfen und Finsenflehen müssen die kindlichen Lungen eine Unmenge Staub schlucken, und das das Tabakentrippen keine zuträglichere Arbeit für Kinder ist, braucht wohl nicht erst bewiesen zu werden. Auch vor den Gesetzen der Pädagogik kann die Beschäftigung in diesen „Wohlfahrts-Einrichtungen“ nicht bestehen. Handelt es sich doch durchweg um einseitig-mechanische, geisttönde Arbeiten. Wollen die Beschäftigungsanstalten wirklich Erziehungsarbeit leisten, dann mögen sie einen gut geleiteten Handfertigkeitsunterricht einführen.

Dem Zweck, Proletarierkindern in der schulfreien Zeit einen Aufenthaltsort und Beaufsichtigung zu gewähren, sollen auch die Dresdener Kinderhorte dienen. Sie erfüllen ihren Zweck leider nicht ganz, weil sie erst von 3/4 Uhr an geöffnet sind. Eine Eingabe der Kommission an die Stadtverordneten, sie bereits mittags zu öffnen, hatte keinen Erfolg, ein abermaliges Gesuch ist noch nicht beantwortet worden.

Eine Versammlung, die auf Veranlassung der Kinderschutzkommission Anfang Dezember 1907 stattfand, und in der der Lehrer Heinicke über das Hausieren der Kinder referierte, sprach in einer Resolution das Verlangen aus, die Zulassung der Schulkinder zum Handeln möge eingeschränkt werden. Die Resolution wurde der Schulbehörde übermittelt, welche versprach, den Wunsch zu berücksichtigen.

Die Tätigkeit der Kommission erstreckte sich auch auf Überwachung der Pflegslinge der Besserungs- und der Pflegschaft und der Waisenkinder. Es gelang den Kommissionsmitgliedern, einem Jüngling der Besserungsanstalt eine Lehrstelle zu verschaffen.

Sehr des Schutzes bedürftig waren die Adoptivkinder, uneheliche Kinder, deren Mütter vom Vater in der Regel mit einer größeren Summe abgefunden werden. Die Mütter, die meist aus sogenannten besseren Kreisen stammen, suchen ihre Kinder — gewöhnlich für 500 bis 600 Mark — an Pflögelftern zu verlaufen, die die Kinder adoptieren. Ist das

erhaltene Geld verbraucht, so ist in der Regel auch die Liebe der Pflegeeltern zu dem Adoptivkinds erloschen, und dieses weiß nicht, wo es hingehört.

Viel Arbeit leistete die Kommission auch bei der Aufdeckung von Sittlichkeitsverbrechen an Kindern, die sich in erschreckender Weise mehren. Es kann den Eltern nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, ihre Kinder besser zu beaufsichtigen und sich ihr Vertrauen zu sichern. Welche entsetzlichen Folgen sonst entstehen können, hat ein Fall gezeigt, der sich in der Vorstadt Trachenberge zutrug, und der durch die Kinderschulskommission ans Tageslicht gebracht wurde. Ein 70 Jahre alter Kaufmann Griesbach, der in Trachenberge ein Geschäft betreibt, verging sich 3 1/2 Jahre lang an Schulknaben. 70 Knaben im Alter von 6 bis 16 Jahren fielen ihm zum Opfer und sind nach ärztlicher Feststellung zum Teil an ihrer Gesundheit schwer geschädigt worden. Den Genossinnen wurde der Besuch bei den Eltern der betroffenen Kinder manchmal sehr schwer. Oft kamen sie zu Arbeiterfamilien mit 5 oder 6 Kindern. Vielfach war der Vater daheim, weil er keine Arbeit hatte. Die Szenen, die sich abspielten, wenn die Genossinnen den ahnungslosen Eltern die traurige Mitteilung von den an ihren Kindern begangenen Verbrechen machten, sind nicht zu beschreiben. Ein Vater konnte nur mit Mühe davon zurückgehalten werden, hinzugehen und den Vernichter seines Familienglücks niederzuschlagen. — Vor kurzem ereignete sich in Dresden-Neustadt ein weiterer Fall, bei dem 7 Mädchen im Alter von 6 bis 14 Jahren die Opfer eines Wüstlings waren. Der Vater eines der Mädchen erzählte, im Falle seiner Tochter habe der Staatsanwalt ein Einschreiten nicht für angängig erachtet und gesagt, wenn das Mädchen 14 Jahre alt wäre, dann sei der Geschlechtsverkehr mit ihm nicht strafbar. Der Vater könne nichts weiter tun, als den Verführer wegen Verleumdung verklagen! Wie raffiniert der Lehrer zu Werke gegangen ist, ergeben die Aussagen der Mädchen. Mehrere Monate lang lockte er die Kinder durch Näscherien und Bilder in seine Wohnung, ohne sich an ihnen zu vergreifen. Erst nachdem er bei den Kindern Vertrauen erweckt hatte, schritt er zu den Verbrechen. — In Dresden-Altstadt verging sich ein Schulhausmann, selbst Vater von 6 Kindern, an Mädchen, die er wegen kleiner Verrichtungen nachmittags in der Schule behalten hatte. Seine Frau wollte sich das Leben nehmen, als sie von den Verbrechen ihres Mannes erfuhr. Zwei der mißbrauchten Schulmädchen sollen schwanger geworden sein. — In Neustadt wurden kürzlich abermals 2 Männer wegen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern verhaftet. Der eine ist Vater von 16 Kindern. — Genossin Lewinsohn erklärte am Schlusse ihrer Berichterstattung, daß ein Arzt sie dringend ersucht habe, an die Mütter die Mahnung zu richten, ihre Töchter nicht in die Privatwohnungen der Lehrer gehen zu lassen, und zwar nicht nur im Interesse der Kinder, sondern auch im Interesse der Lehrer. Für einen jungen Lehrer, der 14jährige, oft schon weit entwickelte Mädchen zu unterrichten habe, sei die Versuchung oft außerordentlich groß. Der betreffende Arzt ist auf diesen Umstand von einem Lehrer aufmerksam gemacht worden, der sich selbst an Mädchen vergangen hat. Er behielt sie nach Beendigung des Unterrichts zurück und züchtigte sie in unsittlicher Weise. Auf seine Bitten haben die Eltern keinen Strafantrag gestellt. Er versprach ernstlich, den Unterricht in den höheren Klassen aufzugeben und nur noch in niederen zu unterrichten. Diese Tatsachen zeigen, wie berechtigt der in der Versammlung laut gewordene Wunsch ist, zum Unterricht in den höheren Klassen der Mädchenschulen nur Lehrerinnen zuzulassen.

In der Diskussion ergänzte Genossin Wiegand den Bericht durch die Anführung einiger Fälle von Übertretungen des Kinderschutzes. Bei einem Bäcker arbeitete ein vierzehnjähriger, noch schulpflichtiger Junge von früh 4 Uhr an bis zum Schulanfang und dann noch nachmittags. Dafür erhielt er monatlich 8,50 Mk. Untersuchungen haben ergeben, daß derartig ausgebeutete Kinder geistig zurückbleiben. Der betreffende Junge geht aus der zweiten Klasse der Schule ab, obgleich er intelligent ist. Bei einem Bäcker in Altstadt wird ein Knabe bereits von früh 2 Uhr an beschäftigt; er schläft auch gleich auf der Arbeitsstelle. Der Junge wird aus der vierten Klasse seiner Schule entlassen werden. Einem Arzt, dessen Frau kein Dienstmädchen mehr bekam, mußte ein zwölfjähriges Mädchen nach den Operationen mit Aufräumen helfen. Das Kind elkte sich und mußte sich erbrechen. In einer Privatholzspalterei werden zwölfjährige Kinder in einer Werkstatt beschäftigt, in der sich ein Motor befindet. Der Motor wird von einem siebzehnjährigen Burschen bedient.

Aus den vorstehenden Mitteilungen geht hervor, daß die Dresdener Kinderschulskommission mit Eifer und Umsicht ihres Amtes gewaltet hat. Aber bei der Unsumme von Kinderelend und Kinderausbeutung bleibt noch sehr viel zu tun übrig. Mögen die Genossinnen allenthalben Hand anlegen, nicht nur über die Durchführung der Bestimmungen des Kinderschutzes zu wachen, sondern darüber hinaus durch Aufklärung und Agitation dafür zu sorgen, daß auch für die Proletariatskinder Jugendglück und Jugendvorsorge sich erobert werde.

Anna Nerger.

## Etwas von der türkischen Frau.

Mit Staunen vernahm man in diesen Tagen, daß endlich in der Türkei, wo die Selbstherrschafft des Sultans unerschütterlich schien, das Morgenrot der Freiheit zu dämmern beginnt. Auch dort zerbricht das Volk die Ketten, die es so lange mit stoischem Gleichmut getragen, es erwacht zu dem Bewußtsein, daß es nicht nur Pflichten, daß es auch Rechte

hat. Es ist vielsagend, daß die türkische Sprache kein Wort hatte, das unseren Begriff „Freiheit“ wiederzugeben vermochte. Die Leserinnen wissen, daß das Meer sich einmütig mit der Freiheitsbewegung identisch erklärte und dem Sultan den Gehorsam verweigerte. Ein Fall, welcher in der Geschichte Deutschlands nur im Jahre 1849 in Baden seinesgleichen hat. Aber da der Sultan nicht, wie seinerzeit die Reaktion in Baden, die Preußen zu Hilfe rufen kann, wird die Revolution in seinem Lande kaum den gleichen traurigen Verlauf nehmen wie die vom Jahre 1849. Die türkische Revolution ist wie seinerzeit die deutsche eine spezifisch bürgerliche Bewegung. Das Proletariat bleibt vorläufig davon so gut wie unberührt, wiewohl Streiks beweisen, daß es auch seinerseits die Leiden seiner Lage fühlt und in Gärung gerät. Öffentlich ist die Zeit nicht fern, wo die Macht der Erkenntnis und des Willens auch in den Armen und Glenden erwacht, und wo es ihnen gelingt, sich emporzurichten zum Lichte und zur Freiheit.

Uns interessiert speziell die Stellung, die der Frau in der Türkei angewiesen ist, und ihr Verhalten in der jetzigen Revolution.

Die Türken bekennen sich zur Religion des Islams. Islam heißt soviel als Ergebung, und wird Ergebung in hohem Maße von den Mohammedanern verlangt, so in noch viel höherem Maße von den mohammedanischen Frauen, die gewissermaßen Menschen zweiter Klasse sind. Mohammed, der im Alkoholgenuss und im Spiel die Leidenschaften sah, die seinen Anhängern am gefährlichsten werden konnten, verbot beides. Als Ersatz gab er ihnen die Frau zur Befriedigung ihrer Sinnenlust. Das Weib ist nach dem Islam ein Fortpflanzungsmittel, eine Sache, die der Mann nimmt und fortwirft. Die geistigen und sittlichen Kräfte der Frau zu entwickeln ist daher unnütz, ja gefährlich. Einen Acker nennt der Stifter des Islam die Frau, mit dem der Mann nach Wohlgefallen verfahren darf. Nach dem Koran ist es selbst zweifelhaft, ob die Frauen nach dem Tode sterben. Das Paradies, das der Prophet seinen Gläubigen als eine Welt von unendlichen Freuden versprach, ist für Männer, nicht für Frauen, und es ist eine hohe Ehre, wenn die letzteren ausnahmsweise darin aufgenommen werden. Allerdings gibt es auch Stellen des Koran, die im Sinne einer höheren Wertung, ja der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ausgelegt werden können. Und Reformbestrebungen haben sich in neuerer Zeit auf sie berufen. Aber im allgemeinen sind für die Stellung der Frau in der Türkei immer jene Sprüche des den Mohammedanern heiligen Buches entscheidend, welche eine niedrige Wertung des Weibes bekunden. Die Polygamie (Vielweiberei) ist bekanntlich den Mohammedanern gestattet.

Der Prophet setzte die erlaubte Zahl der Frauen auf vier fest, hatte aber selbst fünfzehn. Für die wenig bemittelten und armen Klassen verbot sich ein großer Harem von selbst. Für sie gilt vielfach die „Monogamie (Ehe) der Armut“. Etwa höchstens 10 Prozent der Bevölkerung leben in Polygamie. Allein ob die Frau in Vielehe oder Eihehe lebt: ihre Stellung ist eine untergeordnete. Der Mann kann die Ehe jederzeit lösen, wenn er der Frau ihre Mitgift zurückgibt, die Frau kann sich bloß durch Erringung richterlichen Urteils scheiden, und das fällt nur zu ihren Gunsten, wenn wenigstens sechs Zeugen gegen den Mann aussagen. Keine, selbst die vornehmste türkische Frau nicht, darf sich einem anderen Manne als dem eigenen unverschleiert zeigen. Je größer und vornehmer der Harem, desto strenger die Bewachung. Nur in Gärten, die mit hohen Mauern gegen jede Neugier geschützt sind, dürfen die vornehmen Türkinnen spazieren gehen, und die Haremswächter, die Eunuchen, halten jeden Unbefugten fern.

Dem rückständigen Wirtschaftsleben entsprechend besteht in der Türkei noch häufig die patriarchalische Großfamilie, die weitere Verwandtschaftskreise umfaßt als Eltern und Kinder. Es ist demnach jedem Türken erlaubt, sich zu verheiraten, nicht aber dann stets auch einen eigenen Hausstand zu gründen. Die verheirateten Söhne mit ihren Frauen und Kindern bilden sehr oft mit den Eltern einen gemeinsamen Haushalt. Die in ihrer Jugend gedehnte Mutter übt dann ein unumschränktes Herrscherrecht über ihre Töchter und Schwiegertöchter aus, und das türkische Mädchen, das oft schon im Alter von acht Jahren verheiratet wird, ist schutzlos nicht nur der Gewalt ihres Mannes, sondern auch der ihrer Schwiegereltern ausgeliefert. Wahrlich, ein ungeheures Maß von Ergebung gehörte dazu, daß die türkische Frau jahrhundertlang ihr drückendes Los ertrug. Es wird erklärlich durch die künstliche Abgeschlossenheit, in der die Türkin lebt, durch das Fernhalten jeder geistigen Nahrung von ihr, durch ihre Erziehung. Schon den kleinen Mädchen wird eingeprägt, daß ihre Brüder höhere Wesen seien, denen Natur und Religion eine andere Stellung im Leben angewiesen hätten. Dient die vornehme Türkin zur Befriedigung der Sinnenlust, so ist die Frau der niederen Klassen eine Arbeitsmaschine, ein Lasttier. Wenn sie leistungsunfähig wird, so muß sie froh sein, wenn der Mann sie nicht auf die Straße stößt. Fuad Pascha, das Haupt der türkischen Liberalen, meint, die Wiedergeburt der Türkei müsse beginnen mit der Befreiung der türkischen Frauen.

Nur allmählich gewinnt westeuropäisches Leben Einfluß auf die türkischen Mohammedanerinnen. Es ist besonders in dem Maße der Fall, als der Kapitalismus auch die Türkei in den Kreis der modernen Entwicklung einzubeziehen strebt und an der Umgestaltung der alten Verhältnisse arbeitet. Was die Tatsachen erzählen, das geht nicht spurlos an dem Ohr, dem Geiste der Türkin vorüber. Der Wandel der Zeiten — nicht bloß in der Türkei, auch im übrigen Europa — hat es möglich gemacht,

daß zumal russische und deutsche Frauen in die Abgeschlossenheit des Harems gedrungen sind und ihren türkischen Schwestern Aufklärung gebracht haben. Schon Jahre vor dem Ausbruch der jetzigen Revolution haben vielerlei unzweideutige Anzeichen es gelündigt, daß unter den vornehmen Türkinnen Bestrebungen sich regen, die eine Besserstellung des weiblichen Geschlechts, die seine Gleichberechtigung wollen. Es hat nicht mehr an Frauen gefehlt, die aller Koransätze und Sitten zum Trost mit leidenschaftlichem Interesse das Öffentliche, das politische Leben verfolgten. Die Schlaueit und Verschlagenheit, die durch die lange Unterdrückung naturgemäß bei den Türkinnen entwickelt worden sind, haben verbunden mit guter Auffassungsgabe das erleichtert. Es liegt auf der Hand, daß die mit ihrer Lage unzufriedenen Frauen mit der jungtürkischen Bewegung sympathisieren mußten. Sie erwarten von ihrem Sieg auch Reformen für das weibliche Geschlecht. Dr. Nasim Bey, ein Mitglied der jungtürkischen Liga sprach in Salonik vor mehreren Hundert versammelten Türkinnen, die seinen Ausführungen rauschenden Beifall spendeten. Die Versammlung stimmte einer Resolution zu, welche die vollständige Gleichberechtigung und Gleichstellung der türkischen Frau mit dem Manne fordert. Welch ein Wandel! Nicht überraschend ist es daher, daß Frauen in großer Zahl unter den Massen vertreten waren, die der Revolution jubelten, daß aber auch Frauen mit in deren Dienst tätig gewesen sind. Sie übernahmen den Ausforschungsdienst, sie widmeten sich der Beförderung geheimster Nachrichten, und es ist kein einziger Fall bekannt geworden, in welchem ein derartiger Auftrag ungeschickt ausgeführt worden wäre. Wenn auch nicht die Lehrerinnen, so waren die Frauen doch das Bindemittel der jungtürkischen Verschwörung. Kurz, türkische Frauen leisteten der Sache der Freiheit unvergeßliche Dienste, und mit Recht wurden sie dieser Tage bei den Volkstunhebungen so lebhaft begrüßt und gefeiert. Frau Eminé Haumun, die Tochter eines türkischen Schriftstellers und Gattin des Gouverneurs von Serres, erschien bei einer solchen Kundgebung am Freiheitsplatz in Salonik mit einer Fahne in der Hand und rief: Es lebe das Volk, es lebe die Freiheit, es lebe das Vaterland! Sie hat wacker am Freiheitswerk mitgearbeitet, sie spornete an, wo sie konnte, und galt für eine der geschicktesten Vermittlerinnen des Komitees, dem sie fast unentbehrlich wurde. Lieber sterben, als weiterhin den Fuß des Tyrannen auf dem stolzen Nacken spüren, das war ihr Lösungswort.

Die türkische Freiheitsbewegung ist, wie schon erwähnt, eine bürgerliche. Noch sind die Proletarierinnen nicht von ihr ergriffen. Aber auch sie werden erwachen und das doppelte Joch abschütteln, das auf ihnen lastet. Eine Fülle unverbrauchter Kraft wird durch sie der weiteren Entwicklung der Türkei zugeführt werden, von ihrer Befreiung hängt die Wiedergeburt des ganzen Volkes ab. Auch an der Türkei wird sich der Satz bewahrheiten: Die Kulturhöhe eines Volkes läßt sich am besten ermessen aus der Stellung seiner Frauen.

Anna Bloß.

## Weibliche Jugendorganisationen?

Die Frauenkonferenz zu Nürnberg wird sich mit der Frage der Jugendorganisation beschäftigen. Sie hat daher auch zu erörtern, ob die weibliche proletarische Jugend in gesonderten Vereinen oder in den bestehenden freien Jugendorganisationen zusammengeschlossen werden soll. Genossin Emmy Stock hat diese Frage in einem Artikel der „Gleichheit“ (siehe Nr. 18) einer Betrachtung unterzogen. Anlaß hierzu hat ihr die Gründung einer Jugendabteilung für Mädchen gegeben, die dem Frauenbildungsverein der Berliner Genossinnen angegliedert ist. Genossin Stock betont, daß unser Ideal wohl die gemeinsame Erziehung der Geschlechter ist, daß sich aber diese Forderung augenblicklich in der sozialistischen Jugendorganisation noch nicht durchführen läßt. Sie befürwortet daher, daß die jungen Mädchen getrennt von den Jünglingen organisiert werden. Sie schreibt: „Wir können unseren Einfluß erst auf die schulentlassene Jugend ausüben, die in getrennten Geschlechtern und durchaus nicht in unserem Sinne erzogen worden ist. Diese Jugend nun plötzlich zusammenzubringen, ist eine Aufgabe, deren erfolgreiche Lösung lange Erfahrung und große pädagogische Einsicht erfordert.“

Wenigstens von einem Teil unserer Parteigenossen und vor allem unserer Genossinnen sehe ich voraus, daß diese Worte nicht auf die Erziehung zutreffen, die sie ihren Kindern angedeihen lassen, sie erziehen Knaben und Mädchen gemeinsam und in unserem Geiste. Indessen sei zugegeben, daß die Kindererziehung im allgemeinen bei der Arbeiterklasse in dieser Beziehung noch viel zu wünschen übrig läßt. Allein ist denn damit bewiesen, daß wir auch in unseren Jugendorganisationen diese falsche Art der Erziehung fortsetzen müssen? Keineswegs. Umgekehrt spricht Gewichtiges dafür, daß mit ihr gebrochen wird. Die Jugendorganisation, welche beide Geschlechter umfaßt, hat ihre großen Vorteile für die Entwicklung der einzelnen jungen Proletarier wie für die Arbeiterbewegung. Unter einem Teile der Arbeiter, ja sogar unter denen, die gute Parteigenossen und Gewerkschaftler sind, besteht noch eine phibistischerhafte Abneigung dagegen, die Frauen in das politische Leben hineinzuziehen. Die am häufigsten wiederkehrende Ausrede hierfür ist die, daß die Politik sich nicht für den weiblichen Charakter eignet. Diese Ansicht wird bei dem verschwinden, welcher schon frühzeitig daran gewöhnt wird, mit seiner Arbeitsschwester zusammen für ein gemeinsames Ziel zu wirken und zu kämpfen, bei dem, welcher in der Jugendorganisation einsehen lernt, daß das junge

Mädchen trotz seiner weiblichen Eigenart den Ideen des Sozialismus ebenso zugänglich ist, wie er selbst. Dank der gemeinsamen Organisation der proletarischen Jugend wurzelt bald die Erkenntnis unausrottbar fest, daß die, welche unter dem gleichen Druck leiden, den die Klassenherrschaft der ausbeutenden Kapitalisten auf die Proletarier ohne Unterschied des Geschlechts ausüben, auch ohne diesen Unterschied zusammen lernen, arbeiten, kämpfen müssen.

Die Jugendorganisationen ohne Trennung der Geschlechter sollen aber auch sittliche Gefahren heraufbeschwören, so wird behauptet. Wer davon redet, der vergißt, daß das heutige kapitalistische Ausbeutungssystem dafür sorgt, daß der junge Arbeiter und die junge Arbeiterin schon frühzeitig in den Fabrikräumen zusammengeführt werden, und daß oft außerdem unter Umständen, die geradezu eine Herausforderung zur Unsitlichkeit sind. In diesem Zustand kann eine schwere sittliche Gefahr erblickt werden, der nicht bloß durch einwandfreie Arbeitsbedingungen, sondern auch durch eine bessere sexuelle Aufklärung des jungen Proletariats entgegen gewirkt werden muß. Der junge Arbeiter soll in seiner Arbeitsgenossin nicht in erster Linie oder gar nur das Geschlechtsweesen sehen, er muß in ihr die Mitkämpferin achten. In dem Bericht der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten heißt es, daß gemeinsame Speiseräume für beide Geschlechter von der Gewerbeinspektion nicht beanstandet wurden. Diese erblicke im Gegenteil in der Gemeinsamkeit dieses Aufenthaltsortes ein erzieherisches Moment, welches die beiden Geschlechter an einen geordneten, auf sittlichen Grundlagen aufgebauten Verkehr untereinander gewöhnt. Die verdienstvolle Vorkämpferin der holländischen Jugendbewegung, Genossin Roland-Holst, führte auf der Internationalen Jugendkonferenz in Stuttgart aus: „Das Zusammenarbeiten der jungen Leute beider Geschlechter ist das beste Mittel, ihr sittliches Niveau zu erhöhen, die Rohheit der einen, die Ziererei der anderen zu mildern. So wird es auch möglich sein, allmählich die Jotenreizerei zu verhindern. Das Zusammenarbeiten ist das beste, ja das einzige Mittel, die Pflege der guten, einfachen, ehrlichen, sittlichen, kameradschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Geschlechtern zu fördern. Das hohe moralische Niveau der jungen Intelligenz Rußlands ist das beste Beispiel dafür, wie das Zusammenarbeiten der beiden Geschlechter für eine gemeinsame große Sache ein besseres, höheres und schöneres Verhältnis zwischen den jungen Männern und Frauen schafft, das die Grundlage der sexuellen Sittlichkeit der Zukunft bildet.“ Diese Worte weisen auf eine geradezu geschichtliche Erfahrung hin, welche zeigt, welchen sittlich hebenden Einfluß Jugendorganisationen für beide Geschlechter ausüben vermögen.

Unsere Jugendorganisation hat die Aufgabe, soviel als nur möglich an den jungen Proletariern wieder gutzumachen, was Staat und Gesellschaft an ihnen gesündigt haben, was die Volksschule bei ihrer Bildung vernachlässigt und geschadet hat. Die junge Proletarierin hat recht oft an ihrer Bildung mehr noch nachzuholen als ihr Bruder. Der Unterricht, den sie durch die Volksschule erhält, ist nicht selten noch unzulänglicher als seine Unterweisung. Die Fortbildungsschule ist für sie nicht obligatorisch. Dazu kommt, daß der Religionsunterricht, welcher das Bild der Natur und der Gesellschaft fälscht, auf das Gemüt der Mädchen häufig besonders tiefen Eindruck macht, so daß seine verheerenden Wirkungen lebenslang nicht überwunden werden. Angesichts dieser Umstände ist es besonders wichtig, daß die Jugendorganisation den proletarischen Mädchen gediegenes Wissen auf den verschiedensten Gebieten vermittelt. Das gleiche muß von den Bemühungen gesagt werden, die Jugend durch die Einführung in Literatur und Kunst ästhetisch und sittlich zu erziehen. Das weibliche Gemüt ist solchen Bemühungen besonders zugänglich. Für die Erfüllung der Aufgaben, welche in diesen Richtungen vorliegen, stehen dem Proletariat aber die notwendigen Kräfte nur in beschränkter Zahl zur Verfügung. Deshalb sollte eine Zerspaltung derselben soviel wie möglich vermieden werden.

Ein weiteres Moment zugunsten der gemeinsamen Jugendorganisation ist die Möglichkeit für die jungen Mädchen, an ihrer Leitung teilzunehmen. In den bestehenden Jugendvereinen können die jungen Genossinnen unter der Leitung von Genossen, die in der Geschäftsführung bewandert sind, in die Verwaltungsarbeiten eingeführt werden. Die Möglichkeit dazu scheint uns bei der Angliederung weiblicher Jugendabteilungen an die Frauenbildungsvereine nicht gleich groß. Bei der kleinen Anzahl tätiger Genossinnen, die meist von der Aufklärungsarbeit unter den erwachsenen Proletarierinnen voll auf in Anspruch genommen sind, kann man nicht erwarten, daß noch die Kräfte für die organisatorische Schulung der jungen Mädchen gestellt werden. Es soll zugegeben werden, daß es in Berlin, Leipzig und einigen anderen großen Städten, wo ein größerer Stamm geschulter Genossinnen wirkt, möglich ist, gesonderte Organisationen für die weibliche Jugend zu schaffen und gedeihlich zu entwickeln. In anderen Orten, wo von einer politischen Organisation der Frauen fast noch gar nicht gesprochen werden kann, oder wo die proletarische Frauenbewegung noch in den Anfängen steckt, sind die Vorbedingungen dafür überhaupt nicht vorhanden.

In dem Augenblick, wo das neue Vereinsgesetz die Möglichkeit schafft, Frauen in die sozialdemokratischen Parteiorganisationen aufzunehmen, sollte man außerdem nicht dazu übergehen, die seither notwendige Teilung nach Geschlechtern in den Organisationen der heranwachsenden Jugend zu verewigen. Gerade hier müßte man das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken und die jungen Leute ohne Unterschied des Geschlechts zum gemeinsamen treuen

Dienst des einen Ideals erziehen. Die gemeinsame Erziehung der jungen Proletarier und Proletarierinnen ist nach Genossin Stod eine Aufgabe, deren Lösung lange Erfahrung und große pädagogische Einsicht erfordert. Wo kann aber diese Erfahrung gesammelt, wo die notwendige pädagogische Einsicht gewonnen werden, wenn nicht in Organisationen, in denen mit jener falschen Erziehungsweise gebrochen wird, welche den zu erziehenden Nachwuchs nach Geschlechtern trennt. Die freien Jugendorganisationen nehmen im Gegensatz zu den bürgerlichen Jugendvereinen grundsätzlich Angehörige beider Geschlechter auf. Von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, ist der Erfolg dieser Methode ein zufriedenstellender. Schreiber dieses hat in seiner Eigenschaft als Gauvorsitzer der Jugendorganisationen Württembergs Gelegenheit, mit einer jungen Genossin zusammenzuarbeiten. Ihre Arbeitsfreudigkeit im Dienste der Organisation und ihr Interesse an dieser könnten manchem Genossen als Muster dienen. — Zweierlei aber ist erforderlich, wenn die gemeinsame Jugendorganisation für beide Geschlechter sich gesund entwickeln soll. Ihre Selbständigkeit muß gewahrt bleiben, und die älteren erfahrenen Genossen und Genossinnen müssen sich ihrer mehr wie bisher mit Rat und Tat annehmen. Die Kenntnisse, Erfahrungen und die Reife des Urteils, die sie im Dienste des vorwärtsstrebenden Klassenbewußten Proletariats erworben haben, gilt es, der Jugendorganisation zugute kommen zu lassen. Indem sie diese fördern, erfüllen sie eine Pflicht, die sicherlich zu den dankbarsten und erfolgreichsten gehört. Dazu beitragen, daß die proletarische Jugend mit sozialistischem Geiste durchtränkt wird, nähert dem großen Ziel des proletarischen Klassenkampfes: Beseitigung der kapitalistischen Ordnung mit ihrer schmachvollen Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klassen; Aufrichtung einer Gesellschaft, in der es weder Herren noch Knechte gibt, in der Kunst und Wissenschaft Gemeingut aller sind und Frauen wie Männer die Möglichkeit haben, ihre Kräfte voll zum Wohl der Gesamtheit zu entwickeln.

Ernst Koch-Stuttgart.

## Aus der Bewegung.

**Agitation am Oberrhein.** Im Auftrag des Parteisekretärs für den Oberrhein sprach die Unterzeichneterin in einer Reihe von Orten dieses Agitationsbezirktes. Eine gut besuchte Versammlung zu Euskirchen eröffnete die Tour. Leider waren nur wenig Frauen und Mädchen unter den Versammelten. Die anwesenden Frauen, etwa ein Duzend, traten jedoch dem sozialdemokratischen Verein bei. In Euskirchen schaffen sehr viel weibliche Arbeiter in der Textilindustrie, und sehr viele von ihnen sind auch gewerkschaftlich organisiert. Es war daher um so bedauerlicher, daß nur so wenige dem Aufseher folgten, in einer politischen Versammlung zu erscheinen. Die Genossinnen sowie die örtliche Parteileitung versprachen, durch intensive persönliche und öffentliche Agitation die Säumigen aufzurütteln. Besonderen Eifer für die Bewegung zeigte ein junges Mädchen, das fleißig Abonnenten für die „Gleichheit“ warb. Möge ihre Arbeit von bestem Erfolg begleitet sein, und möge sie auch vor allem die nötige Unterstützung finden. Sehr gut besucht war die Versammlung in der Stadt, wo Karl Marx geboren ward, in Trier. 18 Aufnahmen für die Partei, darunter eine Anzahl weibliche Mitglieder, wurden erzielt. Auch in Trier haben wir mehrere recht eifrige Genossinnen, die unverzagt neben den Genossen arbeiten und agitieren, damit es allmählich auch in dieser schwarzen Zentrumsdomäne rot werde. Von Trier führte uns das Dampfrohr über den Hundrüd nach dem Fürstentum Birkenfeld. Es fanden dort Versammlungen statt in Oberstein, Idar und Fischbach. In Idar war leider die Versammlung schwach besucht, in den beiden anderen Orten, wo der Besuch gut war, wurden neue Mitglieder für die Partei sowie Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen. In Fischbach gehört dem Vorstand des sozialdemokratischen Vereins ein recht intelligentes junges Mädchen als Schriftführerin an, das unausgeseht unter ihren Kolleginnen neue Mitglieder wirbt. In Kirn mit seinen großen Lederfabriken, Strumpfwirkeren, den Steinbrüchen usw. mußte die Versammlung leider ausfallen, da kein Saal zur Verfügung stand. Wir meinen, dem vereinten Vorgehen der dortigen Arbeiterchaft sollte es doch möglich sein, sich ein Lokal zu erringen. Natürlich muß der gute Wille und — Ausdauer vorhanden sein. Die gut besuchte Versammlung in Kreuznach brachte uns einen hübschen Mitgliederzuwachs, darunter gleichfalls eine Anzahl Frauen. Abonnenten wurden der örtlichen Parteipresse sowie der „Gleichheit“ gewonnen. In Koblenz verfügen die Genossen über ein sehr hübsches, aber leider zu kleines Lokal, wodurch zweifellos die öffentliche Agitation erschwert wird. In der Versammlung wurden 24 Aufnahmen für den sozialdemokratischen Verein erzielt. Verschiedene Genossinnen versprachen, in Zukunft eine lebhaftere Agitation zu entfalten, nicht nur um die Frauen der Partei zuzuführen, sondern auch um vor allem der „Rheinischen Zeitung“ und der „Gleichheit“ eine größere Verbreitung zu verschaffen. Im Koblenzer Kreis mußte die Versammlung in Lay ausfallen, dafür war im benachbarten Orte eine Besprechung arrangiert, in der nach einer recht regen Aussprache sieben Mitglieder gewonnen wurden. In Vallendar war die Versammlung nicht nur überfüllt, auch der Hofraum und die ganze Straße war mit Zuhörern besetzt. 18 der Anwesenden traten der Partei bei, darunter auch drei Frauen als erste weibliche Mitglieder an Ort, acht Abonnenten wurden für die „Rheinische Zeitung“ gewonnen, sieben der „Gleichheit“. Die Versammlung in Andernach, der alten Römerstadt am Rhein, wies einen

sehr schwachen Besuch auf. Zweifellos hatte es auch an der nötigen Voragitation gefehlt. Trotz des schwachen Besuchs wurden Aufnahmen in die Partei und Abonnenten für unsere Presse erzielt. In Neuwied müssen die Genossen sich mit gemieteten Privaträumen als Versammlungsort begnügen. In drangvoll fürchterlicher Enge standen und saßen die Versammlungsbesucher beisammen. Leider war unter ihnen nur eine einzige Frau. Wir möchten auch an dieser Stelle den Wunsch aussprechen, daß in Zukunft mehr Gewicht darauf gelegt wird, auch die Frauen und Mädchen für die politische Betätigung zu gewinnen. Reichlich ein Duzend neuer Mitglieder brachte auch diese Versammlung. Im ganzen war das Ergebnis der Tour, daß circa 140 Mitglieder für die Partei und einige Duzend Abonnenten für die Parteipresse des Ortes sowie der „Gleichheit“ gewonnen wurden. Scheinbar ein recht geringer Erfolg. Jedoch abgesehen davon, daß man den Gewinn einer Tour nicht nur nach der Zahl der neugewonnenen Mitglieder abschätzen kann, darf man nicht verkennen, daß es fast durchweg Zentrumsdomänen sind, in welchen die Agitation stattfand. Erfahrungsgemäß ist es in ihnen weit schwerer, Terrain zu gewinnen als im protestantischen Norden. Berücksichtigt man diese Tatsache, sowie daß die Proletarier überall schwer unter der wirtschaftlichen Depression leiden, so ist neben dem ideellen Wert, den eine Agitationstour für die Bewegung bedeutet, auch der greifbare Erfolg ein erfreulicher. Zeigt er doch, daß es zwar langsam, aber sicher auch am Oberrhein vorwärts geht.

Luise Zieg.

**Von der Agitation.** Für den Textilarbeiterverband, Gau Lausitz, referierte die Unterzeichneterin in Spremberg, Nieder-Oberwisch und Reichenau über das Thema: Die kulturellen Aufgaben der deutschen Gewerkschaften. Da die Textilarbeiterchaft durch die seit Monaten herrschende Wirtschaftskrise arg bedrängt ist, ließ der Besuch der Versammlungen zum Teil zu wünschen übrig: es fehlte der Zehner zu einem Glas einfach Bier. Spremberg machte eine Ausnahme hiervon, der große Schützenhausaal war dicht besetzt. Viele der Frauen und Mädchen waren zum erstenmal in einer Versammlung, in der eine Frau zu ihnen sprach. Die Ausführungen der Referentin fanden gespannte Aufmerksamkeit. Die anwesenden Gegner — es war etwa ein halbes Duzend da — jagen vor, zu schweigen. Und was hätten sie auch sagen sollen! Die Verbrennen, die die kapitalistische Gesellschaft an der Arbeiterklasse begeht, lassen sich ja doch nicht ableugnen. Gerade jetzt, zurzeit der Krise, treten sie krasser denn je zutage. Die Unternehmerchaft weiß nur einen Rat: Lohnruhr, Betriebseinschränkung. Allem demgegenüber müssen den Arbeitern und Arbeiterinnen doch endlich die Augen aufgehen. Sie müssen erkennen, daß Klagen und Tränen nichts nützen, sondern daß die Parole nur lauten kann: hinein in die Organisation. — Im Auftrag des Gewerkschaftskartells in Wolfenbüttel (Braunschweig) referierte die Unterzeichneterin über „Die Unternehmerorganisationen im Kampfe gegen die Gewerkschaften“. An den Vortrag schloß sich eine eingehende Diskussion, in der mit Recht auf den Kampf auf den Stettiner Schiffswerften hingewiesen wurde. Ist er doch ein deutliches Beispiel dafür, was eigentlich Zweck und Ziel der Unternehmerverbände ist. In Braunschweig und Königsutter hatte der Fabrikarbeiterverband für die Konferenzerbeiterinnen drei Versammlungen einberufen, die gut besucht waren. Das Thema lautete auch hier: Die kulturellen Aufgaben der deutschen Gewerkschaften. In der lebhaften Aussprache, die dem Referat folgte, kamen ungläubliche Mißstände, die in verschiedenen Konferenzenfabriken vorhanden sind, ans Tageslicht. (Wir berichten darüber an anderer Stelle.) Außer diesen Versammlungen hielt die Unterzeichneterin auch noch in Dresden eine Anzahl Fabrikbesprechungen mit Tabakarbeitern und Metallarbeitern ab.

Marie Backwisch.

Der Agitation unter den proletarischen Frauen im Wahlkreis **Recklinghausen-Vorken** stellen sich große Schwierigkeiten entgegen, da den Genossinnen keine Lokale für öffentliche Frauenversammlungen zur Verfügung stehen. Trotzdem geht es mit der proletarischen Frauenbewegung, die Anfang des Jahres einsetzte, vorwärts. Im letzten Vierteljahr hielten die Frauenorganisationen in Brant, Recklinghausen, Recklinghausen-Süd und Hertel Mitglieder-versammlungen ab, auf deren Tagesordnung das Thema stand: „Die Rechtlosigkeit der Frauen“. In Brant, wo zwei Versammlungen stattfanden, sprach die Unterzeichneterin und Genossin Jansche, in den übrigen Orten Genossin Plum. Die Referate wurden überall mit Interesse verfolgt, die „Gleichheit“ fand neue Leserinnen und die Organisationen der Frauen gewannen neue Mitglieder. Die Einnahmen der Genossinnen betragen 190,20 M., die Ausgaben 42,60 M., so daß 87,60 M. in der Kasse blieben. Es ist beschlossen worden, daß sich die organisierten Genossinnen dem sozialdemokratischen Verein anschließen sollen. Genossinnen! Da wir keine öffentlichen Versammlungen abhalten können, so müssen wir uns so mehr Kleinagitation treiben, damit sich unsere noch abseits stehenden Klassengenossinnen und -genossen uns anschließen, um mit für die Befreiung des Proletariats zu kämpfen. In unserem schwarzen Winkel tut den Frauen Aufklärung ganz besonders not. Hoffentlich geht es dank dem Zusammenarbeiten mit den Genossen künftig noch besser vorwärts als bisher.

Lina Endmann.

In einer öffentlichen Versammlung in **Mannheim**, Anfang Juli, referierte Genossin Dunder über das Thema: „Die Frau und der Sozialismus“. Man hatte erwartet, daß die Mannheimer Frauen so viel Interesse für dieses Thema an den Tag legen würden, daß der obere Saal des Gewerkschaftshauses überfüllt werden würde, das war leider nicht der Fall. Nichtsdestoweniger hatten sich

eine stattliche Anzahl Genossinnen und auch Genossen eingefunden, um ein gutes Referat aus Frauenmund zu hören. In einer längeren Einleitung wies Genossin Dunder nach, wie die wirtschaftliche Entwicklung die Stellung der Frau von Grund aus geändert habe, wie sie ihr zwar einesteils neue Lasten auferlegt, andererseits aber auch ihren Gesichtskreis erweitert, sie freier und reifer gemacht habe. Der Sozialismus werde dies Werk der geistigen Befreiung der Frau vollenden, indem er sie zugleich wirtschaftlich frei macht, Mütterlichkeit und Beruf wieder in Einklang bringt. Aber die Frau brauche nicht nur den Sozialismus, sondern der Sozialismus brauche auch die Frau. Keine große Bewegung habe bisher die Frauen entbehren können. Erst wenn die Frauen gewonnen sind und Haus, Familie und Kindererziehung mit sozialistischem Geiste durchdringen, kann der Sozialismus zum Siege gelangen. Reicher Beifall bewies der Rednerin, daß sie den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Die Vorsitzende stattete der Referentin den Dank für ihren Vortrag ab, und schloß, da keine Diskussion beliebt wurde, die Versammlung. M. Seidel,

**Vertrauensperson Mannheim.**

Eine stark besuchte öffentliche Frauerversammlung in Frankfurt a. M. beschäftigte sich am 18. August mit der Bedeutung des Nürnberger Parteitag. Genossin Wittrich behandelte in seinem Referat besonders eingehend die Frage der Frauen- und der Jugendorganisation, als die beiden für die Genossinnen wichtigsten Punkte. Er war der Meinung, daß die besonderen Interessengebiete der Frau eine besondere Behandlung und Agitation erheischen, ohne daß deshalb eine eigene Organisation bestehen bleiben müsse. Betreffs der Jugendorganisation betonte er, daß durch die häusliche Erziehung der proletarischen Mutter eine außerordentlich wichtige Aufgabe zufällt. Eine jede müßte es als heilige Pflicht betrachten, willensstarke und selbständige Charaktere zu erziehen, die mit dem Bewußtsein ihrer Ehrenwürde erfüllt, in das Leben hinausträten. Dann wird der Militarismus viel von seiner Macht und seinem Schrecken verlieren. Die Selbständigkeit der Jugendorganisation hält der Referent für notwendig, da jedes Gefühl der Bevormundung einengend wirkt. Die Verringerung der Arbeitsruhe bei der diesjährigen Maisfeier schreibt er mehr der wirtschaftlichen Krise, als dem Erlaß des Vorstandes zu. Indem er die übrigen Punkte noch kurz behandelt, kommt er zum Schluß auch auf die Budgetbewilligung zu sprechen. Obgleich er sie verwirrt, hofft er, daß die Frage nicht zu langwierigen unangenehmen Debatten führen möge. Auf den Vortrag folgte eine lebhaft Diskussions, an der sich die Genossinnen Schulze, Winkmann, Tsch und Rudolph beteiligten. Erstere machte den Vorschlag, den organisierten Genossen auf ein halbes Jahr die „Gleichheit“ gratis zuzustellen, um deren Frauen als Parteimitglieder zu gewinnen. Eine Beseitigung der Maisfeier wünscht sie unter keinen Umständen, damit die wertvolle Propaganda für den Achtundtag und den Völkerriedern nicht verloren geht. Genossin Rudolph hält den Antrag der Genossin Schulze für undurchführbar. Jeder Genosse sollte aus Interesse für die Sache seine Frau aufklären und ihr die „Gleichheit“ abonnieren, da nur so Gewähr gegeben ist, daß sie auch die nötige Beachtung und Würdigung findet. Genossin Tsch spricht sich für eine Aufhebung des Bildungsvereins unter Beibehaltung des alten Beitrages und obligatorischer Lieferung der „Gleichheit“ aus. Alle Extravergünstigungen für die Frauen sollen nach dem Aufgehen in den sozialdemokratischen Verein fortfallen. Genossin Rudolph wünscht ferner auch Unterrichtsabende für die Frauen und gelegentlich besondere Versammlungen und stellt folgenden Antrag, der einstimmig angenommen wird: „Die Frauenspezifische Parteimitglieder obligatorisch geliefert wird. Dadurch erhält das Blatt eine starke Verbreitung, und die Aufklärung der Frauen und ihre Erziehung zu Genossinnen ist gesichert.“ Als Delegierte zum Parteitag und zur Frauenspezifischen Konferenz wurde Genossin Winkmann bestimmt. M. R.

**Von den Organisationen.**

In Neumünster besteht seit Jahren eine Frauenorganisation, die jetzt über 100 Mitglieder zählt. Ihre Aktionsfähigkeit könnte größer sein, wenn die Genossen, die im Partei- und Gewerkschaftsleben die leitende Stelle stehen, ihre Frauen der Organisation nicht vielfach fernhielten. Wie an anderen Orten, wurden auch hier in ziemlich großen Zwischenräumen öffentliche Versammlungen mit belehrenden Vorträgen abgehalten. Um eine innigere Fühlung unter den Mitgliedern der losen Frauenorganisation herbeizuführen, gründeten die Genossinnen einen Frauenbildungsverein. Dieser hielt regelmäßige Mitgliederversammlungen ab; hier wurde den Frauen Gelegenheit gegeben, ihre Meinungen rückhaltlos auszutauschen. Leider sind nicht immer die nötigen bildenden Kräfte vorhanden gewesen, die den Meinungsaustausch in die rechten Bahnen zu lenken vermochten. Da nach Inkrafttreten des neuen Reichsvereinsgesetzes sich der politischen Organisation der Frauen nichts mehr in den Weg stellt, der hiesige Frauenbildungsverein überflüssig geworden. Die Mitglieder desselben (sie sind mit denen der losen Frauenorganisation zum großen Teil identisch) sind sich nun nicht darüber einig, ob sie den Frauenbildungsverein auflösen oder in einen Vergnügungsverein umgestalten wollen. Hoffentlich kommt es nicht zur Ausführung des letzteren Planes. Vergnügungsvereine gibt es in Hülle und Fülle; durch sie werden viele uns noch fernstehenden Frauen vom Besuch weiterer Versammlungen abgehalten. Die Genossinnen sollten ihre Kräfte nicht zersplittern, sondern sie ganz in den Dienst der Frauenorganisation stellen, damit in der künftigen Männer- und Frauenorganisation die Zahl der weiblichen Organisierten neben der männlichen alsbald nicht mehr nachsieht. C. D.

**Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Berlin.**

Ein erfreuliches Zeichen für die politische Mündigkeit der Frauen ist das stete Vorwärtsschreiten der proletarischen Frauenbewegung. Das verfloßene Jahr, reich an Ereignissen von Bedeutung für das gesamte Proletariat, hat unter den Berliner Frauen ganz besonders aufträtelnd gewirkt. Die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, vereint mit der rührigen Aufklärungsarbeit der Genossinnen, haben manche Frau, die uns bisher noch fremd und verständnislos gegenüberstand, der Partei zugeführt. Bei den Kämpfen, die die Gewerkschaften führten, haben die Genossinnen gezeigt, was Solidarität vermag. Als die Bäckergehilfen im Sommer 1907 im Lohnkampf standen, haben die Genossinnen mündlich wie auch durch die Presse ihre Mitschwester zum solidarischen Verhalten mit den kämpfenden aufgefordert. In 28 von den Vertrauenspersonen einberufenen Versammlungen lautete das Thema: „Der Bäckerlohn und die Frauen.“ Unsere rednerisch tätigen Genossinnen haben in diesen überaus zahlreich besuchten Versammlungen mit referiert. Indifferent sind erst durch die Veranstaltungen auf die traurige Lage der Bäckergehilfen aufmerksam gemacht worden. Die Aufforderung, Bäcker, die nicht die bescheidenen Forderungen der Gesellen anerkennen, zu boykottieren, wurde wirkungsvoll durchgeführt und hat den Sieg erringen helfen. Der Ertrag der Teilersammlungen, in Summa etwas über tausend Mark, wurde dem Bäckerverband überwiesen. Ein zweites Mal noch hatten die Genossinnen Gelegenheit, einer gewerkschaftlichen Organisation beizuspringen. Es waren die im Warenhaus Jandorf ausgesperrten Hausdiener, denen die Unterstützung der Genossinnen gute Dienste leistete. Wollte man den Ausgesperrten helfen, so mußten in erster Linie die Käufer von Jandorf ferngehalten werden. Hunderte von Frauen aus allen Wahlkreisen Berlins haben Handzettel, die auf den Boykott hinariefen, vor und in den Jandorfschen Warenhäusern verteilt. Das wirkte, der Käufer wurden — namentlich in den Arbeitervierteln — von Tag zu Tag weniger. Die bekannte Schlaueit der Frauen hat der Polizei manches Schnippen geschlagen, die natürlich für das Kapital Partei ergriffen hatte. Trotzdem sind täglich zahlreiche Verhaftungen von Frauen vorgekommen. Um ein Exempel zu statuieren, hat man sogar eine Frau von nachmittags bis zum anderen Mittag im Polizeipräsidium gehalten. Jedoch auch hierdurch hat sich niemand abschrecken lassen. Trotz aller Mühen und Unannehmlichkeiten hielten die Genossinnen aus, bis nach zehn Tagen der Kampf mit einem Siege der Hausdiener endete. Die bis dahin von mancher Seite als ziemlich gegenstandslos betrachtete Frauenorganisation hatte sich bewährt. Als die Gelegenheit zum Handeln da war, hatte sie sich ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt.

Es sollte nicht lange dauern, so wurden die Genossinnen zum erneuten Hervortreten gedrängt. Das geschah durch die Wahlrechtsbewegung. Die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen gilt selbstverständlich — laut Programm — auch dem Frauenwahlrecht. In die Wahlrechtsbewegung aktiv mit einzugreifen, war der Stolz der Genossinnen. Die Flammen der Begeisterung schlugen hoch, als es hieß: „Wir ziehen am Tage der Landtagsöffnung vor das Abgeordnetenhaus, um den Unterdrückern der Volksrechte zu zeigen, daß auch die Frauen für ihr Recht zu kämpfen gewillt sind.“ Unter den Demonstrationen waren die Frauen so zahlreich anwesend, wie niemals vorher. Auch am Sonntag der Straßendemonstrationen waren die Frauen dabei. Durch den Wahlrechtskampf ist die Zahl der organisierten Genossinnen stark in die Höhe gegangen. Die unablässige Agitation hat ihre Früchte getragen. — Angesichts der zahlreichen Versammlungen, welche die Genossen veranstalteten, war es nicht möglich, noch viele Frauenversammlungen einzuberufen. Es sind deren außer den Versammlungen für die Bäcker elf gewesen. In einer sprach Genossin Luxemburg über das Thema: „Was lehren uns die Reichstagswahlen?“ Genossin Barm referierte über: „Die Ziele der Sozialdemokratie.“ Genossin Vaader behandelte die Dienstbotenfrage. Das Vereins- und Versammlungsrecht erörterte Genossin Heine. In drei Versammlungen sprach Genossin Jettin über die Wahlrechtsfrage. Die Thematika der übrigen Versammlungen hatten allgemeinen Charakter. Außerdem ist fast in jeder Versammlung der Genossen — soweit es nicht Wahlvereinsversammlungen waren — von Genossinnen zu den anwesenden Frauen gesprochen worden. So wurden den Organisationen wieder und wieder neue Mitglieder zugeführt. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hat augenblicklich 1058 zahlende Mitglieder. Freiwillige Parteibeiträge zahlen 1501 Genossinnen, gegen 850 im Vorjahr. Auch die Leseabende haben sich gut entwickelt. Gegenwärtig bestehen in Berlin deren 15, die alle vierzehn Tage ihre Übungen abhalten. Wie groß der Drang nach Wissen in proletarischen Frauenkreisen ist, geht am deutlichsten aus der Anzahl der Teilnehmerinnen hervor. Nahezu 550 Frauen kommen — verteilt auf die verschiedenen Leseabende — alle vierzehn Tage zusammen. Erst wenn man bedenkt, wieviel sozialistisches Wissen an diesen Abenden den Frauen gegeben wird, und wenn man sieht, mit welchem Eifer die Genossinnen lernen, kann man ermaßen, wie wertvoll die Leseabende sind. Die Genossinnen, welche an den Leseabenden teilnehmen, bilden die eigentlichen Kerntuppen der sozialistischen Frauenbewegung Berlins. Und gerade im letzten Jahre haben die Teilnehmerinnen derselben sich ganz außerordentlich vermehrt. Die Einrichtung neuer Leseabende ist zu einem Bedürfnis geworden. Im ersten, zweiten und dritten Kreise war früher keine Vertrauensperson tätig, und demzufolge konnte dort nicht so intensiv agitiert werden. Als im Oktober 1907 die Kreise je eine Vertrauensperson erhielten, hat sich

die Zahl der organisierten Frauen in ihnen außerordentlich gehoben, zu den drei Leseabenden mußte noch ein vierter eingerichtet werden. Auch im vierten Kreise ist dank der zwei neu hinzugewählten Vertrauenspersonen eine regere Agitation möglich geworden. Für die Dienstbotenbewegung ist unablässig agitiert worden. Die Genossinnen haben einige öffentliche Dienstbotenversammlungen abgehalten und für jede Versammlung des Dienstbotenvereins die Agitation betrieben. Zu der im November stattgefundenen außerordentlichen Frauenspezifischen Konferenz, die sich ausschließlich mit der Dienstbotenbewegung beschäftigte, wurde eine Genossin delegiert. Eine Kinderschutzkommission ist von den Genossinnen konstituiert worden.

An Broschüren wurden im vergangenen Jahre verkauft: Frauenwahlrecht 360 Stück, Frauenleiden und deren Verhütung 300, Berichte zu der internationalen Frauenspezifischen Konferenz 80, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie 202, Bebel, „Die Frau und der Sozialismus“ 130, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft 75. Unentgeltlich wurden in einigen Leseabenden 150 Exemplare der Broschüre: „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin?“ verteilt. Für die „Gleichheit“ wurde unablässig agitiert. Probenummern und Flugblätter mit der Aufforderung zum Abonnement sind in Hunderten von Exemplaren verteilt worden, und diese Arbeit hat ihre Früchte in Form von zahlreichen neuen Abonnenten getragen. Die Frauenbewegung von Groß-Berlin hat auch im letzten Jahre einen festeren Zusammenschluß erhalten. Einheitlichkeit in Agitation und Organisation, ein innigeres Zusammenarbeiten hatte bisher gefehlt, ist nun aber herbeigeführt worden und wird sicherlich der proletarischen Frauenbewegung wie der Gesamtpartei zum Vorteil gereichen. Die Einnahmen der Genossinnen betragen 3787,31 M., die Ausgaben 3458,97 M., so daß ein Kassenbestand von 328,34 M. verblieben ist.

**Die Vertrauenspersonen der Berliner Genossinnen.**

**Von der proletarischen Frauenbewegung in Essen.**

Die Organisation der proletarischen Frauen in Essen wurde im Jahre 1904 ins Leben gerufen. Sie konnte mit Rücksicht auf die vereinsgesetzlichen Schranken nur eine lose Form haben. Für den Kreis Essen wurden zunächst zwei Vertrauenspersonen gewählt, denen die Aufgabe zufiel, unter den proletarischen Frauen ausläurende Agitation zu treiben und Leserinnen für die „Gleichheit“ zu gewinnen. Die Abonnentenzahl dieser betrug im ersten Tätigkeitsjahr nur etwa 100, 1905 350, 1906 600 und bei dem Abschluß des letzten Jahres 1000. Mit der Steigerung der Leserinnenzahl unseres Organs wuchs das Tätigkeitsfeld der Genossinnen, so daß zur Erleichterung der Geschäfte die Organisation in festere Formen gebracht werden mußte. Der Stadtkreis wurde in Botenbezirke eingeteilt; für jeden Bezirk übernahm eine Genossin das Austragen der „Gleichheit“. Im Landkreis wurde dieses System später ebenfalls durchgeführt. Den beiden Vertrauenspersonen war es nach der Einteilung in Bezirke leichter, die Agitation durch Versammlungen und Bezirksbesprechungen zu betreiben. Die fortschreitende Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung in Essen lenkte bald die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich. Im Jahre 1906 wollte die Essener politische Polizei durchaus aus der losen Organisation einen geschlossenen Verein konstruieren. Es fanden Hausdurchsuchungen bei den beiden Vertrauenspersonen statt, die einem scharfen Verhör bei dem Untersuchungsrichter unterzogen wurden. Doch alle Mühe war umsonst. Obwohl die Polizei einige Bücher, Marken und sonstiges Material beschlagnahmt hatte, wurde nach einigen Wochen das Verfahren eingestellt. Nach dieser Aktion setzte die Agitation unter den Frauen erst recht lebhaft und mit größerem Erfolge als vorher ein. Seit dem 1. Januar ds. Js. wurde nach dem Beispiel der Genossinnen anderer Wahlkreise am Niederrhein in fast allen Orten des Kreises die Erhebung eines festen Parteibeitrags von 10 Pf. monatlich durchgeführt, vierzehntägig wird mit dem Abonnementsbetrag für die „Gleichheit“, das 10 Pf. beträgt, ein Parteibeitrag von 5 Pf. erhoben, wofür eine Marke über 15 Pf. auf eine Quittungskarte geklebt wird. Anfänglich wurde der neuen Organisationsform und der Erhebung eines festen Parteibeitrages von den Frauen keine große Sympathie entgegengebracht, doch allmählich hat sich der Gedanke der Zentralisation mehr und mehr behauptet und Fortschritte gemacht. Im letzten Halbjahr sind insgesamt 7969 Marken zu 15 Pf. umgesetzt worden, etwa 700 Frauen unterstützen also im Essener Wahlkreise fortlaufend die Partei finanziell und befinden dadurch ihre Zugehörigkeit zu ihr.

**Bericht der bayerischen Landesvertrauensperson.**

Die Früchte der Landes-Frauenspezifischen Konferenz, die im Oktober 1907 in Nürnberg stattgefunden hat, sind nicht ausgeblieben. Wenn auch die rührige Agitation nicht immer den gewünschten Erfolg brachte, so ist doch ein Fortschritt zu verzeichnen. In Bayern sind in 84 Orten weibliche Vertrauenspersonen tätig, die zum großen Teil neben dem Gatten für den Lebensunterhalt sorgen müssen. Um so höher ist es einzuschätzen, wenn die proletarische Frauenbewegung vorwärts geht. Seit Oktober sind in Haussham, Miesbach und Ingolstadt Vertrauenspersonen gewählt worden. In vier Orten legten die Vertrauenspersonen ihr Amt nieder, einige wegen Wegzug. Leider konnte bisher kein Ersatz geschafft werden, weil es an Kräften fehlt. Im großen und ganzen ist in Bayern ein guter Stamm von Genossinnen herangebildet worden, die die Agitation und Organisation tüchtig fördern. Zur Anregung unterhält die Landesvertrauensperson einen lebhaften schriftlichen Verkehr mit den örtlichen Vertrauenspersonen; es wurden zirka 600 Briefe und Karten gewechselt.

Die Unterzeichnete suchte die Frauenbewegung ferner auch durch Verbreitung unserer Literatur zu fördern. Es handelt sich dabei besonders um solche Bücher, die zur Behandlung in Diskussions- und Leseabenden geeignet erschienen. So sind 82 Exemplare von Bebel's „Frau“ an die Genossinnen abgegeben worden, desgleichen eine Anzahl von der Broschüre „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“. „Die Mutter als Erzieherin“ von H. Schulz wurde in 200 Exemplaren umgesetzt. Versammlungen wurden in größerer Zahl abgehalten, darunter eine Tour von acht Versammlungen, zu der Genossin Jhrer als Referentin gewonnen worden war. Die Fragebogen, die von Genossin Waader ausgegeben wurden, kamen leider nur aus 14 von 34 Orten in Bayern zurück. Danach waren in Frauenbildungsvereinen 989 Frauen organisiert. Zum größten Teil erhielten sie die „Gleichheit“ vom Verein gratis; außerdem haben eine Anzahl Genossinnen diese Zeitung selbständig abonniert. Überall haben die Frauen die „Gleichheit“ liebgewonnen, nicht nur als Frauenzeitung, sondern als das beste sozialdemokratische Familienblatt. Freiwilligen Beitrag zahlten nach den eingelaufenen Zirkularen 1102 Genossinnen. An den Leseabenden nahmen 200 bis 250 Frauen teil. An Geldern für die Zentral- und Landesklasse der Genossinnen gingen von Dezember 1907 bis Juli 1908 ein: Aus Järth 71,16, Hausham 16, Rempten 20,32, Vechhausen 40, Roth a. S. 3,02, Nürnberg 97,94, Miesbach 11, Augsburg 32,48, Erlangen 41, Ingolstadt 10,48, Neustadt a. S. 6,36, Bunsledel 1,94, Schweinfurt 10,91, Bamberg 3,95 M. Insgesamt betrug die Einnahme 740,81 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 565,96 M., darunter 212,11 M., die an die Zentralklasse der Genossin Waader abgeliefert wurden. Da in mehreren Orten die Genossinnen noch nicht in die politischen Organisationen übergetreten sind und deshalb noch nicht vollständig abgerechnet haben, kann vorläufig noch keine Gesamtabrechnung gegeben werden. Jedenfalls wird jedoch eine vollständige Abrechnung bis zur Frauentagung erfolgen können. Marie Greifenberg, Landesvertrauensperson der bayerischen Genossinnen.

Politische Rundschau.

Das Zentrum hat zu Düsseldorf das alljährlich wiederkehrende Schaustück des Katholikentags aufgeführt. Wie immer war es geschickt und glänzend inszeniert. Massen huldigten dem Papst wie dem Kölner Erzbischof und Kardinal, der die Tagung mit seiner Anwesenheit beehrte, und in schönster Einigkeit wurden alle Fragen, die die Gegenwart birgt und noch einige mehr, vom katholischen Standpunkt aus beantwortet. Die Zuhörer fanden meist nicht für notwendig, zu den Ausführungen der Referenten und den Anträgen der sorgfältig gewählten Ausschüsse irgend etwas zu bemerken, um so lauter war jedoch allemal der übliche „nicht endenwollende Beifall“. Die sich langsam innerhalb der Zentrumsparthei sondernden wirtschaftlichen Gegensätze wurden gewandt vertuscht — nur einmal gab es eine leise Andeutung, daß die christliche Arbeiterbewegung beginnt, der Kirche unbehagen zu werden. Der Kardinal Fischer konnte nicht umhin, in der Festversammlung, die dem Anzug der 60 000 katholischen Arbeitervereiner folgte, seinem Unmut Luft zu machen über die Führer der christlichen Gewerkschaften. Auf ihrer neulichen internationalen Tagung zu Zürich haben diese ja gegen die holländischen Bischöfe protestiert, die den katholischen Arbeitern den Eintritt in die konfessionell gemischten christlichen Gewerkschaften verbieten und nur rein katholische Berufsorganisationen zulassen wollen. Des Kardinals Worte verrieten deutlich, daß er und die deutschen Bischöfe im Herzen durchaus auf der Seite ihrer holländischen Amtskollegen stehen. Nur weltliche Klugheit hält sie davon ab, den christlichen Gewerkschaften den Krieg zu erklären; sie fürchten, daß die Treue der katholischen Arbeiter diese Belastungsprobe nicht mehr aushält. Die 60 000 Arbeiter, die vor dem Kölner Erzbischof defilierten, können und indes zeigen, daß noch sehr viel Arbeit zu verrichten ist, bis das Proletariat einig unter der Fahne des Klassenbewußtseins marschiert. Der Merkantilismus ist eifrig an der Arbeit, der Volksverein für das katholische Deutschland, der die eigentliche Kampforganisation des Zentrums darstellt, zählt 610 800 Mitglieder und ist im letzten Jahre um 45 000 gewachsen. An der Zentralstelle sind 16 akademisch gebildete Beamte tätig, die mit dem Abfassen von Flugblättern, Broschüren, Zeitungskorrespondenzen beschäftigt sind und soziale Kurse veranstalten. 60 kaufmännische Beamte besorgen die Geschäftsführung. 15 636 072 Druckschriften wurden vom Volksverein verbreitet, 8000 Volksversammlungen veranstaltet.

Bemerkenswert ist ferner die besonders energische Betonung, womit der Katholikentag die Vereine für die schulentlassene Jugend empfahl. Das Zentrum hat den Wert der Jugendorganisation nicht erst heute erkannt, die Versuche der Sozialdemokratie, die Jugend zu gewinnen, veranlassen es aber sofort zu gesteigerter Tätigkeit auf diesem Gebiet. In der Frauenfrage konnte der Merkantilismus seinen reaktionären Charakter nicht verleugnen. Nicht nur, daß die Erklärung eines Referenten gegen das Frauenwahlrecht lauten Beifall fand, die Versammlung konnte sich auch noch nicht einmal entschließen, den Frauen das Recht der Mitgliedschaft am Katholikentag zu geben — die Frage wurde vertagt. Indes schließt das nicht aus, daß sich das Zentrum eines guten Tages, wenn ihm das für seine Zwecke günstig erscheint, für das Frauenstimmrecht erklärt. Auf dem vorjährigen Katholikentag gab es schon Anzeichen dafür.

Von rein politischen Fragen hat sich die Düsseldorfser Tagung fast ängstlich ferngehalten. Die Führer hielten es wohl nicht für angebracht, das Verhältnis zur Regierung näher zu erörtern, da die Entwicklung der Blockpolitik es ziemlich sicher erscheinen läßt, daß das Zentrum demnächst wieder in seine alte Stellung als Regierungspartei einrücken wird. Leise, aber immerhin deutlich genug wurde der Anspruch darauf in einem Vortrag über die Lage der Katholiken erhoben, in dem über mangelnde Gleichberechtigung geklagt und zugleich aufdringlich auf die Zuverlässigkeit des Zentrums in der Verteidigung der „Ordnung“ verwiesen wurde.

Die kommende Erziehungswahl zum Reichstag in Sudwigshafen, die durch das Ableben des Genossen Ehrhart nötig geworden ist, wird vom Zentrum im Sinne dieser Politik ausgenutzt. Es gab der Reichsregierung zu verstehen, daß es gern bereit ist, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenzuwirken — daß aber seine Hilfe bei diesem selben Werke wiederum auch nicht ganz umsonst zu haben sei. Um der Sozialdemokratie den Wahlkreis zu entreißen, planten die „Nationalen“ die Aufstellung eines Kompromißkandidaten von nicht ausgesprochenem Parteicharakter, für den auch das Zentrum eintreten könnte. In der Person des Grafen Posadowsky glaubten sie die geeignete Persönlichkeit gefunden zu haben. Das Zentrum aber hat abgelehnt mit der sehr durchsichtigen Begründung, an und für sich sei ihm der ehemalige Staatssekretär des Innern schon recht, aber es könne nicht für ihn stimmen, weil er doch — den Block verstärken würde.

Für den werden die Aussichten immer trüber. Die konservative Bureaucratie fröndelt gegen ihren „Chef“ Bülow und sein Werk, den Block — das Disziplinarverfahren gegen den Husumer Bürgermeister Schädling wegen liberaler Betätigung geht weiter, als ob der Freisinn noch zu den obrigkeitlich verehrten Reichsfeinden gehörte. Es hat neuerdings gar ein Zeugniszwangsverfahren gegen die „Frankfurter Zeitung“ gezeitigt, das inzwischen allerdings wieder eingestellt wurde. Das ist aber auch der einzige Erfolg, den Bülow gegen die Landräte und Regierungspräsidenten in dieser Sache bis jetzt zu verzeichnen hat. Für den Freisinn ist das sehr bitter, und der Abgeordnete Wiemer hat denn auch in einigen Protestversammlungen erklärt, daß die freisinnige Volkspartei hinter Schädling stehe und ihr Verbleiben im Block von der Erledigung der Affäre abhängig mache. Man darf gespannt sein, ob dies Versprechen gehalten wird. Die konservative Presse läßt deutlich durchblicken, daß sie sich um das Zusammenhalten des Blocks nicht allzusehr bemühen wird.

Die Honigwochen der türkischen Revolution sind vorüber — scharfe Dissonanzen haben die allgemeine Harmonie der ersten Tage abgelöst. Die christlichen Nationalitäten verlangen weitgehende Autonomie, die die überwiegend zentralistisch gesinnten Jungtürken nicht bewilligen wollen. In den größeren Städten bildet sich der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat heraus; die vielen entlassenen überflüssigen Beamten formieren eine Armee von Unzufriedenen, die die Partei der Reaktion stärkt. Die Programme der jungtürkischen Komitees und des neuen Kabinetts lassen jede Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bauernschaft und des Proletariats vermissen. So muß es fraglich erscheinen, ob die Konstitution auf sicherem Fundament ruht.

Die belgische Kammer hat in zweiter Lesung die Annexion des Kongostaats beschlossen — die Sozialisten haben die entscheidende Abstimmung mit einer Protesterklärung begleitet.

In der Schweiz macht stellenweise die Sozialreform einige Fortschritte. Im Kanton Tessin wurde die Nachtarbeit in Bäckereien verboten, im Kanton Basel ist eine Reform des Sonntagsruhegesetzes in Vorbereitung, die auch den häuslichen und landwirtschaftlichen Dienstboten in jeder Woche eine sechsstündige Freizeit sichern soll.

Nicht erst zu Pfingsten des nächsten Jahres, sondern schon am 20. September wird die zwanzigköpfige Deputation der englischen Arbeiterpartei in Berlin eintreffen, um den deutschen Genossen in einer großen Demonstrationsversammlung die Adresse des englischen Proletariats zu überreichen, die gegen die Kriegshetze protestiert. Die deutsche Arbeiterklasse wird diese Kundgebung der internationalen Solidarität des Proletariats mit dem Gelöbnis der Gegenseitigkeit aufnehmen. Die Kundgebung ist um so notwendiger, als leider selbst einer der Führer der Sozialdemokratischen Partei Englands (früher Sozialdemokratische Föderation), Hyndman, sich von der Furcht vor einem deutschen Überfall hat anstecken lassen und Argumente für die Rüstungspolitik liefert. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Kampf der Rieter auf der Vulkanwerft in Stettin steht in seiner Art in der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig da. Die Verbandsleitungen der sieben von der Aussperrung betroffenen Berufsverbände sahen sich gezwungen, den Ausständigen die Streikunterstützung zu versagen. Sie mußten erklären, daß sie, falls die Rieter sich weigern würden, die Arbeit wieder aufzunehmen, den Streik als nicht mehr vorhanden ansehen würden; es hätten somit auf dem Vulkan in Arbeit tretende Rieter nicht als Streikbrecher gegolten. Angesichts der drohenden Situation gelang es endlich, die Rieter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Einmütig, wie sie im Streik verharret hatten, faßten sie auch den Beschluß, die Arbeit

wieder aufzunehmen. Was den Rietern vielfach als Starrköpfigkeit ausgelegt worden ist, entsprang sicher nicht aus Einsichtslosigkeit und bösem Willen, sondern dem durchaus gerechtfertigten Bestreben, ihre Arbeitskraft vor allzu großer Ausnützung zu schützen. Wenn die Verbandsleitungen zur Aufhebung des Streiks drängten, so geschah es einzig und allein, weil der drohende Niesenkampf zurzeit aussichtslos gewesen wäre. Dieser Zustand hat den Feinden der Arbeiterbewegung jedenfalls die wohlfeile Ausrede genommen, daß Streiks nur das Werk der Führer seien.

Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft im Bäcker- und Konditorgewerbe wird durch folgende Angaben grell beleuchtet. Etwa 14 000 Personen, gleich zwei Dritteln aller im genannten Gewerbe Beschäftigten, sind Arbeiterinnen. Da sehr viel Jugendliche beschäftigt werden, so ist der Lohn äußerst gedrückt; er beträgt oft nur 7 bis 9 Pf. pro Stunde, 3 bis 6 M. in seltenen Fällen und für ältere Arbeiterinnen 12 bis 14 M. pro Woche. Zu dem niedrigen Lohne kommt ein raffiniertes Prämienystem und eine Reihe von Wohlfahrtsleistungen recht zweifelhafter Art, namentlich in den Schokoladenfabriken. Wie in allen Industrien, wo die Arbeiterinnen miserabel entlohnt werden, versuchen die Ausbeuteten auch hier — in völliger Verkennung der Mittel, die zur Abstellung solcher Mißstände geboten sind — ihr niedriges Einkommen durch ausgedehnte Überarbeit und Mitnahme von Heimarbeit zu erhöhen. Die Gewerkschaft hat unter dieser Arbeiterchaft ein großes und schwieriges Feld zu beackern. Es wäre gewiß von Vorteil, wenn eine mit den Branchenverhältnissen vertraute Genossin von der Organisation mit der Erfüllung dieser Aufgabe betraut würde.

Die Dienstbotenbewegung macht erfreuliche Fortschritte. In etwa 25 Städten sind bis jetzt Vereine zur Wahrung der Dienstboteninteressen gegründet worden. Die stärkste Organisation besteht in Hamburg, ihr folgt Berlin, wo die Monatschrift für die Interessen der Hausangestellten in einer Auflage von 2000 Exemplaren erscheint. Dieses Blatt ist als offizielles Organ in neun Städten eingeführt; in den übrigen Städten vertritt die „Gleichheit“ diese Stelle. Die Fortschritte der Dienstbotenvereine sind um so höher zu bewerten, als von allen Arbeitskräften in organisationsfähigen Berufen die Dienenden am schwierigsten zu organisieren sind.

Das Jubiläum seines 25-jährigen Bestehens feierte im August der Zentralverband der Zimmerer. Sein Verbandsorgan erschien zur Feier dieses Tages in erheblich verstärktem Umfange und enthält in Berichten der einzelnen Orte über die Organisationsentwicklung ein Stück Verbandsgeschichte. Im Jahre 1883 zählte der Verband in 19 Zahlstellen 2292 Mitglieder, 1907 in 713 Zahlstellen 55 575 Mitglieder. In den Jahren 1883 bis 1886 betrug die Einnahmen rund 41 000 M., die Ausgaben 39 000 M., davon entfielen für Streik- und Gemahregelunterstützung nur circa 5000 M., für das Verbandsorgan allein über die Hälfte der Ausgaben. Für die vom Verband geführten Kämpfe wurden 1897 etwa 56 000 M. aufgewandt, 1907 dagegen 452 500 M. Aus diesen Zahlen geht hervor, wie der Verband der Zimmerer an Umfang und Macht stetig gewachsen ist. Ein Glanz auf zu weiteren Fortschritten!

Neuener Verbandstag der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Der Verbandstag der oben genannten Arbeiterschaft hat vom 3. bis 8. August in München die Waffen der Organisation auf ihre Gebrauchstüchtigkeit hin geprüft und ist bestrebt gewesen, den inneren Ausbau der Organisation zu fördern. Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht, den der Verbandsvorsitzende Brey ergänzte, wies trotz der Krise eine gute Entwicklung aus. Die Zahlstellen haben sich während der letzten Geschäftsperiode von 505 auf 525 vermehrt, die Zahl der Mitglieder ist um 39 499 oder 33,13 Prozent gestiegen. Der Verband zählt zurzeit 136 885 Mitglieder, darunter nur circa 15 000 weibliche — eine recht kleine Zahl, wenn man bedenkt, wieviel ungelernete Arbeiterinnen in Deutschland vorhanden sind. Ein weites Feld der Betätigung steht unter ihnen den Genossinnen offen. Die Fluktuation der Mitglieder war außerordentlich stark, für 79 979 Arbeiter und Arbeiterinnen ist die Organisation leider nur ein Durchgangspunkt gewesen, ein trauriger Beweis, wie groß der Indifferentismus noch ist.

Eine rege mündliche und schriftliche Agitation hat sich bemächtigt, der Fahnenflucht entgegenzuwirken und neue Mitglieder zu werben. Versammlungen und Werkstübchenbesprechungen haben in großer Zahl stattgefunden. Es gelangten 387 000 „Werkstübchen“ allgemeinen Inhalts und 82 000 für die Arbeiterinnen zur Verteilung. Es wurde ein besonderes Flugblatt für die Arbeiterschaft der Papierfabriken herausgegeben, außerdem eine Broschüre „Kapital und Arbeit in der chemischen Industrie“. Die Agitation unter den Ziegeleiarbeitern war äußerst schwierig und zehraubend. In Rücksicht auf die eigenartigen Erwerbsverhältnisse der Ziegler soll in Zukunft mehr Wert auf eine intensive Kleinarbeit gelegt und der Versuch mit einer Hausagitation in Sippe gemacht werden.

Einschließlich des Kassenbestandes von der letzten Geschäftsperiode hatte der Verband eine Gesamteinnahme von 4 090 365,02 Mark, der eine Gesamtausgabe von 2 995 562,96 Mark entgegensteht. Er verausgabte für Rechtschutz 16 166 Mark, für Unterstützung bei Sterbefällen 26 617 Mark und für Unterstützung an Gemahregel 57 388 Mark. Die Streikunterstützung erforderte 962 734 Mark, die Erwerbslosenunterstützung 777 476 Mark. Die Krise mit der verbundenen Arbeitslosigkeit hat viele Opfer gefordert. Im letzten Quartal 1907 und im ersten Quartal 1908 waren zusammen 71 688 Mitglieder 145 683 Tage arbeitslos und erhielten 161 977

Marx Unterstützung. In diesen Zahlen spiegelt sich der große Segen der Organisation.

Der Verband hatte in den beiden Jahren 218 Angriffs- und 94 Abwehrstreiks zu führen. An den Angriffsstreiks waren 17695, an den Abwehrstreiks 7575 Personen beteiligt. Von dem Unternehmern wurden in 49 Fällen 6308 Personen ausgesperrt. In Lohnbewegungen ohne Streik waren in 578 Betrieben 69 074 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. Die sämtlichen Bewegungen brachten 14 089 Beteiligten eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 60888 Stunden und 7224 Beteiligten eine Lohnhöhung von wöchentlich 128 583 Mark. Das sind Erfolge, welche die Arbeiterinnen ganz besonders schätzen müßten. Ihre traurigen Verhältnisse lassen jeden Nickel mehr an Lohn und jede Stunde weniger an Arbeit als einen wertvollen Gewinn erscheinen. Nach einer im ganzen Reich aufgenommenen Statistik hatten von 1902 organisierten Arbeiterinnen 4368 unter 12 Mark Wochenlohn und nur 465 über 15 Mark. Das solche Hungerlöhne zu körperlichem Siechtum führen müssen, liegt auf der Hand.

Das Referat über die Presse, das der Redakteur des Verbandsorgans, Schneider, erstattete, regte zusammen mit der Diskussion eine weitere Ausgestaltung des „Proletarier“ an, der in Zukunft sechs beziehungsweise achtfach erscheinen soll. Der Hauptvorstand wurde außerdem verpflichtet, Flugchriften für Organisierte und Unorganisierte und einen Leitfaden für die Vertrauensleute herauszugeben. Die Hauptaufgabe soll dafür aufkommen, daß Verbandsbeamte zum Zwecke besserer Schulung an den Unterrichtskursen der Generalkommission teilnehmen, deren Wert rühmend anerkannt werde.

Besonders wichtig für die weitere Ausbreitung der Organisation ist der Beschluß des Verbandstags, daß vier besondere Branchenleiter angestellt werden sollen, welche unter der Arbeiterchaft der Papier-, chemischen und Nahrungsmittelindustrie sowie der Molkereien zu wirken haben. Ihnen liegt ob, Material für die Agitation in der betreffenden Branche zu sammeln, die Agitation zu leiten und bei Lohnbewegungen den Arbeitern als fachkundige Berater zur Seite zu stehen. Auf Antrag der beiden weiblichen Delegierten — die Verbandsmitglieder waren durch insgesamt 102 Delegierte vertreten — ward beschlossen, daß in Zukunft die Geschäftsleiter die weiblichen Mitglieder mehr als bisher zur Mitarbeit heranziehen und auch an den Verwaltungsarbeiten teilnehmen lassen sollen.

Die Verhandlungen über die Organisation der Landarbeiter wurden durch ein reiches Referat Schneiders angeleitet, dessen Beweisführung entsprechend der Verbandsmeinung sich mit 75 gegen 31 Stimmen für die Gründung eines Land- und Waldarbeiterverbandes erklärte. Über Tarifverträge referierte Bren. Seine Ausführungen sind der folgenden Resolution zusammengefaßt, die zur Annahme gelangte:

Der Abschluß eines Arbeitsvertrags erfordert eine starke Organisation der Kolleginnen und Kollegen, für welche Erlöse erlangt werden sollen. Ist die Beteiligung an der Organisation eine nach Anzahl und Dauer der Mitgliedschaft gut, dann werden die Tarifverträge weder die Kollegen in dem Kampf für Besserung ihrer Lebenslage ermüden lassen, noch die Werbekraft der Organisation mindern. Vielmehr ist eine verstärkte Werbekraft der Organisation zu erhoffen, weil durch den Tarifvertrag die unterschiedliche Bezahlung für gleichgeartete Leistungen ausgeschaltet und das Streben der Kolleginnen und Kollegen gefördert wird, durch Anschluß an die Organisation der tariflichen Bestimmungen teilhaftig zu werden. Die Bindung durch Verträge dient zur Verfestigung der inneren Organisation. Auf die Erringung von Tarifverträgen ist daher in Zukunft noch mehr Augenmerk zu setzen; da wo die Vorbedingungen gegeben, Tarif- oder Bezirksstarife zu bekommen, ist deren Abschluß anzustreben.

Die vorliegenden allgemeinen Anträge zeitigten eine lebhaft diskutierte und eine Reihe von Beschlüssen, die durch diese Bestimmungen über Beiträge und Unterstützungen die Entwicklung des Verbandes begünstigen, seine Leistungsfähigkeit erhöhen sollen. So wurde der Beitrag für Personen unter dem 17. Lebensjahr auf 20 Pf. pro Woche festgesetzt. Die ihnen zu gewährenden Unterstützungen entsprechen den Sägen für weibliche Mitglieder. Mitglieder über 17 Jahren jedoch, die freiwillig den ordentlichen Beitrag leisten, erwerben Anspruch auf die höheren Unterstützungen. Höhere als die übliche Unterstützung können künftig auch solche männliche Mitglieder erhalten, welche im Wochenbeitrag von 50 Pf. entrichten. Der Verband erhöhte das Eiergeld sowie die Umzugsentschädigung verheirateter Mitglieder, setzte unter bestimmten Umständen eine Reiseentschädigung für sie fest usw. Der Vorstand soll die Ausarbeitung einer Vorlage in Berücksichtigung derjenigen, welche die Unterstützung solcher Mitglieder sichern, im Dienste der Organisation verunglückt oder invalide geworden, aber nicht fest angestellt sind.

Der Verbandstag hat mancherlei angeregt und in die Wege geleitet, was geeignet ist, die Werbe- und Stoßkraft der Organisation zu erhöhen, die fortan den Namen führt: „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.“ Diejenigen, die im reichsten Maße die Hoffnungen erfüllen, die an seine Beschlüsse knüpfen, den Arbeitern zum Schutz vor Ausbeutern zum Trug.

W.K.

Die Arbeitslosenunterstützung der organisierten Textilarbeiter soll wie folgt geregelt werden: Die Arbeitslosenunterstützung wird Mitgliedern gewährt, welche mindestens Wochenbeiträge gezahlt haben, vorausgesetzt jedoch, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch die Schuld des Mitglieds

selbst oder durch Krankheit verursacht worden ist. Die Unterstützung beträgt für

Klasse 1:			
Nach 52wöchiger Beitragszahlung 4,— M., Dauer 6 Wochen			
104	4,50	8	
156	5,—	10	
208	5,50	10	
Klasse 2:			
Nach 52wöchiger Beitragszahlung 5,— M., Dauer 6 Wochen			
104	5,50	8	
156	6,—	10	
208	7,—	10	
Klasse 3:			
Nach 52wöchiger Beitragszahlung 6,— M., Dauer 6 Wochen			
104	6,50	8	
156	7,—	10	
208	8,—	10	
Klasse 4:			
Nach 52wöchiger Beitragszahlung 7,— M., Dauer 6 Wochen			
104	7,50	10	
156	8,—	10	
208	9,—	10	

Die Arbeitslosenunterstützung tritt mit dem 1. Oktober 1908 in Kraft. Sie kann innerhalb 104 Wochen einmal bis zu dem Höchstbetrag bezogen werden, der für die verschiedenen Klassen festgesetzt ist. Weitere Unterstützung kann sodann nur bezogen werden, wenn das betreffende Mitglied innerhalb dieser 104 Wochen mindestens 52 Wochenbeiträge gezahlt und in dieser Zeit nachweislich wieder in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat.

### Genossenschaftliche Rundschau.

Der chronische Geldmangel und eine skrupellos betriebene Hege der Mittelstandsfuge treibt die Regierungen der deutschen Bundesstaaten immer mehr zu konsumvereinsfeindlichen Steuerplänen. Von einigen Fällen haben wir bereits berichtet. Jetzt erscheint auch die Verwaltung der „freien“ Stadt Lübeck mit dem Entwurf zu einer Gewerbe-, Filial- und Warenhaussteuer auf dem Plane, die ein unverhülltes Ausnahmesteuergesetz gegen den noch jungen dortigen Konsumverein darstellt. Der Konsumverein in Lübeck hat im letzten Jahre bei zirka 150 000 M. Umsatz rund 7000 M. erübrigt. Er hätte nach dem Entwurf zunächst als Gewerbesteuer eine Umsatzsteuer von 225 M. und als Warenhaussteuer eine zweite Umsatzsteuer von 750 M., insgesamt 975 M., fast den siebten Teil seines Reingewinnes, zahlen müssen. Das wäre fast zehnmal soviel gewesen, als dem normalen Steuersatz von 1/4 Prozent des Ertrags entsprechen würde. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bemerkt dazu: „Zweifelloso ist diese Ungerechtigkeit von den Urhebern des Entwurfes bemußt gewollt. Wenn der Konsumverein, so kalkulieren sie, keine 10 Prozent verdient, wie so mancher Kramladen in Lübeck, so mag er seine Warenpreise so erhöhen, daß er 10 Prozent verdient. Man merkt die mittelstandspolitische Absicht: den Konsumvereinsmitgliedern sollen die genossenschaftlich bezogenen Waren so verteuert oder verschlechtert werden, daß der alte Kleinhandel wieder gleichen Schritt halten kann.“

Auch im „liberalen“ Bayern ist man auf dem besten Wege zu Steuerungerechtigkeiten gegen die Konsumvereine. Die Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Reform der direkten Steuer unterbreitet. Bisher waren in Bayern alle Gewerbetriebe nur der Gewerbesteuer unterworfen. Nach dem neuen Gesetz sollen sie in Zukunft auch Einkommensteuer bezahlen. Unter die Gewerbetriebe rechnet man ausdrücklich auch die in Betracht kommenden Genossenschaften. Das Ungerechteste dabei jedoch ist, daß man ganz ungläubliche Ausnahmen machen will. So sollen „die Genossenschaften, die zur Förderung ihrer Zwecke Unterstützung aus Staatsmitteln erhalten“, von der Steuer befreit bleiben. Das sind wie überall die landwirtschaftlichen und die Handwerker-genossenschaften usw., während die Konsumvereine unter diese Ausnahme nicht fallen, also die neuen Steuern zahlen müßten. Das ist eine unerhörte zwischlächtige Behandlung! Die aus eigener Kraft bestehenden Genossenschaften will man besteuern, die aber, die schon Geld aus dem Staatsfädel erhalten, sollen auch noch steuerfrei bleiben! Das nennt sich „fortschrittliche“ Regierung.

Der Schuhverein für Handel und Gewerbe zu Braunschweig hat sich mit einer Eingabe an die städtischen Behörden gewandt, in der gefordert wird, daß den Beamten die Zugehörigkeit zu den Konsumvereinen verboten werden soll. In der Eingabe heißt es: „Auch die Zahl der Geburten in hiesiger Stadt sind zurückgegangen. Die Geburten würden sich wieder mehren und neuen Verdienst fast allen Bevölkerungsschichten zuführen, wenn die Konsumvereine aufgehört würden zu existieren.“ Daß die Konsumvereine am Rückgang der Geburten schuld sind, hat bis jetzt noch niemand gewußt. Gut, daß es Schuhvereine für Handel und Gewerbe gibt!

Der Deutsche Bäckerverband Germania hat auf seinem 15. Verbandstag, der Mitte August in Hannover stattfand, eine wüste Hege gegen die Konsumvereine verankaltet. Den verehrlichen Bäckermeistern von der Junst sind die Konsumvereine wegen ihrer musterquäligen Bäckereibetriebe mit modernen Arbeitsverhältnissen besonders unangenehm. Während die Konsumvereine für gesetzlichen Arbeiterschutz in Bäckereien eintreten, sind die Innungshelden dagegen. Grotesk wirkt das Verhalten dieses Verbandstags besonders deshalb, weil er in demselben Atem die Gründung von Bäcker-eigenen Genossenschaften empfahl. Wenn zwei dasselbe tun, ist es wohl nicht dasselbe?

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hielt ihre diesjährige Generalversammlung im Anschluß an den Genossenschaftstag des Zentralverbandes in Eisenach ab. Im Jahre 1907 stieg die Zahl der Gesellschafter auf 489, der Vereine, die bei der Großeinkaufsgesellschaft kauften, auf 1419. Der Warenumsatz erreichte die Höhe von 59 866 220 M. oder 13 862 983 M. mehr als im Vorjahr. Der Nettogewinn belief sich auf 504 909 M. Das eingezahlte Stammkapital betrug Ende 1907 rund 873 000 M., am 30. Juni 1908 wird es auf 918 000 M. angewachsen sein. Die Generalversammlung beschloß die Errichtung eines Unterstützungsfonds, dem 20 000 M. zugewiesen werden. Aus diesem Fonds sollen Angestellte und Arbeiter der Großeinkaufsgesellschaft oder Angestellte und Arbeiter der ihr angeschlossenen Vereine in solchen Fällen unterstützt werden, in denen die Unterstützung durch die staatliche Versicherung oder die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nicht ausreicht. Die Generalversammlung bestimmte weiter, daß das Stammkapital, das jetzt auf 1 000 000 M. bemessen ist, die aber noch nicht ganz eingezahlt sind, auf 1 500 000 M. zu erhöhen sei. Der stetig steigende Umsatz sowie die beabsichtigte Ausdehnung der Eigenproduktion machen eine solche Erhöhung durchaus notwendig. Eine Reihe sehr wichtiger Beschlüsse wurde ferner bei der Abänderung des Gesellschaftsstatuts gefaßt; zum Beispiel beschloß man den gewerbsmäßigen Betrieb von Vorkaufsgeschäften aller Art. Die Großeinkaufsgesellschaft wird sich demnach auch zur Bank der Konsumvereine entwickeln. Sie wird in ihrer Bankabteilung die überflüssigen Gelder der einzelnen Genossenschaften verwalten und einen Überweisungs- und Scheckverkehr mit den Vereinen unterhalten.

In Ostrowo sollte ein Beamtenkonsumverein gegründet werden. Das hatte die dortigen Stadtväter offenbar ganz bedenklich aus dem gewohnten Gleichgewicht gebracht. Sie kamen zusammen und faßten eine Resolution, in der sie „die Gründung eines Beamtenkonsumvereins als eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung und als eine direkte Gefahr für die wirtschaftlichen und nationalen Verhältnisse der deutschen Bürgerschaft von Ostrowo“ bezeichneten. Die Leute haben noch Schneid. Wie würde es dort wohl erst einem Arbeiterkonsumverein ergehen! Eine Mobilmachung von Ostrowo wäre die sichere Folge einer derartigen Gründung.

Der Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften hielt im Juli seinen 24. Genossenschaftstag in Mainz unter hoher und höchster Protektion ab (der Großherzog selbst eröffnete ihn). Nach dem Bericht des Generalanwalts zählt die Organisation 41 Verbände, 73 Zentralgenossenschaften, nahezu 18 000 Genossenschaften mit über 1 1/2 Millionen Mitgliedern. Die Zentralgenossenschaften des Reichsverbandes hatten einen Umsatz von 4798 Millionen Mark, die Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaften einen Bezug und Absatz von 214 Millionen Mark aufzuweisen. Die dem Reichsverband angeschlossenen Spar- und Darlehensklassen arbeiteten im Jahre 1906 mit einem Betriebskapital von über 1400 Millionen Mark. Die Molkereigenossenschaften verarbeiteten 1881 Millionen Kilogramm Milch. — Diese Genossenschaften verschont man mit Sondersteuern!

Im Juni trat in Newport, vor dem 40. britischen Genossenschaftskongress, zum erstenmal die Kommission der Vertreter der europäischen Großeinkaufsgesellschaften zusammen, die auf Grund eines vom internationalen Genossenschaftskongress in Cremona gefaßten Beschlusses gebildet worden war. Die Konferenz war von fast sämtlichen Großeinkaufsverbänden besetzt worden. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die Beprechung der vom Kongress in Cremona angenommenen Resolution über den gemeinschaftlichen Einkauf der Großeinkaufsgesellschaften. Es wurde eine Subkommission gewählt und mit der Prüfung der verschiedenen Anträge beauftragt.

Aber den englischen Genossenschaftskongress in Newport wurde dem „Vorwärts“ geschrieben: Auch in den mächtigen englischen Genossenschaften bricht sich die Idee des Sozialismus immer mehr Bahn. Der Präsident bemerkte, daß er in den letzten Jahren einen marantanten Fortschritt der sozialistischen Ideen in den Reihen der Genossenschaftler bemerkt habe. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Genossenschaftsbewegung als eine Vorbereitung für den kommenden Sozialismus betrachtet würde. Er hätte auch viele Fälle bemerkt, wo das Mitglied erst durch die sozialistische Bewegung der Genossenschaft gewonnen wurde, weil sie in ihr einen Schritt vorwärts zum Ziele erblickte. Auch an dem Dogma der politischen Neutralität wurden Zweifel laut. . . . Der Kongress nahm eine Resolution zugunsten der Achtstundentag für Bergleute an, und forderte damit die Freunde der Genossenschaften im Parlament auf, die Bill zu unterstützen. . . .

Der Kongress der englischen Frauengenossenschaftsgilde hat im Juni in Burton-on-Trent stattgefunden. Über 1000 Frauen waren anwesend, darunter 654 Delegierte und Beamte der Zweigvereine. Die Gilde zählt jetzt 25 000 Mitglieder in 500 Zweigvereinen, die über ganz Großbritannien und die Kolonien verbreitet sind. Vertreten waren 285 Einzelvereine. Bemerkenswerte Verhandlungsthemen waren: Altersrenten, Arbeitslosigkeit, Frauenstimmrecht und Mädchenerziehung. Auch die Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen in den Genossenschaften waren Gegenstand der Erörterungen. Mrs. Revitt, eine in Manchester tätige genossenschaftliche Angestellte, wies darauf hin, daß die Arbeitsbedingungen für Arbeiterinnen bei den Genossenschaften schwerer seien als im Privatunternehmen.

Das Brüsseler Volkshaus hat im letzten Geschäftsjahre einen Reinerüberschuss von 281345 M. erzielt, der sich auf verschiedene Geschäftszweige verteilt. H. Fl.

### Notizenteil.

#### Dienstbotenfrage.

Der Verein der Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen von Hamburg, Altona und Umgegend hielt am 13. August im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Die Kassiererin gab die Abrechnung vom Sommer nachtsball, welcher der Vereinskasse einen Überschuss von 104,70 Mk. zuführte. Frau Jich referierte über Ferien und Kostgeld. Sie betonte, daß auch für die Dienstmädchen die Gewährung von Ferien sehr notwendig sei. Das übliche Kostgeld aber sei gegenüber den teuren Lebensmittelpreisen zu niedrig bemessen: bei 1 Mk. pro Tag müßten die Mädchen darben. Die Organisation sei berufen, auch in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. In den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte Diskussion an, in der noch allerlei andere Mißstände zur Sprache kamen. Auch ihnen gegenüber kann nur der feste Zusammenschluß aller Dienenden Hilfe bringen. In der Versammlung waren vier Renaufnahmen zu verzeichnen. V. Mangel.

Wie die Interessen der Dienstmädchen in den katholischen Mädchenvereinen gewahrt werden. Bei einer Agitation am Oberrhein kam ich auch nach der Stadt des „heiligen Rodes“, nach dem Bistumsstift Trier. Natürlich betrachtet man sich da, wenn möglich, auch die Lebenswirdigkeiten: die Porta nigra, das Amphitheater, die Ruine des Kaiserpalastes, alles Überbleibsel alter Römerbauten, und — die prächtigen Kirchen. Neben dem Dom, mit diesem durch einen Kreuzgang verbunden, steht die Liebfrauenkirche, eine schöne gotische Kathedrale. Sehenswert sind die hohen, farbigen Kirchenfenster. Auf einem dieser Fenster, deren jedes Tausende von Mark gekostet hat, fand ich folgende Inschrift: „Gestiftet im Jahre 1871 von den Dienstmädchen Triers.“ Auf meine nähere Erkundigung, wie denn das Geld zusammengebracht worden sei, erfuhr ich folgendes: Der verstorbene Pastor Glaffen habe schon in den sechziger Jahren großes Interesse für die Dienstmädchen gezeigt. Er habe einen Verein für sie ins Leben gerufen, der noch heute im Pelenheim seine Zusammenkünfte hat. Durch diesen Verein sei auch das Geld für das Kirchenfenster gesammelt worden. Daß aber von diesem Verein schon je etwas unternommen ward, um die Gesindeordnungen hinwegzufegen, daß schon je etwas unternommen ward, die wirtschaftliche Lage der Dienstmädchen zu heben, darüber wußte mir niemand zu berichten. Die Dienstmädchen in Trier kommen meistens aus den ländlichen Orten der Umgegend, vor allem aus der Eifel, also aus recht armen Gegenden, wo oft genug die Eltern erwarten, von der in Dienst gegangenen Tochter unterstützt zu werden. Und diesen armen Mädchen holt man das Geld aus der Tasche, um kostbare Kirchenfenster davon zu stiften! In Trier schlafen die meisten Mädchen in der Mansarde, wo sie es im Sommer vor Hitze kaum aushalten können, und wo sie im Winter im Bette frieren müssen. Noch nie ist von der geistlichen Leitung des Trierer Dienstmädchenvereins ein Finger gerührt worden, um diesem Übelstand abzuhelfen, von anderen ganz zu schweigen. Statt daß man die Mädchen zu selbstbewußten Persönlichkeiten heranbildet, werden sie in diesen Vereinen zum unbedingten Gehorsam, zu Demut, Unterwürfigkeit und Ehrfurcht vor Herrschaft und Obrigkeit erzogen, damit sie willige und billige Ausbeutungsobjekte bleiben. Dabei mehren sich von Tag zu Tag die Fälle, die zeigen, wie notwendig die Erweckung und Entwicklung des Persönlichkeitsbewußtseins bei den Mädchen ist, damit sie ruhig aber bestimmt die Verteidigung ihrer Interessen sowie ihrer Ehre durchzuführen vermögen. Ein solcher Fall, der uns gleichzeitig aufs neue anspornen muß, mit verstärkter Kraft für die Beseitigung der schmachvollen Gesindeordnungen zu wirken, wird aus Cynhausen in Westfalen gemeldet:

„Zum 1. April hatten sich drei junge Mädchen, 17 bis 18 Jahre alt, als Zimmermädchen in ein Kurhotel in Cynhausen vermietet. Schon nach kurzer Zeit schrieb eines derselben einen Brief nach Hause, worin es sich über die Zudringlichkeiten und gemeinen Redensarten des Dienstherrn beklagte. Der saubere Hotelbesitzer drang in das gemeinsame Schlafzimmer der Mädchen, während diese sich ankleideten, und hielt sich längere Zeit darin auf. Er gebrauchte ferner Ausdrücke und stellte Zumutungen an die Mädchen, die wir hier nicht wiedergeben können. Der Vater der Briefschreiberin begab sich nach Rücksprache mit den Eltern der beiden anderen Mädchen zur Cynhausener Polizeibehörde und ließ Ermittlungen anstellen, von deren Resultat er aber nichts erfuhr. Als der saubere Dienstherr den Mädchen später noch öffentlich Untreue und Unterschlagung vorwarf, verließen diese gemeinsam den Dienst und begaben sich zu ihren Eltern. Nachdem die Mädchen ihre Erlebnisse ausführlich berichtet hatten, waren die Eltern mit dem Verlassen des Dienstes einverstanden und schickten ihre Töchter zu Hause. Anders dachte hierüber die hohe Obrigkeit, die Cynhausener Polizei. In den Redensarten, Handgreiflichkeiten und Zweideutigkeiten sah sie nur „harmlose Scherze“, die einem Dienstherrn wohl zukänden, und die den Mädchen nicht das Recht gäben, den Dienst ohne Aufkündigung zu verlassen. Als Hüterin der Befindeordnung erließ sie gegen die Mädchen zunächst eine Aufforderung zur Rückkehr in den Dienst und dann den Zurückführungsbefehl. Die Eltern legten hiergegen Beschwerde beim Landratsamt in Minden ein; dieses hob zunächst den Zurückführungsbefehl auf, gab aber den Eltern auch auf, den Klageweg zu beschreiten. Das ist nun geschehen. Als der Herr Hotelbesitzer krank aber einfach, daß die polizeiliche Hilfe nicht den gewünschten Erfolg hatte, lenkte er ein. Er schickte eine Aufforderung an die Eltern,

die Sachen ihrer Töchter abzuholen, da er für die Mädchen Ersatz gefunden habe.“

Hätten wir bereits einen Dienstbotenverein in Cynhausen, so wäre derselbe natürlich für die Mädchen eingesprungen. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß denen, die minderen Rechts sind, noch immer mehr an Recht genommen wird. Just als wären sie vogelfrei, verfehlt jeder Räpel und Koblind den Dienenden Fußtritte und tut obendrein ganz erstaunt und entrüstet, wenn sie sich dagegen wehren. Organisation der Mädchen, Erziehung derselben zu Persönlichkeiten, leidenschaftlicher Kampf gegen die Befindeordnungen, das sei deshalb um so mehr unsere Lösung! Luise Jich.

**Herrenrecht.** Wie Dienstherrn zuweilen ihr „Herrenrecht“ auffassen, beweist ein Vorkommnis, das sich vor kurzer Zeit in D. ereignete. Ein junges Mädchen, das bei einem Fleischermeister im Dienste stand, war mit einem jungen Menschen zu Ball gegangen und kehrte 2 Uhr nachts heim. Der junge Mann begleitete seine Tänzerin bis vor die Tür. Ahnungslos öffnete das Mädchen; da sprang ihr aus dem dunklen Hausflur ihr „Herr“ entgegen und schlug blindlings auf sie ein. Ihr Begleiter kam ihr natürlich zu Hilfe und ließ den „Herrn“ seinen Spazierstock fühlen. Darauf führte er das Mädchen zu ihrer am Orte wohnenden Mutter. Am nächsten Tage ging er dorthin, um sich nach dem Befinden der Tochter zu erkundigen. Dort erfuhr er, daß der Herr hatte sagen lassen: „Wenn N. nicht wieder läme, dann wisse sie ja Bescheid.“ Der junge Mann versprach ihr, sich der Sache anzunehmen, „sie solle es nur darauf ankommen lassen“. Aber zu seiner großen Verwunderung bat ihn N., doch nichts in der Angelegenheit zu tun, morgen gebe sie wieder in ihren Dienst zurück. Alles Neben half nichts. Schließlich gestand sie unter Tränen, daß ihr Herr sie ihrer Unschuld beraubt habe; sie stehe nun ganz in seiner Macht, denn nichts fürchte sie mehr, als daß er sie bloßstelle. Die Armste, sie hatte ihm blindlings gehorcht, weil er ja ihr „Herr“ war, und nun hielt er sie wie im Schraubstock fest. Wenn das unglückselige Verhältnis nicht ohne Folgen bleibt, was dann? Unbarmherzig wird ihr Verführer sie als Gefallene auf die Straße werfen, kraft seines „Herrenrechtes“; vielleicht wird er sie mit ein paar lumpigen Mark abfinden, dann aber mag sie zusehen, ob sie sich mit dem Kinde durchbringt oder in Not und Elend untergeht. — Ach, wenn diese Mädchen doch endlich erwachen wollten! Wenn sie doch begreifen wollten, daß sie mit ihrer Arbeitskraft nicht auch zugleich ihren Leib an den Dienstherrn verkauft haben! Nur eine straffe Organisation vermag sie über all das aufzuklären. Freilich, hier im Norden sieht es damit noch traurig aus. Gibt es doch „Herrenschaften“, die nicht einmal „dulden“, daß ihre Dienstboten einem Fest der organisierten Arbeiter beiwohnen! Anna Mosegaard.

#### Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

**Frauenarbeit und Betriebsunfälle in der Bekleidungsindustrie.** Der Verwaltungsbericht der Bekleidungsindustrie-Vereinsgenossenschaft ist erschienen und enthält sehr interessante Angaben über die Frauenarbeit. Das Reichsversicherungsamt hat endlich eine genaue Aufstellung des Mitgliederbestandes angeordnet, um die Grundlage für eine Gewerbeunfallstatistik zu gewinnen. Die Bekleidungsindustrie-Vereinsgenossenschaft hat als erste ihre Erhebungen abgeschlossen und berichtet wie folgt.

Versichert waren im Jahre 1907 insgesamt 8066 Betriebe mit 267 576 Arbeitern und Arbeiterinnen.

Es entfielen auf:

	Erwachsene männl.	weibl.	Jugendliche männl.	weibl.
Nähereibetriebe . . . . .	36887	56678	1880	7547
Bätschfabriken . . . . .	2708	11023	244	1881
Schuhfabriken . . . . .	43384	16326	—	2993
Hutfabriken . . . . .	8282	8972	440	805
Reinigungsbetriebe . . . . .	5947	24300	303	1488

Unberücksichtigt ist die Zahl der Arbeiter in den 574 Nebenbetrieben geblieben, wie Färbereien, Kochküchen, Badeanstalten usw.

Versichert waren nach dieser Aufstellung: 97203 Erwachsene männlichen Geschlechts, 118389 weiblichen Geschlechts, 6961 Jugendliche männlichen Geschlechts, 14711 weiblichen Geschlechts unter 16 Jahren.

Frauenarbeit ist also in der Bekleidungsindustrie überwiegend. Auffällig ist es, daß die Schuhfabrikanten keine jugendlichen Personen männlichen Geschlechts unter 16 Jahren beschäftigen wollen.

Der Durchschnittslohn eines Versicherten betrug im Jahre 1907 nur 851 Mk. Die Vereinsgenossenschaft hat wohlweislich nur die Gesamtlohnsomme mit 227 Millionen Mark angegeben.

Leider ist die Unfallstatistik im Bericht nicht getrennt aufgeführt. Wir erfahren nicht die Unfallziffern, getrennt nach Geschlecht und Alter. Nur bei den entschädigten Fällen ist die Zahl näher angegeben. Gemeldet wurden im Berichtsjahr 3199 Unfälle gegen 3123 im Vorjahr. Im Jahre 1901 betrug diese Zahl nur 1742. Die Unfallgefahr steigt also. Die höchste Unfallziffer hat die Schuhfabrikation, nämlich 1261, dann folgen die Nähereibetriebe mit 522, die Konfektionsbetriebe mit 496, die Hütschuhfabriken mit 164, die Strohhutfabriken mit 63 Unfällen usw.

Entschädigt wurden von den gemeldeten Unfällen nur 679, und zwar kommen in Betracht:

459 Erwachsene männlichen Geschlechts,
165 weiblichen Geschlechts,
39 Jugendliche männlichen Geschlechts,
16 weiblichen Geschlechts.

Es wurden also 181 Arbeiterinnen als Unfallverletzte entschädigt, die den Kampf um die Rente jetzt aufnehmen haben. Die meisten dieser Unfälle, nämlich 889, kamen an den Arbeitsmaschinen vor. In Motoren und Transmissionsmissionen ereigneten sich 17 Unfälle, an Fahrstühlen, Aufzügen 13, an Dampfmaschinen 18, durch Zusammenbruch, Einsturz 14, durch feuergefährliche Stoffe 10, durch Fall von Leitern, Treppen 72, beim Auf- und Abladen 19, durch Fuhrwerke 26 usw.

Die Verletzung traf in 24 Fällen Kopf und Gesicht (Augen), in 524 Fällen Arme und Hände (Finger), in 78 Fällen Beine und Füße, in 34 Fällen andere und mehrerer Körperteile zugleich. 19 sonstige Verletzungen wurden verzeichnet.

Die entschädigungspflichtigen Unfälle hatten 12 mal den Tod zur Folge; in 596 Fällen teilweise und in 71 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Eine völlige Erwerbsunfähigkeit kennt also die Vereinsgenossenschaft gar nicht. 9 Witwen mit 14 Kindern hatte sie neu zu „versorgen“ . . .

Wie es mit dem Unfallschutz in den Betrieben aussieht, davon eine Probe. Der technische Aufsichtsbeamte der Vereinsgenossenschaft hatte im Berichtsjahr 564 Betriebe revidiert und allein 274 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften vorgefunden, die er einzeln aufzählt.

Interessant ist auch folgende Stelle des Berichtes: „Ich habe wahrgenommen, daß man an Dampfmaschinen junge Mädchen unter 16 Jahre alt arbeiten ließ. An diesen Dampfmaschinen fehlten oft zweckentsprechende Schutzvorrichtungen. In solchen Fällen mahnte ich die Betriebsunternehmer, für schnellstmögliche Anbringung genügender Schutzmittel zu sorgen und ältere und geübtere Mädchen einzustellen. Kurz nach meinem Besuche einer solchen Dampfwaschanstalt ist ein junges Mädchen verunglückt. Es fehlte der Einlasschutz an der Muldenmangel.“

Was lag dem Unternehmer an dem Leben und der Gesundheit dieser Mädchen? Die Mahnungen der Aufsichtsbeamten, die von der Vereinsgenossenschaft, folglich von den Unternehmern direkt abhängig sind, werden doch nicht befolgt. Sache der Arbeiterinnen ist es daher, sich selbst zu schützen und durch ihre Organisation auf Einführung und Beachtung der Unfallschutzmittel zu drängen. E. Gersch.

#### Frauenstimmrecht.

I. K. Für das Eintreten der österreichischen Genossinnen für das Frauenstimmrecht ist die nachstehende Resolution maßgebend, welche die dritte österreichische Frauenkonferenz einstimmig angenommen hat: „Die Konferenz erachtet die Zeit für gekommen, um bei allen bevorstehenden Wahlrechtskämpfen energisch und beharrlich für das wirklich allgemeine Wahlrecht aller erwachsenen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes einzutreten. Sie steht in der Erringung des Frauenwahlrechtes nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit gegen die mit doppelter Arbeitsbürde beladenen und unter einer schlechten Gesetzgebung und Verwaltung doppelt leidenden Arbeiterinnen, sondern sie erachtet auch die politischen Frauenrechte für unentbehrlich, um die Frauen der Arbeiterschaft gegen die wirtschaftliche Ausbeutung durch das Kapital und geistige Bevormundung durch den Klerus widerstandsfähig zu machen und sie zum klaren Verständnis ihrer Massenlage und der sozialdemokratischen Bewegung zu erziehen.“

Um die Durchführung jener auf das Frauenwahlrecht bezüglichen Beschlüsse wirksam vorzubereiten, die auf dem zweiten Frauenreichskonferenz, ferner auf den Parteitagen zu Graz 1900 und zu Wien 1903 und schließlich auf dem internationalen Sozialistenkongress zu Stuttgart 1907 gefaßt worden sind, und die alle ein energisches Eintreten für das Frauenwahlrecht der Sozialdemokratie zur Pflicht machen, erklärt es die Konferenz für dringend notwendig und unausschiebbar, daß bei den Beratungen der sozialdemokratischen Vertretungskörper sowie auch in den Versammlungen und in der gesamten Parteipresse die Forderung nach dem Frauenwahlrecht eine weit höhere Beachtung geschenkt werde als bisher, damit alle Männer und Frauen innerhalb der Sozialdemokratie sie als das erkennen lernen, was sie ist: eine der wichtigsten und entscheidendsten unter allen den Forderungen, für die einzutreten unsere Partei sich berufen fühlt.“

Die Forderung des allgemeinen Wahlrechts für alle Großjährigen werden die englischen Gewerkschaften auf ihrem bevorstehenden Kongress in Nottingham am der frauenrechtlerischen Agitation für ein beschränktes Frauenwahlrecht entgegenstellen. Das parlamentarische Komitee des Trade Union-Kongresses stellt einen Antrag, der unter Berufung auf Aquittus Versprechen einer demokratischen Wahlrechtsreform folgendes fordert: Ausdehnung des Wahlrechts auf alle großjährigen Männer und Frauen; Neueinteilung der Wahlkreise; Diäten für die Abgeordneten; Einführung der Stichwahlen; keiner Person mehr als eine Stimme; Festsetzung aller Hauptwahlen auf einen Tag, dies als allgemeiner Feiertag erklärt wird; Schließung der Schankwirtschaften an diesem Tage; Anstellung von Notargistratoren, die für die ordnungsgemäße Eintragung aller Wahlberechtigten in die Wählerlisten verantwortlich sind. Wie man sieht, deckt sich der Antrag in den wesentlichsten Punkten mit den Forderungen, welche die Konferenz von Vertretern sozialistischer und gewerkschaftlicher Organisationen erhoben hat, die sich kürzlich, wie wir berichteten, energisch gegen das beschränkte Frauenwahlrecht erklärte.

Die Einführung des allgemeinen statt des beschränkten Frauenwahlrechtes hat die norwegische Regierung beschlossen. Sie will dem Storting einen Entwurf zu einer Verfassungsänderung vorlegen, der das beschränkte Frauen-

wahrscheinlich aufhebt und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für das weibliche Geschlecht unter den gleichen Bedingungen einführt, an die sein Besitz für die Männer geknüpft ist. Die Wahlberechtigten müssen über 25 Jahre alt sein. Da Verfassungsänderungen nur nach einer neuen Wahl stattfinden können, wird die Entscheidung über den Entwurf nicht vor 1909 fallen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser die Zustimmung der nährlichen bürgerlichen Politiker findet, welche das beschränkte Frauenwahlrecht zu dem ausgedrückten Zweck eingeführt haben, durch eine Stärkung der reaktionären Parteien die wachsende politische Macht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu brechen. Der Erfolg der sozialdemokratischen Agitation für volle Demokratie ist in der Hauptsache eine Frucht der tarifrätigen sozialdemokratischen Agitation für volle Demokratie. Sein Schicksal hängt davon ab, in welchem Maße es der Sozialdemokratie gelingt, auch weiterhin eine starke Volksbewegung im Fluß zu halten und zu führen.

**Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.**

**Frauenausbeutung in den Konervenfabriken.** Die Rücksichtslos das Unternehmertum die Arbeiterinnen ausbeutet, wurde in einer Versammlung zu Königs-Lutter festgestellt. Es wurde geklagt, daß in den dortigen Konervenfabriken die tariflich festgesetzten Löhne nicht eingehalten würden. So sei zum Beispiel das Abgießen von einem Zentner Bohnen hier und da mit 1,20 Mk. bezahlt worden, während der Tarif eine höhere Entlohnung vorsieht. Dasselbe trat seinerzeit beim Spargelschälen ein. Wenn die Arbeiterinnen sich beschwerten, dann heißt es sofort: Sie können ja gehen. An den Bohnen- und Erbsenmaschinen können nur ganz besonders geübte und seltene Arbeiterinnen etwas verdienen. Alles ist Akkordarbeit, vielfach sogar das Zutragen der Waren. In der Küche und in dem Waschküchen, wo die Gemüse vor dem Einkochen gewaschen werden, ist die Arbeit besonders schwer. Mit den großen Säbeln und Waschkücheln ist schwer zu hantieren. Oft sollen die Frauen von oben bis unten durchnäht nach Hause. Rheumatismus ist eine häufige Folge ihrer Arbeit. In verschiedenen Fabriken gibt es keine Karren, in denen die Ware transportiert wird, sondern die Arbeiterinnen müssen die Gemüse in zentnerschweren Säcken oder Körben herbeischleppen. Gewiß kommen Löhne von 9 bis 20 Mk. und darüber vor. Aber fragen wir nicht, in welcher Arbeitszeit verdient wurden. Die Arbeit dauert oft von früh 6 bis abends 11 oder 12 Uhr. Es wurden aber auch Fälle angeführt, wo Arbeiterinnen von morgens 4 Uhr bis nachts um 12 gearbeitet hatten! Auch Sonntagsarbeit kommt vor, selbst während der Kirche, oft von 6 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags. Und kein Gesehsauge sieht das! In Braun- und Schweig, Wolfenbüttel und Wambüttel ist sogar zeitweise 24 Stunden ununterbrochen gearbeitet worden! In Königs-Lutter sollte kürzlich eine Lohnkürzung eintreten. Als die Arbeiterinnen sich weigerten, darauf einzugehen, sagte der Fabrikant, der wohl auf die Rückständigkeit seiner Arbeiterinnen vertraute: „Wenn ihr die Arbeit für den Preis nicht machen wollt, so hole ich mir 200 bis 300 Arbeiterinnen aus Thüringen“. Die Frauen und Mädchen in Königs-Lutter sollen sich durch solche leere Drohungen nicht einschüchtern lassen, sondern treu zur Organisation stehen, die ihr sicherster Port gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist. Marie Backwitz.

**Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.**

**J. K. Die politische Organisation der Genossinnen in Österreich** ist nach den Richtlinien geregelt, welche folgende Resolution der dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz gezogen hat. Diese Resolution besagt: Es ist Pflicht der Genossinnen, dahin zu wirken, daß gemäß dem Beschluß des Reichsparteitages von 1907 überall weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden. Die weiblichen Vertrauenspersonen haben die Verpflichtung, für die politische Organisation der Frauen zu wirken und überall, wo noch eine andere sozialdemokratische Frauenorganisation besteht, die freie Organisation zu schaffen.

Die Mitglieder der politisch-freien Frauenorganisation haben einen Monatsbeitrag von 30 Hellern zu entrichten, davon 2 Heller pro Mitglied und Monat dem Frauen-Komitee abzuführen sind. Die der freien Organisation angehörenden Genossinnen erhalten die „Arbeiterinnen-Zeitung“ obligatorisch.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen zahlen einen Monatsbeitrag von 10 Hellern, ohne Bezug der „Arbeiterinnen-Zeitung“.

Mit besonderem Nachdruck heben wir hervor, daß die freie politische Frauenorganisation kein Ersatz für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen sein kann.

Die Zeitung der freien politischen Frauenorganisation soll gleichzeitig als Agitationskomitee zu fungieren, und sollen Genossinnen von am Orte befindlichen Gewerkschaften dem Komitee angehören.

Die dritte sozialdemokratische Frauenkonferenz weist den weiblichen Vertrauenspersonen die Aufgabe zu, auch außerhalb ihres Ortes durch Abhaltung von Besprechungen und Veranstaltung von Versammlungen neue Mitglieder zu werben und Aufklärung über die Ziele der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung zu verbreiten.

Um die politische Frauenorganisation auszubauen, muß die Abhaltung von Kreis- und Landeskonferenzen der Frauen und die Wahl von weiblichen Kreis- und Landesvertrauenspersonen angestrebt werden.

Um die Arbeiterinnenbewegung im Sinne der Parteitagsschlüsse und im Rahmen des Parteistatuts zu führen, müssen

die Genossinnen überall im Einvernehmen mit den Lokal- und Bezirksvertrauensmännern vorgehen und sind diese von allen geplanten Aktionen der Genossinnen zu verständigen.

Die beste Gewähr für das einheitliche Arbeiten sieht die Frauenkonferenz in der Vertretung der Genossinnen in den Lokal- und Bezirksorganisationen und in weiterer Folge in den Bezirksausschüssen, entsprechend den Beschlüssen des Parteitages.

Das Frauen-Komitee ist verpflichtet, den Genossinnen über die Durchführung der politischen Frauenorganisation Instruktionen zuzusenden.

**I. K. Fortschritte der sozialistischen Agitation unter den englischen Arbeiterinnen.** Im September vorigen Jahres wurde, wie die Genossinnen sich erinnern werden, in England eine Monatschrift für Arbeiterinnen gegründet: „The Woman Worker“ (Die Arbeiterin). Sie war das Organ zweier gewerkschaftlicher Frauenorganisationen, der Women's Trade Union League (Liga der Frauengewerkschaften) und der Women's Labour League (Liga erwerbstätiger Frauen) und verfolgte den Hauptzweck, die gewerkschaftlich organisierten Frauen über ihre Interessen aufzuklären und dadurch die sozialistischen Ideen unter sie zu tragen. Wir freuen uns herzlich, berichten zu können, daß der „Woman Worker“ unter den organisierten Arbeiterinnen eine Aufnahme gefunden hat, welche auch die rosigsten Hoffnungen weit übertraf. Die wohlverdienten Sympathien, die sich die Zeitschrift erwarb, sicherten ihr eine steigende Verbreitung, so daß eine bedeutende Vergrößerung des Umfangs und ein öfteres Erscheinen durchgeführt werden konnten. Seit dem 5. Juni wird „The Woman Worker“ 32seitig jede Woche herausgegeben. Das Wochenblatt ist von einer außerordentlichen Reichhaltigkeit, so daß es den Ansprüchen der verschiedensten Entwicklungsstufen sozialer Erkenntnis entspricht, die mannigfaltigsten Interessen der proletarischen Frauen berücksichtigt und jedem Geschmac etwas bietet. Es bringt Artikel und kurze Notizen über Zeit- und Streiffragen, welche die Existenz der Arbeiterinnen, Handelsgestellten, Beamtinnen und Arbeiterfrauen berühren, über Reformforderungen, die in ihrem Interesse erhoben werden müssen, über wichtige Ereignisse aus der Gewerkschaftsbewegung, dem Parlament, dem politischen Leben überhaupt. Plaudereien des liebenswürdigen sozialistischen Schriftstellers Blatchford usw. sollen ganz besonders die Frauen in die sozialistische Ideenwelt einführen. Das Frauenstimmrecht und die gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation erfahren in den Spalten des „Woman Worker“ natürlich besondere Berücksichtigung. Fragen der Kindererziehung, des Haushaltes, der Mode werden in ihnen behandelt, kurze Biographien führender Sozialistinnen und Gewerkschafterinnen, literarische Skizzen über Shakespearesche Frauengestalten und Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt, Unterhaltungsliteratur in Poesie und Prosa und eine sogenannte „Kinderseite“ vervollständigen den Inhalt. Genossin Mary Macarthur, welche „The Woman Worker“ ins Leben gerufen hat, leitet das Blatt weiter, das über einen Stab glänzender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügt. Diese rekrutieren sich in der Hauptsache aus Anhängern der sozialistischen Unabhängigen Arbeiterpartei und der parlamentarischen Arbeiterpartei, doch sind auch Mitglieder der anderen sozialistischen Fraktion, der Sozialdemokratischen Partei unter ihnen zu finden. Damit ist gesagt, daß die grundsätzliche und taktische Haltung des „Woman Worker“ ihr Gepräge von der Unabhängigen Arbeiterpartei erhält, daß aber auch davon abweichende Meinungen zu Wort kommen. Die Verbreitung des Wochenblatts geschieht vorwiegend im Einzelverkauf, den zum großen Teil Genossinnen freiwillig und unentgeltlich beforgen. In allen sozialistischen, gewerkschaftlichen usw. Versammlungen suchen sie ihrem Organ Eingang in die Kreise der Arbeiterinnen, der erwerbstätigen Frauen überhaupt zu verschaffen. Ihre Bemühungen werden durch den Inhalt des Blattes wie seinen billigen Preis unterstützt: 1 Penny = 8 Pf. pro Nummer. Zur Werbung von Leserinnen sollen auch Methoden beitragen, die in der sozialistischen Arbeiterpresse des Kontinents nicht gebräuchlich sind. So die des Prämienauschreibens. Fast in jeder Nummer schrieb bis jetzt „The Woman Worker“ einen Preis von 5 Pfund = 100 Mk. für die Leserin aus, welche die gestellte Preisaufgabe löste. Als solche war unter anderem ausgeschrieben: die Nennung der 6 Frauen, die verdienen, als erste Abgeordnete in das Parlament geschickt zu werden; die Nennung von 5 Männern, die sich besonders verdient um die Fraueninteressen gemacht haben; ein Artikel von 200 Worten über die erfolgreichsten Mittel, die Arbeit der Hausfrau zu verkürzen usw. Von der ersten Nummer des wöchentlich erscheinenden „Woman Worker“ wurden 42000 Exemplare verkauft; wenn die Auflage hat, vielmehr auf 27000 gesunken ist, so bedeutet diese Zahl von Leserinnen immer noch einen recht ansehnlichen Erfolg, der um so schwerer wiegt, wenn man die Schwierigkeiten in Betracht zieht, gegen welche ein sozialistisches Frauenblatt in England ankämpfen muß. Wäge sich in reichstem Maße erfüllen, was das Blatt sich in den folgenden Worten als Ziel gesteckt hat: „Jede Woche will es die Botschaft der Brüderlichkeit und menschlichen Vervollkommnung in die Herzen von hoffentlich vielen Zehntausenden von Frauen tragen. Wenn es früher einigen Frauen beistand, so soll es nun einer großen Zahl helfen. Es soll mehr und mehr Ohren das Wort der Hoffnung zuflüstern, ohne welche so viele Leben dunkel und traurig bleiben, und auf welche so viele Frauen vergeblich warten, die einsam, von Arbeit überbürdet, dastehen.“

**Wohnungsfrage.**

**Eine Wohnungsordnung für Mannheim** wird von den dortigen Behörden geplant. Der Entwurf ist auch dem Arbeitersekretariat zur Ausfertigung vorgelegt worden, und dieses hat einige wichtige Änderungsvorschläge gemacht. Die Leserinnen der „Gleichheit“ wird in erster Linie interessieren, daß zu den zwölf Wohnungskommissionen (für jeden Stadtbezirk eine) auch je eine oder mehrere Frauen als Wohnungspflegerinnen hinzugezogen beziehungsweise als Mitglieder bestellt werden sollen. Diesen Kommissionen soll neben den Wohnungskontrollleuten die Aufsicht zufallen. Die weiblichen Kommissionsmitglieder werden da eine sehr wichtige Aufgabe haben. Sie werden zunächst als die Vertrauenspersonen derjenigen Frauen und Mädchen anzusehen sein, die als häusliche oder gewerbliche Angestellte im Hause der Arbeitgeber wohnen und oft genug in ungeeigneten Räumen untergebracht werden. Die Wohnungsordnung stellt gewisse Mindestanforderungen auf, denen Wohnungen, sowie die für Personal, Zimmermieter und andere einzelne Personen bestimmten Räume genügen müssen. Leider sieht sie auch viele Ausnahmen vor, doch wird sie hoffentlich in dieser Hinsicht noch verbessert werden. Jedenfalls kann sie viel gutes stiften, wenn sie mit Ernst durchgeführt wird. Und die Frauen werden dabei manches nützen können. Sie werden vor allem ihre Aufmerksamkeit der Durchführung der Bestimmungen über die Schlafzimmer zuzuwenden haben. Der Entwurf der Wohnungsordnung bestimmt, daß für jede in den Schlafräumen untergebrachte Person eine Mindestbodenfläche von vier Quadratmeter und ein Mindestluft-raum von zehn Kubikmeter vorhanden sein muß. Es sollen aber Ausnahmen zugelassen werden. Räume, die nur von einer Person benutzt werden, dürfen geringere Ausmaße haben, und in Familienwohnungen braucht der Luft-raum für jede Person insgesamt nur zwanzig Kubikmeter zu betragen, wobei noch Nebenräume (wie Gänge, Küchen usw.) mit in Berechnung gezogen werden können. Zwar sollen diese Ausnahmen nur nach Genehmigung des Bezirksamts zulässig sein, man wird jedoch darauf achten müssen, daß von dieser Genehmigung nicht ein allzu freigelegiger Gebrauch gemacht wird. Über die Familienschlaf-räume bestimmt der Entwurf, daß jedes Ehepaar für sich und für seine noch nicht zwölf Jahre alten Kinder einen besonderen, genügend großen Schlafraum und für die über zwölf Jahre alten Kinder nach dem Geschlecht getrennte Schlaf-räume haben müsse. Für jede über zwölf Jahre alte Person muß überdies ein besonderes Bett vorhanden sein, ebenso für je zwei jüngere Personen mindestens eines, wobei sogenannte zweischläfrige Betten auch nur als ein Bett gerechnet werden. Arbeitsräume und Küchen, sowie Räume, in denen übelriechende oder sonstige dem Handel dienenden Gegenstände aufbewahrt werden, sollen überhaupt nicht zum Schlafen verwendet werden. Das gleiche gilt für Nebenräume, wie Badezimmer, Waschküchen, Gänge und dergleichen, die überhaupt nur dem vorübergehenden, ihrem besonderen Zwecke entsprechenden Gebrauch dienen sollen. In Wohn- und Schlafräumen soll gearbeitet werden dürfen, soweit es den vorstehenden Bestimmungen nicht widerspricht. Das Arbeitersekretariat wünscht, daß eine vorherige bescheinigte Besichtigung der betreffenden Räume durch die Kommission beziehungsweise durch das Bezirksamt zur Bedingung gemacht werde, ehe eine hausgemerbliche oder ähnliche Verwendung der Räume zugelassen wird. Die Durchführung dieser Forderung würde in hygienischer Beziehung jedenfalls von Vorteil sein. Welche Bedeutung die Tätigkeit der Pflegerinnen erlangen wird, das hängt von dem Verständnis ab, das sie ihrer Aufgabe entgegenbringen. Von großem Einfluß ist darauf, welchen Schichten sie entnommen werden. Es wird daher angebracht sein, daß sich die Frauen der Mannheimer Arbeiter-schaft beizeiten mit dieser Frage befassen.

**Frauenbewegung.**

Ein nationaler Frauenkongress hat kürzlich in Paris getagt. Er erörterte vor allem die Rechtsstellung der Frau, und zwar sowohl im Zivilrecht wie im öffentlichen Recht. Der erste Tag brachte Referate über die Nationalität der Ehefrauen, über die Stellung der Frau im Familienrecht und als Vormund, und über den Schutz der unehelichen Kinder. Fragen des Eherechts, der Rechtslage der Frauen in den Verwaltungsbüroen, der Stellung der Diensthöten kamen am zweiten Tage zur Verhandlung. Der dritte Tag war Erörterungen über das politische Frauenstimmrecht gewidmet.

**Adressen der Stellenvermittlung und der Vorsitzenden der Dienstbotenorganisationen.**

- In den folgenden Städten haben die Dienstbotenvereine ihren eigenen Stellennachweis:
- Hamburg:** Vorsitzende Frau E. Kähler, Hamburg XXII, Brambeistraße 2, III.
- Stellennachweis Wefenbinderhof 56/57, Gewerkschaftshaus.
- Leipzig:** Vorsitzende Frau Auguste Hennig, L.-Neustadt, Kirchstr. 89 I.
- Stellenvermittlung Frau Marie Seifert, L.-Lindenau, Albertinerstr. 25 III.
- Frankfurt a. M.:** Vorsitzende Frau Mala Rudolph Bornheimer Landwehrweg 57.
- Stellenvermittlung Stolze-str. 18 II, Zimmer 27.
- Rürnberg:** Vorsitzende Fräulein Helene Grünberg, Arbeitersekretariat, Egidienplatz 22.
- Stellenvermittlung Frau Kummel, Bergstr. 5 II.
- Wiesbaden:** Vorsitzende Frau Knopf, Westendstr. 8
- Stellennachweis Frau Eise Reichel, Leonorenstr. 7 p

# Morgentwanderung.\*

Von César Fleischlen.

Und sie zogen aus, als zu einem Mörder, mit Stangen und Schwertern, ihn zu fassen; Gohörpfeiler, Schriftgelehrte und Pharisäer; ... (Und er sah täglich im Tempel bei ihnen und lehrte sie.) Nach Matthäi 26, 45. ... mich dünkt: es war immer so! zu Zeiten Cotraates' wie zu Zeiten Jesu, zu Zeiten Galliens wie zu Zeiten Luther's! ... Jost Seyfried.

Dämmerige Nacht lag über dem Land. Es war mild, fast warm. Anfang Mai. Ein mächtiger Lausturm hatte sich erhoben und wogte seine Frühlingssehnsucht von den Bergen. Wie ein großer Osterchoral donnerte er über die Gräber und rief zur Auferstehung.

Die Wälder bogen sich und reckten sich und krachten unter seinem Rütteln; jahrhundertalte Eichen brachen zu Boden, und wie Rohr zerbrach vor ihm, was dürr und morsch war und keine Kraft mehr zum Frühlings hatte. Nur was gesund und stark und triebfähig, hielt ihm stand. In der Tiefe des Himmels zuckten wie verlöschewollende Lichter die Sterne zwischen den zerrissenen und zerreißenen Wolken, die er wie Flaum über uns dahinfegte, lachend, als freue er sich, einmal aufräumen zu können mit allem, was nicht niet- und nagelfest war. Selbst der Mond schien Sorge zu haben, über den Haufen geblasen zu werden und verkroch sich hinter zusammenstiebende Wolkenfetzen. Die Erde bebte unter seinem Donner; aber es war nicht das Beben der Furcht; es war das Beben der Freude, denn er brachte die Erfüllung ihrer Sehnsucht.

Von den Hängen schwallen die Quellen mit lautem Getiesel und die sahle, jeden Augenblick wechselnde Beleuchtung überrann alles mit phantastisch-gepenstlichem Leben.

Von den Gehöften und Häusern, an denen unser Weg vorüberführte, standen dann und wann die Leute. Der Sturm hatte sie von ihrem Schlaf aufgejagt, denn das leichte Balkenwerk ihrer Behausungen erzitterte in allen Fugen unter seinen Stößen. Die Wetterhähne schrien von den Giebeln. Es pfliff und heulte. Türen und Fenster sprangen auf und schlugen. Vom Dorf herüber klangen die Glocken, angstvoll, dumpf, drohend, wie wenn ...

Die Leute sagten: der Küster sei es nicht, der so läute! und blickten bleich und verstört, furchtjam und feig zum Himmel; und die Weiber beteten: der jüngste Tag kommt! Die Welt geht unter! Herr Gott behüt' uns! ...

Nein, Mütterchen! Die Welt geht nicht unter! Noch lange nicht! Es wird nur endlich Frühlings!

Frühlings! und wenn's noch so tobt!

Frühlings! ja! ...

Und lachend zogen wir weiter und sangen und ließen uns den Lausturm in die Brust wogen. Wir waren ja gewohnt, im Sturm zu stehn! Und sangen und jauchzten: Frühlingswärts! Morgen-zu! Sonn'entgegen!

Sonn'entgegen! Frühlingsjonn'entgegen!

Das war es ja auch!

Wir wollten die Sonne einmal aufgehen sehen, und das Frühlingsdrängen in uns trieb uns ihr entgegen ... mit der ganzen Lust unseres Hoffens, mit dem ganzen Glauben unserer Jugend, mit der ganzen Jugend unseres Glaubens!

Ein paar, denen bangte und die Furcht überkam vor all den lebendig werdenden Baumstümpfen und Hohlwegschatten, drehten um, da sie sich nicht erkälten wollten in dem sinnlosen Wetter, und verloren sich zurück in ihren trübseligen Alltag.

Wir anderen aber zogen weiter durch die prächtige Nacht und ihren jauchzenden Frühlingssturm — und ließen uns, aufschauend, sein Evangelium in die Seele donnern; das Evangelium des Morgenwerdens.

Weiter hinter uns in qualmigen Nebelbräuten lag die Stadt und alles Mauerumgebene, Enge, Beschränkte und Beschränkende, die ganze dumpfe Leere und Schwere hungrierer Alltagspflicht und würgender Werktagsangst, und vor uns, um uns, frei und freudig, mauerlos, weit und offen, voll Lebensdrang und Sonntagsglauben die sternüberflackerte, sturmlobernde Erfüllung unserer Sehnsucht.

Und wir sangen ihr Lied, das Lied des Morgens, das Lied der Sonne in den donnernden Sturm, und er trug es weiter über die Berge und von den Bergen in die Täler, und jauchzend rief das Echo es zurück.

Wir kamen durch Ortschaften und Höfe. Die Nachtwächter fuhren aus ihrem Schlummer, stolperten uns nach mit ihren Laternen: still zu sein und die Ruhe der Dörfer nicht zu stören mit unserem törichtem Gesang. Der Morgen läme von selber, ohne unser Geschrei. Vorderhand aber sei es noch Nacht und wir sollten die Leute schlafen lassen. Schlaf sei etwas Heiliges!

Ja: Die Leute! Sie lagen und schliefen! Anstatt auf zu sein in Glauben und Freude, anstatt der Sonne entgegenzuwachen, mit der doch kommt, wovon sie träumen und wonach sie sich sehnen.

Es war immer heller geworden. Wir hatten die gerade Richtung verlassen und erklimmen einen Hügelzug, der ins Tal auslief und von wo sich eine freiere Aussicht bot. Der Sturm hatte sich allmählich auch gelegt, als ob er sich genug damit getan, die Nacht gebrochen zu haben. Die Sterne verglommen. Der Mond verschwamm in der Tiefe, wie das weiße Segel eines am Horizont hinabtauchenden Bootes. Es war fast frostig geworden und kühle Schauer rannen durch die Luft. In den Talbreiten zu unseren Füßen lag alles in schmutzigem Nebel wie tot, und an den Abhängen krochen und kletterten scheue Dunstflüge herum.

Vor uns — jenseits, überm Tal, stand das Gebirge. Sein Gipfelgrat zeichnete sich in harter, scharfer Linie von dem silbergrauen, sich nach und nach mit leisem Rot überhauchenden Grund des Himmels hinter ihm ab.

Da bemerkte ich auf einem der Berggäupfer drüben etwas herumkrabbeln — schwarze Gestalten, Menschen, wirkliche Menschen, nur infolge der Entfernung kaum viel größer als Gullivers Biliputaner, zwerghaft, wunderlich. Es sah närrisch aus. So närrisch, wie jemand all dergleichen vorkommen muß, der etwas nur sieht und nicht auch hört. So närrisch, wie einem Tauben vielleicht unser ganzes Leben, das ganze Treiben der Welt erscheinen mag.

Als ob ich in einem Marionettentheater säße und einer niedlichen Pantomime zusähe.

Der helle Himmel hinter dem Gebirge bildete den weißen Vorhang, und wie in einem Schattenspiel hoben sich die Kerlchen mit ihren Bewegungen gleich zierlichen Silhouetten auf dem lichten Hintergrund ab.

Ein richtiges Schattenspiel ... der Nacht!

Der kleinen Kerlchen aber wurden immer mehr, wie mir schien, und als unter einem Windstoß der Nebel etwas verzog, erkannte ich, daß es darunter, in seinem Schutze, den ganzen Berg hinauf in hellen Haufen stand. Sie zappelten und suchtelten mit den Armen in der Luft herum und liefen und rannten in seltsamer Hast und Unruhe hin und her.

Dann schien plötzlich etwas los zu sein. Sie kamen mit langen Stangen und Haken, mit mächtigen Winden, Hapseln und Kettenrollen. Wieder andere schleppten sich mit Leitern, die für ihre Größe ungeheuer waren, und es begann auf allen Punkten eine fast fieberhafte Geschäftigkeit. Die Erde wurde aufgedrückt, der Felsgrund gesprengt und riesige Blöcke darin verankert. Dann schmiedeten sie lange eiserne Ketten durch die Ringe und Drahtseile und Tauen und verklammerten mit diesen wieder die großen Leitern, die sie heraufgeschleppt hatten.

Hinter dem Gebirgsfuß aber wurde es immer heller und heller, wie brodelnder Dampf es ab und zu empor. Doch je heller es wurde, um so unruhiger und eiliger, um so aufgeregter wurde das Getrippel und Gerarbeit der kleinen Schattengerlchen.

Ich unterschied nun eine ganze Armee von Landsknechten mit Biken und Hellebarben, mit Morgensternen und Donnerbüchsen. Sie hielten am Berg hinauf, in verschiedene Fähnlein geteilt. Auf einer etwas tiefer gelegenen Kulm war eine ganze Batterie von Mörsern und Kanonen aufgeföhren, als gelte es ... Gott weiß was für eine Völlerschlacht.

Die Leitern wurden aufgestellt und ragten senkrecht in die Luft, und die ganze Seilinie stand voll von Leuten mit Stangen und Haken, so lang und schwer, daß es immer ein ganz Häußlein zugleich bedurfte, sie zu regieren. Allmählich aber ahnte mir, was das alles bedeuten möchte.

Ich lachte.

Nein, Mütterchen! Die Welt geht noch lange nicht unter! Keine Sorge! Es wird nur endlich Frühlings!

Gott sei Dank!

Es wird nur endlich Tag!

Nach so langer, dumpfer Nacht!

Und wir stimmten das Lied der Erfüllung an, das Lied des Morgens, das Lied der Sonne und ihres Aufgangs ... und es brauste wie Orgellang durch die Stille, siegreich, jubelnd und jauchzend!

Kühle Schauer rannen durch die Luft, während der Himmel drüben sich mit roten Feuern überglutete, und unsere Schattenmännchen, gleich taghellen dunklen Nachtgeisterchen, immer unruhiger, erregter und gestikulierender hin und her rannten.

Da: Ein blendender Blitz zuckt empor.

Mit purpurgoldener Flamme taucht der Sonnenball über die graue Kammlinie und strahlt ein loderndes Halleluja über die Welt. Tag! Tag! Tag! Und Frühlings! Frühlings! — Im selben Augenblick aber schlugen die Kerlchen drüben die Widerhaken ihrer Stangen in den emporstrebenden Ball, um ihn festzulegen. Andere warfen die Leitern über ihn und kletterten mit stinkster Pioniergehicklichkeit darauf hinüber. Sie wollten lange Seile und Tauen hinter sich ab, ramnten Blöcke ein und verbasten ihre

Ketten daran, während die ganze Soldateska auf dem Berg in Bewegung kam und an den diesseitigen Enden anpackte, die Sonne wieder in ihre Tiefe zu zwingen.

Wir lachten.

Aber immer neue Haufen rückten an, mit immer längeren Stangen und Leitern und Ketten.

Sie zerrten von den Berghängen große Wände herauf, Segelleinen oder was es war; Nebel? — sie zu verhängen und darunter zu ersticken.

Doch wie blauer Rauch zerrannen sie vor ihrem Licht.

Und die Sonne stieg höher und höher über den Gebirgsgrat, ruhig, unbeirrt und unbekümmert, und blendete immer lichter in die Welt. Was wollten ihr diese Fliegen!?

Da griff die Feuerwehr in den Kampf ein; zwölf, zwanzig Schläuche zugleich ergossen ihre Wasserstrahlen, von uns aus gesehen so dünn freilich wie Spinnwebfäden ... sie auszulöschen und über den Horizont hinunterzuspringen.

Es zischte ein wenig, das war alles.

Schon flammte die halbe Scheibe über den Kamm. Da plötzlich begann ein feines, zirpendes Geknatter, wie wenn Kinderpistöchen abgeschossen würden; die Landsknechte hatten mit ihren Donnerbüchsen losgelegt. Und von der seitwärts gelegenen Kulm krachte Kanonenschalot um Salve durch die majestätische Bergruhe.

Doch es zischte nicht einmal darauf. Ruhig und unbekümmert stieg die Sonne empor, höher und höher.

Immer neue Kettentaue aber wurden hinübergeschleudert und von den Waghälsen drüben angepöckelt. Immer neue Schübe kletterten hinüber mit Hämmern und Klammern. Und an die diesseitigen Enden hängten sich ganz Knäuel, ihre Kraft und Stärke zu messen.

Da — mit einem Male — war es doch, als ob sie siegten.

Die Sonne stand eine Spanne hoch über dem Grat und hing wie ein Fesselballon in dem eisernen Netz, mit dem die Kerlchen sie in wenig Minuten übersponnen hatten. Sie war gefangen.

Ihr Aufatmen und Höherdrängen spulte nur ein paar zu kurze Ketten ab, die in die Luft schnellten, die anderen zogen sich straff und straffer, aber sie hielten. Es gab einen sekundenlangen Stillstand.

Die schwarzen Männlein hatten gewonnen.

Und schon zerrte man wieder dicke Nebelwände von den Berghängen herauf, und schon fuhr man allerhand sonderbare, mächtige Maschinen herbei, die Geleiten herabzuwinden, als es plötzlich einen kaum merkbaren leisen, zitternden Ruck tat, der goldene Lichtwellen über das Tal warf.

Sie war wieder frei; und alles, was noch gehalten hatte bisher an Ketten, Klammern, Tauen, Seilen, Stricken, Leitern, Stangen und Haken, riß durch wie Baumwollfäden, schnellte hoch und die ganze Soldateska purzelte jählings über den Haufen und kollerte in die Abgründe oder flog mitsamt ihren Ketten und Leitern und mitsamt der ganzen schönen Verankerung kopfüber lustig in die Luft. Gleich einem Aschenregen quirlte und rieselte es über den Berg und pugte ihn fauber.

Wir lachten. Es war grausam — aber wir lachten wie diese Sonnenstürmer in ganzen Klümpchen an ihren Stricken und Ketten zwischen Himmel und Erde zappelten und wie tollgewordene Ameisen in Verzweiflung und Todesangst an ihren Leitern auf und ab wuselten. Ja, helfen aber war doch nicht; und ...

Ein Teil der Unglücklichen suchte sich durch kühnen Abspringen zu retten. Es sah aus wie schwarze, in rot Feuer hüpfende Teufelchen!

Arme Schattenmännlein! Doch warum wagtet ihr euch an die Sonne!

Die anderen aber trug sie — lächelnd — höher und höher, bis in der steigenden Blut zuleht auch die Ketten schmolzen, die ihr noch überhingen und eine um die andere in den Abgrund flirrte, hinter dem Gebirge, und zu Stücken und Staub zerplitterte. — — —

Und frei und makellos glomm die Sonne in die Höhe in schweigender Glorie, groß und feierlich, heilig und herrlich, und lobete den Tag ins Tal und über die Welt, und mit dem Tag den Frühlings und mit dem Frühlings die Erfüllung.

Die Menschen schliefen noch drunten. Gleich scheu Verbrechern aber flüchteten die leichten Nebel und Schatten sich in ihre Schluchten und Klüfte. Lerchen stiegen aus den Gründen und jauchzten zum Himmel, und wir standen und jubelten ihnen zu und sangen das Lied des Morgens und das Lied der Sonne und ihres Aufgangs, und es war ein Lied der Freude und ein Lied des Sieges. — — —

Leis aber frug ich mich: ob es jedesmal so sei, wenn die Sonne aufgehe?!

\* Aus des Verfassers prächtigem Sammelband „Von Alltag und Sonne“. Berlin, F. Fontane & Co. Verantwortlich für die Redaktion: Fr. Maria Zettin (Hundel), Wilhelmstraße 10, Post Begeerich bei Stuttgart. Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.